



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Kroatien nach der politischen und wirtschaftlichen
Transformation – ist ein spezifisches Kapitalismusmodell
entstanden?“

Verfasserin

Domnanovich Julia, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Segert Dieter

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	9
1.2. Forschungsfragen	11
1.3. Methodische Vorgehensweise.....	12
2. Postsozialistische Länder des osteuropäischen Raumes in der vergleichenden Kapitalismusforschung.....	14
2.1. Der Varieties of Capitalism-Ansatz im Rahmen der Ausdifferenzierung vergleichender Kapitalismusforschung.....	14
2.1.2. Der Varieties of Capitalism-Ansatz nach Peter Hall und David Soskice	17
2.1.2.1. Grundannahmen und Perspektiven.....	19
2.1.2.2. Die Unterscheidung zwischen liberal-unkoordiniertem und koordiniertem Kapitalismus.....	22
2.1.2.3. Kritikpunkte am Varieties of Capitalism-Ansatz.....	23
2.2. Postsozialistische Länder des osteuropäischen Raumes im Varieties of Capitalism-Ansatz.....	25
2.2.1. Zur Diversität ostmitteleuropäischer Kapitalismen bei Dorothee Bohle und Béla Greskovits.....	27
2.2.1.1. Grundlegende Betrachtungsweisen und Positionen.....	29
2.2.1.1.1. Sozialistische Hinterlassenschaften und politische Konsequenzen.....	30
2.2.1.1.2. Transnationale Integration und die sozioökonomische Logik der Regimedivergenz.....	31
2.2.1.2. Zu den unterschiedlichen Idealtypen ostmitteleuropäischer Kapitalismusmodelle.....	34
3. Die Republik Kroatien: Geschichtlicher Überblick von den ersten kroatischen Siedlungen bis zum Zerfall der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien....	38
3.1. Von kroatischen Ansiedlungsprozessen hin zu ersten Formen südslawischer Koexistenz.....	38
3.2. Vom Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hin zum Unabhängigen Staat Kroatien	41

3.3. Kroatien zur Zeit des sozialistischen Jugoslawien (1945 – 1990).....	44
3.3.1. Die politische Nachkriegsordnung: Jugoslawiens Sonderweg.....	44
3.3.2. Der Zweite Fünfjahresplan und die wirtschaftliche Krise der 1960er...	46
3.3.3. Maspok / Kroatischer Frühling	49
3.3.4. Bundesverfassung Jugoslawiens von 1974.....	51
3.3.5. Der Zerfall des Zweiten Jugoslawien und das Ende des Sozialismus (1980-1990).....	52
4. Der postsozialistische Transformationsprozess der Republik Kroatien.....	56
4.1. Zur politischen Entwicklung im postsozialistischen Kroatien.....	58
4.1.1. 1990-1995 Prätransitionsphase: Der Zerfall Jugoslawiens und die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens.....	58
4.1.2. 1995-1999 Transitionsphase: Vom Abkommen von Dayton hin zum Ende der Tuđman-Ära	64
4.1.3. Konsolidierungsphase: Zur nachholenden Demokratisierung der Republik Kroatien	65
4.1.3.1. 2000-2003 Der politische Neuanfang als Periode der sozialdemokratisch angeführten Sechser Koalition unter Ivica Račan.....	65
4.1.3.2. Zum Annäherungsprozess Kroatiens an die Europäische Union seit 2003.....	67
4.2. Die wirtschaftspolitische Entwicklung der Republik Kroatien nach Bohle und Greskovits (2007).....	71
4.2.1. Liberalisierungsgrad einschließlich Deregulierung, Privatisierung und Institutionalisierung grundlegender marktwirtschaftlicher Institutionen.....	71
4.2.2. Makroökonomische Stabilität	73
4.2.3. Industrielle Transformation.....	76
4.2.4. Soziale Inklusion	78
4.2.5. Politische Unterstützung	80
5. Schlussbetrachtung.....	86
6. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	95
7. Anhang.....	105

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Phasen demokratischer Transition im postsozialistischen Kroatien . .	58
Abbildung 2: Anteil der Wirtschaftssektoren am BIP in Prozent (1990-2012).....	77

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ergebnisse der ersten freien Wahlen im Jahr 1990.....	59
Tabelle 2: Durchschnittlicher jährlicher Wechselkurs EUR / HRK (1999-2011).....	74
Tabelle 3: Gesamtstaatliches Budgetdefizit in Prozent des BIP (2001-2011).....	75
Tabelle 4: Öffentliche Auslandsverschuldung in Prozent des BIP (2001-2011).....	75
Tabelle 5: Ergebnisse der Parlamentswahlen der Republik Kroatien (2000-2011)..	81
Tabelle 6: Die Zusammensetzung des Kroatischen Parlaments (Stand April 2011)	82

Abkürzungsverzeichnis

AVNOJ	Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije / Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BUZ	Blok umirovljenici zajedno / Block Vereinter Pensionisten
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development und Stabilisation
DC	Demokratski centar / Demokratisches Zentrum
FDI	Foreign Direct Investment
FNRJ	Federativna Narodna Republika Jugoslavija / Föderative Volksrepublik Jugoslawien
IWF	Internationaler Währungsfond
JNA	Jugoslovenska narodna armija / Jugoslawische Volksarmee
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDH	Nezavisna Država Hrvatska / Unabhängiger Staat Kroatien
HB	Hrvatski Blok / Kroatischer Block
HDSS	Hrvatska demokratska seljačka stranka / Kroatische Demokratische Bauernpartei
HDSSB	Hrvatski demokratski sabor Slavonije i Baranje / Kroatisch Demokratische Versammlung von Slawonien und Baranja
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica / Kroatische Demokratische Gemeinschaft
HL HR	Hrvatski laburisti - Stranka rada / Kroatische Laburisten - Partei der Arbeit
HNS	Hrvatska narodna stranka / Kroatische Volkspartei
HRT	Hrvatska Radiotelevizija / Öffentliche Rundfunkanstalt Kroatiens
HSD	Hrvatski socijaldemokrati / Kroatische Sozialdemokraten

HSLS	Hrvatska socijalno-liberalna stranka / Kroatische Sozial-Liberale Partei
HSP	Hrvatska Stranka Prava / Kroatische Rechtspartei
HSS	Hrvatska seljačka stranka / Kroatische Bauernpartei
HSU	Hrvatska stranka umirovljenika / Kroatische Pensionisten Partei
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IDS	Istarski demokratski sabor / Istrische Demokratische Versammlung
INA	Industrija nafte / Mineralölindustrie
IPA	Instrument for Pre-Accession
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
LS	Liberalna Stranka / Liberale Partei
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Reconstructing of the Economies
SAA	Stabilisierung- und Assoziationsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
SFRJ	Socijalistička Federativna republika Jugoslavija / Sozialistisch Förderative Republik Jugoslawien
SDA	Stranka demokratske akcije / Partei der demokratischen Aktion
SDP	Socijaldemokratska Partija Hrvatske / Sozialdemokratische Partei
SDS	Srpska Demokratska Stranka / Serbische Demokratische Partei
SDSS	Samostalna Demokratska Srpska Stranka / Selbstständige Demokratische Serbische Partei
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees
WTO	World Trade Organization
ZZK	Zeleno-žuta koalicija / Grün-Gelbe Koalition

1. Einleitung

Am 1. Juli 2013 trat die Republik Kroatien als nunmehr 28. Mitglied der Europäischen Union bei. Obgleich vor bereits mehr als zwanzig Jahren die staatliche Unabhängigkeit proklamiert wurde, dominierten bis zuletzt Vorwürfe des Klientelismus, offenkundigen Demokratiedefizits als auch weitläufiger Korruption den politischen Diskurs rund um die langwierigen Beitrittsverhandlungen.

Ebenso wie in vielen anderen postsozialistischen Ländern erwies sich die Neuordnung des politischen wie auch wirtschaftlichen Systems als ein problematisches Unterfangen. Demnach differenzieren entgegen weit verbreiteter Annahmen die postsozialistischen Entwicklungspfade der einzelnen Länder und weisen nicht nur hinsichtlich der Ausprägung von Demokratiemerkmalen, sondern auch im Hinblick etablierter Wirtschaftssysteme maßgebliche Unterschiede auf.

Die politikwissenschaftliche Kapitalismus- und Transformationsforschung konzentrierte sich seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus jedoch vorwiegend auf gelungene Systemwechsel der ostmitteleuropäischen Länder, zu denen Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien sowie die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen gezählt werden können. Die jugoslawischen Nachfolgestaaten hingegen, welche sich in ihrem Entwicklungspfad signifikant von anderen postsozialistischen Ländern unterscheiden, fanden unterdessen kaum Beachtung (Osterberg-Kaufmann 2011: 18).

Weitgehend unbeachtet blieb daher die Tatsache, dass insbesondere die ehemaligen Teilrepubliken der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien zunächst von einer tiefen Transformationskrise geprägt waren, die im speziellen Fall Kroatiens noch durch kriegerische Auseinandersetzungen verstärkt wurde. Zudem führten Versäumnisse seitens der reformistischen Führungseliten, sowohl innen- als auch außenpolitisch, zunächst zu einer internationalen Isolation der noch jungen Republik.

Erst bei den Parlamentswahlen im Jahr 2000 wurde dem autoritären Führungsstil des ersten Staatspräsidenten Franjo Tuđman ein Ende gesetzt. So folgte mit der

Abwahl der seit der Unabhängigkeit dominierenden HDZ – Hrvatska Demokratska Zajednica / Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft eine Neuausrichtung der kroatischen Transformationspolitik, welche nach jahrelanger politischer und wirtschaftlicher Isolation in einen beschleunigten Annäherungsprozess zur Europäischen Union mündete.

Analog zum postsozialistischen Systemwandel im osteuropäischen Raum zeichnet sich demnach auch der kroatische Transformationsprozess durch eine historisch einzigartige Form des wirtschaftspolitischen Systemwandels aus. Eben dieser Umstand dient als Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit, anhand welcher der postsozialistische Entwicklungspfad der Republik Kroatien näher ergründet werden soll.

Da eine umfassende Untersuchung sämtlicher demokratiepolitischer als auch marktwirtschaftlicher Reformmaßnahmen seit dem Zusammenbruch der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien jedoch bei weitem den Umfang dieser Arbeit überschreiten würde, beziehe ich mich bei dessen Analyse vornehmlich auf die Argumentationsweise des Textes „Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus. Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen“ der deutschen Politikwissenschaftlerin Dorothee Bohle und ihrem ungarischen Kollegen Béla Greskovits (2007). Es handelt sich dabei um einen spezifisch auf ostmitteleuropäische Länder bezogenen Ansatz der vergleichenden Kapitalismusforschung, der folglich als eine Art theoretischer Referenzrahmen herangezogen wird.

Die vorliegende Arbeit gründet demnach auf einer regionalen Erweiterung der darin konzipierten Kapitalismusmodelle, welche mit Ausnahme der Republik Slowenien, jugoslawische Nachfolgestaaten und somit auch die Republik Kroatien unberücksichtigt lassen.

Während einerseits versucht wird, den kroatischen Transformationsprozess innerhalb des Kategorisierungsmodells einzuordnen, soll ausgehend von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Entwicklungspfaden und den darin definierten analytischen Schwerpunkten, der postsozialistische Transformationsprozess der Republik Kroatien erschlossen

werden. Das Ziel ist demnach nicht die umfassende Analyse der demokratiepolitischen sowie marktwirtschaftlichen Reformprozesse Kroatiens, sondern viel eher deren nachvollziehbare Darstellung entlang der inhaltlichen Schwerpunkte von Bohle und Greskovits Idealtypen ostmitteleuropäischer Kapitalismusmodelle.

1.2. Forschungsfragen

Da der Text von Bohle und Greskovits einen zentralen Stellenwert in der vorliegenden Arbeit einnimmt, stellt sich zunächst die Frage nach dessen theoretischen Grundlagen. Aus der vergleichenden Kapitalismusforschung entsprungen, wird dabei insbesondere dem Varieties of Capitalism-Ansatz eine wesentliche Bedeutung beigemessen.

- Inwiefern lässt sich der Varieties of Capitalism-Ansatz (nach Hall/Soskice 2001) auf Länder des osteuropäischen Raumes übertragen?
- Welchen Einfluss hatte der VoC-Ansatz auf das Kategorisierungsmodell von Bohle und Greskovits (2007)?

Basierend auf der Ausarbeitung der theoretischen Grundlagen folgen schließlich ausdrücklich Fragen, welche der Erfassung des postsozialistischen Transformationsprozesses der Republik Kroatien gelten.

- Welche Auswirkungen hat der jugoslawische Sozialismus auf den postsozialistischen Entwicklungspfad der Republik Kroatien?
- Was sind die besonderen Merkmale des demokratiepolitischen sowie marktwirtschaftlichen Reformprozesses nach dem Zusammenbruch der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien?
- Lassen sich ostmitteleuropäische Kapitalismusmodelle nach Bohle und Greskovits (2007) auf die postsozialistische Entwicklung der Republik Kroatien übertragen?

1.3. Methodische Vorgehensweise

Bevor der kroatische Entwicklungspfad nach Zusammenbruch des Staatssozialismus entlang der Kategorisierungsmerkmale empirisch dargestellt wird, fasst die Arbeit eingangs einen theoretischen Teil, welcher sich in erster Linie mit Bohle und Greskovits (2007) Text und deren unterschiedlichen Analysekategorien postsozialistischer Transformationspfade als eine Art Einstieg in die Thematik auseinandersetzt.

Da die darin konzipierten ostmitteleuropäischen Kapitalismusmodelle einen wesentlichen Bestandteil der Forschungsfrage ausmachen, wird zwecks besserem Verständnis zunächst auf den theoretischen Hintergrund des Textes eingegangen. Demnach soll insbesondere die vergleichende Kapitalismusforschung in ihrer Entstehung und Entwicklung als theoretischer Anknüpfungspunkt aufgegriffen werden.

Der Schwerpunkt dieser Ausarbeitung liegt auf dem Werk „Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage“ der britischen Ökonomen Peter A. Hall und David Soskice, welche als Begründer des Varieties of Capitalism-Ansatzes gelten. Neben dem historischen Ursprung liegt das Hauptaugenmerk dabei in erster Linie auf den zentralen Erklärungsansätzen der Forschungsrichtung. Des Weiteren wird die Divergenz osteuropäischer Kapitalismen im Rahmen des Forschungsansatzes sowie dessen Einwirkungen auf die Argumentationsweise von Bohle und Greskovits näher ergründet.

Zusätzlich zur theoretischen Ausarbeitung folgt ein Einblick auf den historischen Prozess der Herausbildung der Republik Kroatien. In diesem Sinne wird auf die Grundzüge der kroatischen Staatswerdung eingegangen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hin zum Zusammenbruch Jugoslawiens.

Vor allem soll dabei auch die Spezifik des jugoslawischen Sozialismus erörtert werden, was wiederum zu einem Grundverständnis über den demokratiepolitischen und marktwirtschaftlichen Transformationsprozess der Republik nach dem Zusammenbruch des Vielvölkerstaates beitragen soll.

Der abschließende Teil ist schließlich explizit dem postsozialistischen Transformationsprozess der Republik Kroatien gewidmet. Auf Grundlage des Textes „Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus. Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen“ von Bohle und Greskovits (2007) wird auf Kroatiens Versuch, ein demokratisches sowie wirtschaftliches System nach westlichem Vorbild aufzubauen, eingegangen. Vor allem die Hervorhebung der Bedeutung transnationaler Einflüsse und somit deren ausdrückliche Ablehnung gegenüber ausschließlich vergangenheits- als auch binnenzentrierten Forschungsansätzen bildet einen wesentlichen Anknüpfungspunkt für diese Arbeit.

In erster Linie nimmt dabei die Europäische Union eine dominante Stellung ein, welche insbesondere seit Anbeginn der Beitrittsverhandlungen einen maßgeblichen Einfluss auf den kroatischen Entwicklungspfad hat. Folglich soll neben dem Zusammenhang zwischen demokratiepolitischen und marktwirtschaftlichen Reformprozessen, gleichsam auch der Einfluss der Europäischen Union mit einbezogen und entsprechend dargelegt werden.

Während der eingangs erwähnte theoretische und historische Teil der Arbeit auf einer Literaturanalyse wissenschaftlicher Publikationen aus dem Bereich der vergleichenden Kapitalismusforschung, der Geschichtswissenschaft sowie der Transformations- und Demokratieforschung beruht, wird abschließend im Bezug auf die postsozialistische Transformation Kroatiens auch auf verfügbare Primärliteratur in Form von Dokumenten zur Erweiterungsstrategie, Forschungsberichten sowie Beschlüssen der Europäischen Kommission zurückgegriffen. Dabei ebenso in die Analyse mit eingeschlossen sind Veröffentlichungen kroatischer Dokumentationszentren sowie Studien der Bertelsmann Stiftung als auch Freedom House.

2. Postsozialistische Länder des osteuropäischen Raumes in der vergleichenden Kapitalismusforschung

2.1. Der Varieties of Capitalism-Ansatz im Rahmen der Ausdifferenzierung vergleichender Kapitalismusforschung

Im Rahmen der Sozialwissenschaften weist die Kapitalismusforschung bereits eine langwährende Tradition auf. Während sich einst namhafte Theoretiker wie Karl Marx, Max Weber oder auch Emile Durkheim vorwiegend mit der Herausbildung des Kapitalismus an sich beschäftigten und diesen anhand einer Gegenüberstellung zum vormals feudalen System zu begründen bemüht waren, veränderten sich mit deren Erkenntnissen auch diesbezügliche Forschungsansätze. Ausgehend von dem einst diachron angelegten Zugang dominierten insbesondere in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts Analysen parallel verlaufender kapitalistischer Entwicklungen. So dienten die bereits etablierten Kapitalismustheorien später vor allem als Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung zum sowjetischen Sozialismus und wurden demnach zu einem wesentlichen Forschungsgegenstand im Kontext des Kalten Krieges (vgl. Bohle/Greskovits 2009: 356).

Folglich stellt die vergleichende Kapitalismusforschung keinen genuin induzierten Forschungszweig dar. Vielmehr wurde der Vergleich von Wirtschaftssystemen als ein zuvor den Wirtschaftswissenschaften vorbehaltenen Untersuchungsgegenstand, erst gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts im Kontext sozialwissenschaftlicher Theorien neu aufgegriffen und entsprechend modifiziert.

Bohle und Greskovits (2009) fassen zusammen, dass letzten Endes, basierend auf der langen Vorgeschichte der Kapitalismusforschung,

„it took the conjuncture of the collapse of Soviet socialism in the early 1990s, the financial crisis of 1997 that destabilized the East Asian model, and the seeming stability of globalizing Western capitalism until the early-mid 2000s to consolidate the research agenda of comparing capitalism with capitalism“ (ebd.: 357)

In erster Linie waren es vor allem Theorien des Institutionalismus und der Neuen Institutionenökonomik, welche jenen Forschungsgegenstand ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten und anknüpfend an Erkenntnissen aus der

Korporatismusforschung, Industriesoziologie sowie neuer Wirtschaftssoziologie zu einer Art Renaissance verhalfen. Aufgrund der daraus resultierenden vielfältigen Forschungsansätze und einer dementsprechend hohen Zahl an Veröffentlichungen, welche großteils übereinstimmen, aber sich auch teilweise grundlegend widersprechen, sei es, so der deutsche Politikwissenschaftler Felix S. Bethke (2008), nicht möglich von der vergleichenden Kapitalismusforschung als einheitlicher Theorie auszugehen.

Nichtsdestotrotz teilen jene unterschiedlichen theoretischen Herangehensweisen die zentrale Grundannahme einer fortlaufenden Reproduktion unterschiedlicher nationaler Kapitalismusmodelle. Die wesentliche Übereinstimmung der verschiedenen Forschungsansätze steht somit im Widerspruch zur grundlegenden Annahme der neoklassischen Wirtschaftstheorie, welche aufgrund stattfindender Globalisierungsprozesse sowie daraus resultierender wirtschaftlicher Integration und zunehmender Interdependenz, von einem universal gültigen, liberalen Wirtschaftsmodell ausgeht.

Entgegen dazu belegt die vergleichende Kapitalismusforschung historisch gewachsene Pfadabhängigkeiten, die als Reformstrategien gegen Globalisierungsprozesse bestehen bleiben und das Handeln von Unternehmen sowie anderen wirtschaftlichen Akteuren beeinflussen (Bethke 2008, Bieling 2009: 4).

Der deutsche Sozialwissenschaftler Hans-Jürgen Bieling (2009: 3) hält daher fest, dass der Ursprung jener Modelle bis weit in die Vergangenheit zurückreicht und grundsätzlich durch den Einfluss, den Zeitpunkt und Verlauf der Industrialisierung samt damit einhergehenden politisch-institutionellen Konflikten geprägt wurde.

Gegenwärtige Forschungsansätze der vergleichenden Kapitalismusforschung basieren auf zahlreichen theoretischen Ausarbeitungen spezifischer analytischer Konzeptionen der vergleichenden Kapitalismusforschung früherer Zeiten. Vor allem Arbeiten aus dem Bereich der institutionalistischen Managementliteratur, der Korporatismusforschung und vergleichenden Analyse von Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten bildeten zentrale Ansatzpunkte für die Herausbildung neuer Forschungsansätze, so Bieling (ebd.).

Bereits in den 1960ern begründete der britische Historiker Andrew Shonfield (1965) in seinem Werk „Modern Capitalism“ unterschiedliche Kapitalismusmodelle anhand jeweils eigentümlicher nationaler Stile der politischen Interventionstätigkeit. Ebenso waren es auch Autoren wie John Zysman (1983) mit „Governments, Markets and Growth“ samt den darin konzipierten idealtypischen Kapitalismusmodellen oder Michel Porters (1990) mit dessen Untersuchung „The Competitive Advantage of Nations“ zu unterschiedlichen Gestaltungs- und Innovationspotenzialen der internationalen, unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit, welche gegenwärtig einen maßgeblichen Einfluss auf Forschungsansätze haben (vgl. Bieling 2009, Bohle/Greskovits 2009, Hall/Gingerich 2004, Hall/Soskice 2001).

Vor allem gilt aber das Werk „Kapitalismus contra Kapitalismus“ des französischen Ökonomen Michel Albert (1992) als Wegbereiter der vergleichenden Kapitalismusforschung im sozialwissenschaftlichen Kontext. In erster Linie war es die darin getroffene idealtypische Unterscheidung zwischen einem als „rheinisch“ bezeichneten und einem so genannten „neo-amerikanischen“ Kapitalismusmodell, die den Varieties of Capitalism-Ansatz nachhaltig prägte.

Während sich der rheinische Kapitalismus auf ein konsensbasiertes Gefüge der institutionellen Kooperation und eher langfristige Unternehmensstrategien konzentriert, sei das neo-amerikanische Modell stärker marktbasiert und individualistisch. Obgleich Albert dem rheinischen Idealtyp hohe Produktivität und Leistungsfähigkeit zuschreibt, ging dieser davon aus, dass sich der durch kurzfristige Unternehmensinteressen gekennzeichnete neoamerikanische Kapitalismus durchsetzen würde. Nichtsdestotrotz wurde diese Annahme bereits von Anbeginn seitens der Initiatoren des Varieties of Capitalism-Ansatzes verworfen.

Bieling (2009) fasst jenen Umstand folgendermaßen zusammen:

„Sie [Initiatoren des Varieties of Capitalism Ansatzes] gehen zurückhaltender davon aus, dass Wirtschaftssysteme nicht nur auf Marktprozessen basieren, sondern grundsätzlich immer auch auf formelle und informelle institutionelle Koordinationsmechanismen angewiesen sind, die den Typus, Charakter und auch die komparative – durch spezifische Stärken und Schwächen gekennzeichnete – Leistungsfähigkeit des jeweiligen Kapitalismusmodells bestimmen“ (ebd.: 4).

Alberts Werk setzte demnach wesentliche Implikationen für die vergleichende Kapitalismusforschung. Vor allem bot es aber auch eine Grundlage für den Varieties of Capitalism-Ansatz von Peter A. Hall und David Soskice, die dessen

Unterscheidung zwischen zwei gegensätzlichen Kapitalismusmodellen modifizierten und nunmehr als Wegbegründer des Varieties of Capitalism-Ansatzes gelten.

2.1.2. Der Varieties of Capitalism-Ansatz nach Peter Hall und David Soskice

Im Rahmen der Ausdifferenzierung der vergleichenden Kapitalismusforschung etablierte sich der „Varieties of Capitalism-/Spielarten des Kapitalismus-Ansatz“ der britischen Ökonomen Peter A. Hall und David Soskice zu einem der renommiertesten seiner Art. Bis heute gilt dieser als Ausgangspunkt für die Erweiterung und Modifizierung idealtypischer Kapitalismusmodelle.

Bevor jedoch auf die zentralen Erklärungsansätze eingegangen werden kann, sollen zunächst Implikationen maßgeblicher Theorieströmungen erläutert werden, welche wiederum Aufschluss über dessen historischen Ursprung im Rahmen der vergleichenden Kapitalismusforschung bieten sollen.

Hall und Soskice bezogen ihren Varieties of Capitalism-Ansatz aus drei unterschiedlichen wissenschaftlichen Theorieansätzen, auf welche im Anschluss näher eingegangen werden soll (vgl. zu Folgendem Hall/Soskice 2001: 2ff).

Modernisierungstheoretische Ansatzpunkte

Die älteste, von den Autoren als maßgeblich empfundene Forschungsrichtung ist jene der modernisierungstheoretischen Ansätze.

Modernisierungstheorien fanden vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit großen Anklang. Fokussiert wurden dabei in erster Linie institutionelle Strukturen, welche die staatliche Vormachtstellung gegenüber dem privaten Sektor begründen sollten, um so höhere wirtschaftliche Wachstumsraten gewährleisten zu können.

Bereits der britische Historiker Andrew Shonfield griff in seinen Abhandlungen auf wesentliche Argumentationsweisen dieser Theorieströmung zurück. So auch in seinem Werk „Modern Capitalism“ aus dem Jahre 1965 (vgl. ebd.: 2), in welchem

jener basierend auf modernisierungstheoretischen Annahmen zwischen verschiedenen idealtypischen Kapitalismusmodellen unterscheidet.

Obgleich Hall und Soskice modernisierungstheoretischen Ansätzen durchwegs positive Eigenschaften zugestehen, werden wesentliche Argumentationslinien jener Forschungsrichtung widerlegt.

In erster Linie bezieht sich die Kritik auf das darin propagierte Staatskonzept. So werden, laut Hall und Soskice, staatliche Kompetenzen überschätzt, was wiederum insbesondere im Kontext der Marktöffnungsprozesse zum Ausdruck käme. Vor allem gehen die Autoren davon aus, dass jene dem Staat als konstitutiv zugeschriebenen Attribute die Implementierung vieler wirtschaftspolitischer Reformmaßnahmen zusätzlich erschweren.

Im Varieties of Capitalism-Ansatz wird daher anstatt staatlichen Apparaten viel eher den Unternehmen an sich eine besondere Rolle zugeschrieben. Folglich beruht die Analyse der Kapitalismusmodelle in erster Linie auf Organisationsformen des privaten Sektors.

Neokorporatistische Forschungsansätze

Als in den 1970er Jahren aufgrund der steigenden Inflationsraten nationalstaatliche Kapazitäten grundlegend hinterfragt wurden, verloren auch Modernisierungstheorien an Bedeutung. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Olson Mancur erkannte die Zeichen der Zeit und wandte sich in seinem Werk „Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen“ (1965) vornehmlich den Organisationsformen von Gewerkschaftsbewegungen zu, die jener fortan als wesentliche Grundlage nationaler Verfügungskompetenzen definierte.

Die Kategorisierung der Kapitalismusmodelle erfolgte nach den Organisationsformen der Gesellschaft, welche wiederum die Gewerkschaftsbewegung konzeptualisierten. Zwecks der Koordination von Ökonomien wurde daher die Rolle der Unternehmen und Arbeitnehmerorganisationen in deren Funktion und Bedeutung untergraben.

Jener Umstand ist wiederum zeitgleich größter Kritikpunkt am neokorporatistischen Forschungsansatz seitens Hall und Soskice. Vielmehr sollte, wie bereits zuvor

erwähnt, insbesondere den Unternehmen an sich besondere Aufmerksamkeit zuteil kommen. Obgleich sie die Bedeutung der Gewerkschaften für die vergleichende Kapitalismusforschung nicht weiter hinterfragen, insistieren jene im Varieties of Capitalism-Ansatz auf eine zentrale Rolle der Unternehmensverbände sowie anderer Formen unternehmerischer Beziehungen.

Soziale Systeme der Produktion

Gegen Ende der 1980er und Anfang der 1990er entwickelte sich schließlich der Ansatz sozialer Produktionssysteme, innerhalb dessen Sectoral Governance, nationale Innovationssysteme und flexible Produktionsregime thematisiert wurden. Im Vergleich zu den vorangegangenen modernisierungstheoretischen sowie neokorporatistischen Forschungsansätzen, wiesen Produktionssystemtheorien Unternehmen eine zentrale Rolle zu. Beeinflusst von der Schule der Französischen Regulationstheorie wird darin dezidiert der Übergang vom einst prosperierenden fordistischen zu neuen (postfordistischen) Produktionsregimen erörtert.

Nichtsdestotrotz solle der Fokus, laut Hall und Soskice, viel mehr auf den Variationen entlang nationaler politischer Ökonomien liegen. Jene Forderung basiert auf der Annahme, dass die wichtigsten institutionellen Strukturen, wie Arbeitsmarktsysteme, Regulationsprozesse, Bildung und Training als auch Unternehmensführung von der Präsenz regulatorischer Regime abhängen, welche wiederum vornehmlich Nationalstaaten vorbehalten blieben. Aus eben jenem Grund fokussieren Hall und Soskice in ihrem Ansatz Differenzen im nationalen Rahmen.

2.1.2.1. Grundannahmen und Perspektiven

Der mit Abstand größte Bruch des Varieties of Capitalism-Ansatzes mit vorangehenden Forschungsansätzen findet sich in der umfassenden Konzeption des Institutionsbegriffs. Gemeint ist dahingehend vor allem der Einfluss politisch-ökonomischer Institutionen auf das ökonomische Verhalten.

Die vergleichende Kapitalismusforschung verfolge, so Hall und Soskice, in erster Linie folgende drei Analysekatoren zum Verständnis institutioneller Beziehungen (zu Folgendem vgl. ebd. 4ff):

Einerseits werden Institutionen als eine Art sozialisierende Instanzen verstanden, welche spezielle Sets von Normen und Werthaltungen implementieren können. Andererseits werden jene auch als Folge des Machteinflusses von Akteuren durch formale Sanktionen begriffen, was wiederum in hierarchischen Machtverhältnissen resultiere. Drittens, so die Autoren, können jene auch als eine Art Matrix von Sanktionen und Leistungsanreizen verstanden werden, sodass alleine durch deren Anwesenheit bereits das Verhalten bestimmter Akteure vorhersagbar sei.

Im Varieties of Capitalism-Ansatz rücken die beiden Autoren jedoch strategische Interaktionen als zuvor vernachlässigte Analysekatoren in den Vordergrund. Essentiell dabei ist, dass in jenem Moment, in welchem diese für ökonomische und politische Ergebnisse zu einem zentralen Element erklärt werden, sie auch zugleich ein wesentliches Distinktionsmerkmal einzelner idealtypischer Kapitalismusmodelle darstellen.

So unterscheiden strategische Interaktionen nicht nur die wichtigsten Institutionen einer politischen Ökonomie voneinander, sondern vermögen diese auch zu koordinieren. An dieser Stelle bedienen sich Hall und Soskice weiters auch spieltheoretischer Ansätze zur Erläuterung zentraler Verhältnisse der politischen Ökonomie und fokussieren dabei Institutionen in ihrer Einflusskraft auf strategische Interaktionen.

Die unternehmenszentrierte Perspektive des Varieties of Capitalism-Ansatzes betrifft einerseits, so Bieling (2009: 5), den Umstand, dass politisch-ökonomischer Wandel maßgeblich als das Produkt betrieblicher Investitions-, Innovations- und Modernisierungskonzepte verstanden wird. Demnach werden spezifische institutionelle Arrangements vornehmlich mit Blick auf betriebliche Entwicklungspotenziale erörtert.

Hall und Soskice unterscheiden dahingehend fünf wesentliche Bereiche, welche die Spezifik der nationalen Kapitalismusmodelle und deren komparative

Leistungsfähigkeit maßgeblich mitbestimmen (zu Folgendem vgl. Bieling 2009: 5, Hall/Soskice 2001: 7):

Als ersten wesentlichen Bereich nennen die Autoren industrielle Beziehungen, welche die Koordinierung der Verhandlungen über Lohn als auch Arbeitszeiten und -bedingungen thematisieren. Dementsprechend stellen die Verhandlungssysteme eine Verknüpfung zwischen Arbeitseinkommen, Produktivitätsentwicklung sowie Profitabilität der Unternehmen unterschiedlich dar.

Des Weiteren fungiert der Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung als ein zentrales Distinktionsmerkmal, welches durch unterschiedlich reglementierte institutionelle Arrangements geprägt ist.

Die Unternehmensführung als Sammelbegriff für die Strukturen, Institutionen und Mechanismen der Unternehmensverfassung wird ebenfalls als ein wesentlicher Bereich genannt. So suchen Unternehmen ebenso Zugang zu Finanzkapital wie auch InvestorInnen nach Sicherheiten bezüglich ihrer Einlagen trachten. Die Koordinierung dieses Bereiches betrifft die Verfügung über finanzielle Mittel für einzelne Projekte hin zur Sicherung der Refundierung von Investitionen seitens der Unternehmen an sich.

Als vierter wesentlicher Bereich werden die Beziehungen zwischen Unternehmen, insbesondere jene zwischen den Konzernen, ihren Zulieferern und Vertriebsfirmen, genannt. Wie sich die Beziehungen entwickeln, hängt vor allem von den Kapazitäten der jeweiligen Unternehmen ab, insbesondere von deren Wettbewerbsfähigkeit und technologischem Entwicklungsstand.

Zuletzt nennen Hall und Soskice noch die Beziehungen zu den Beschäftigten als fünften wesentlichen Bereich zur Bestimmung nationaler Kapitalismusmodelle. Es handelt sich dabei um ein eigenständiges Koordinationsfeld, innerhalb dessen die Fähigkeiten und das Wissen der Beschäftigten durch spezifische Anreize nutzbar gemacht wird. So sollen finanzielle Vergütungen, Aufstiegschancen sowie die Möglichkeit zur operativen Mitgestaltung als auch Gewährleistungen sozialer Absicherung eine Nutzenmaximierung innerhalb der Beziehungen zu den eigenen Beschäftigten ermöglichen.

2.1.2.2. Die Unterscheidung zwischen liberal-unkoordiniertem und koordiniertem Kapitalismus

Die Spezifik des nationalen Kapitalismusmodells und deren komparative Leistungsfähigkeit definiert sich grundsätzlich über die Umgangsweise des Unternehmens als zentralen Akteur mit den Koordinationsproblemen, welche innerhalb der fünf von Hall und Soskice bestimmten Sphären auftreten. Demnach unterscheiden jene anhand der dominierenden Koordinationsform im Bereich der industriellen Beziehungen, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, im Kontext der Herausbildung eines globalen Finanzkapitalismus als auch innerhalb der Beziehungen zwischen Unternehmen und den Beschäftigten an sich, zwischen zwei unterschiedlichen Kapitalismusmodellen: einem liberal-unkoordinierten und einem koordinierten Kapitalismus.

Liberaler Kapitalismus

Im liberalen Kapitalismus finden Koordinierungsprozesse hauptsächlich über Marktkonkurrenz in sich schnell verändernden Märkten statt. Entsprechend dazu zeichnet sich auch der Arbeitsmarkt durch einen hohen Grad an Deregulierung aus, was sich wiederum in dementsprechend prekären Arbeitsverhältnissen widerspiegelt. Zentrales Merkmal dabei sind zudem überbetriebliche Arrangements im Bereich der Aus- und Weiterbildung, welche aufgrund ausbleibender Spezialisierung die Fluktuation der Arbeiterschaft fördern.

Im Bereich der industriellen Beziehungen findet eine vornehmlich dezentralisierte, bevorzugt auf betrieblicher Ebene stattfindende Aushandlung über Entlohnung, Arbeitszeiten als auch Arbeitsbedingungen statt.

Der umfassende Institutionsbegriff bezieht sich in diesem Kontext zunächst auf eine unterstützende Funktion des Wettbewerbs, welcher sich wiederum in erster Linie auf die Gewährleistung der Einhaltung formaler Vereinbarungen zwischen gleichberechtigten Akteuren beschränkt. Dahingehend konzentrieren sich Lohn- und Preisanpassungen auf den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Zudem basiert die komparative Leistungsfähigkeit des liberalen Kapitalismusmodells auf einer Begünstigung radikaler Produktinnovationen.

Koordinierter Kapitalismus

Im Modell des koordinierten Kapitalismus stehen in erster Linie die Bedürfnisse der Unternehmen im Mittelpunkt, wobei Koordinationsmechanismen maßgeblich von strategischen Interaktionen bestimmt werden. Dabei sind es vor allem kleinere Gruppen von Akteuren als auch Organisationen, welche eine Übereinstimmung über bestimmte Praktiken zum Ziel haben. Dementsprechend erfordert dieses Kapitalismusmodell Institutionen, die den Informationsaustausch unter den Akteuren gewährleisten können und somit einen entsprechenden Rahmen für die Ausarbeitung von Vereinbarungen bieten.

Im Gegensatz zum liberal-unkoordinierten Kapitalismus, soll laut Hall und Soskice, bei der entsprechenden institutionellen Wirtschaftskonfiguration die inkrementelle Verbesserung komplexer Produkte gefördert werden.

Im Bereich der industriellen Beziehungen dominieren demnach zentralisierte beziehungsweise neokorporatistische Verhandlungssysteme. Ebenso wird auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung vermehrt Interesse auf spezifisch betriebliche Qualifikationen gelegt.

2.1.2.3. Kritikpunkte am Varieties of Capitalism-Ansatz

Der Varieties of Capitalism-Ansatz von Hall und Soskice stellte nicht nur wesentliche Implikationen für den politisch-ökonomischen Vergleich, sondern ermöglichte eine Klassifikation von Ökonomien aufgrund instruktiver idealtypischer Interpretationsheuristik, so Bieling (2009: 7). Nichtsdestotrotz etablierten sich im Laufe der Zeit wesentliche Kritikpunkte an der zugrundeliegenden Vorgangsweise, auf welche nun im Folgenden cursorisch eingegangen werden soll.

Während einerseits der umfassende Institutionsbegriff als theoretische Implikation dargestellt wird, stellen dahinterstehende Annahmen bezüglich der institutionellen Entwicklung wesentliche Kritikpunkte dar. So meint Bieling (ebd.), dass die Wechselwirkung institutioneller Ordnungselemente der Kapitalismusmodelle auf strategisches Handeln gesellschaftlicher Akteure zurückgeführt wird. Indem

Institutionen demnach bereits als bewusstes Resultat sozialer Aushandlungsprozesse definiert werden, resultiere daraus eine Vernachlässigung unvorhergesehen eintretender Aspekte und folglich auch eine Einschränkung institutionellen Wandels.

Abgesehen von institutionellen Konfigurationen wird der Varieties of Capitalism-Ansatz nicht wie zuvor als Bruch mit neoklassischen Theorieschulen verstanden. Da sich die Kritik von Hall und Soskice (2001) fast ausschließlich auf die mindere Bedeutung der institutionellen Sphäre beschränkt, würde es sich vielmehr um eine Modifikation handeln. Hingegen dazu wird der Ansatz oftmals aufgrund einer offenkundigen Tendenz zu rationalistischen Interpretationen der beteiligten Akteure in der Rational-Choice Theorie verortet (vgl. Bieling 2009: 8).

Des Weiteren wird Hall und Soskice auch ein verkürztes theoretisches Verständnis kapitalistischer Ökonomie unterstellt. Denn obgleich es die zugrundeliegende unternehmenszentrierte Perspektive ermöglicht auch die Produktions- und Arbeitsorganisation zu untersuchen, werden jene kaum als soziale, polarisierende und vor allem auch nicht als gestaltende Machtfelder thematisiert, sondern in erster Linie als unter Effizienzgesichtspunkten gesteuerte Kontrollsphären begriffen (vgl. Kang 2006: 11f).

Da der Ansatz die Herausbildung des Kapitalismus unberücksichtigt lässt, gilt die Kritik insbesondere dem ahistorischen Charakter des Forschungszuganges. So werden nicht nur Vor- und Nachteile des Kapitalismus ausgeblendet, sondern auch die Existenz unterschiedlicher nationaler Kapitalismusmodelle unhinterfragt angenommen. Ebenso wird auch die Fixierung auf ökonomische Effizienz bemängelt, welche vor allem seitens marxistischer Theorieströmungen aufgrund der Vernachlässigung von Macht- und Herrschaftsbeziehungen sowie deren Verteilungskonsequenzen kritisiert wird (Nölke 2013: 357).

Unter anderem gilt die Kritik auch der geringen Anzahl der Variationen von Kapitalismusmodellen, welche, so Bieling (2009: 9, 2), aufgrund des Postulats der institutionellen Komplementarität und Kohärenz lediglich durch Hybridmodelle erweitert werden kann. Bedingt durch die institutionelle Inkohärenz könnten sich jene jedoch nicht dauerhaft behaupten, wodurch die Varianz der Kapitalismusmodelle maßgeblich eingeschränkt sei.

Neben der überschaubaren Anzahl der idealtypischen Kapitalismusmodelle und der fehlenden Kapitalismuskritik des Ansatzes, wird zudem eine Art Reduktionismus der Kapitalismusmodelle beanstandet, da deren Entwicklung durch Globalisierungs- oder auch Europäische Integrationsprozesse beeinflusst werden könnte (vgl. ebd.). So stellen trans- oder supranationale institutionelle Arrangements keine konstitutiven Elemente der jeweiligen Kapitalismusmodelle dar, was neben der Fokussierung des Ansatzes auf westeuropäische sowie nordamerikanische Länder als essentieller Beweggrund der Ausdifferenzierung des Varieties of Capitalism-Ansatzes von Hall und Soskice gewertet werden kann.

2.2. Postsozialistische Länder des osteuropäischen Raumes im Varieties of Capitalism-Ansatz

Obgleich einige Kritikpunkte im Rahmen des Varieties of Capitalism Ansatzes thematisiert und teils auch entkräftet werden konnten, forcierte neben der Ausblendung transnationaler Einflüsse, vor allem dessen Beschränkung auf westeuropäische beziehungsweise nordamerikanische Länder eine maßgebliche Ausdifferenzierung des Ansatzes. Fortan galten Bemühungen vor allem einer Ausweitung der Klassifikation kapitalistischer Wirtschaftssysteme auf Länder außerhalb der OECD – Organization of Economic Development, so Bethke (2008).

Aufgrund der Tatsache, dass Länder des osteuropäischen Raumes sowohl Globalisierungs- als auch Europäischen Integrationsprozessen unterliegen, ergibt sich ein besonderer Stellenwert im Rahmen der Ausweitung des Varieties of Capitalism-Ansatzes.

Lange Zeit dominierte das Transitionsparadigma innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung (vgl. Merkel 1995), welches einen simultan verlaufenden Transformationsprozess des wirtschaftlichen als auch politischen Systems der ehemals sozialistischen Länder dieser Region vorsah. Bethke (2008) merkt jedoch an, dass jener Ansatz hauptsächlich auf politisch-konstitutionellen Reformen der Regierungsform spezifiziert war und demnach wirtschaftliche

Transformationsprozesse weitestgehend außer Acht ließ. Gleichsam entwickelte sich der simultane Verlauf politischer, wirtschaftlicher als auch nationalstaatlicher Transformationsprozesse (vgl. Offe 1991) zum Grundproblem der Systemtransformation.

Die Postsozialismusforschung weist dabei den sozialistischen Hinterlassenschaften eine besondere Rolle zu. Demnach würde vor allem die staatssozialistische Vergangenheit in den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Transformationsprozess hineinwirken, wobei ausschließlich dadurch jedoch nicht alles erklärt werden kann (vgl. Segert 2007). So konnte entgegen ursprünglicher Annahmen kein lineares Ablaufmodell des Übergangs der Länder, hin zu einer konsolidierten, liberalen Demokratie festgestellt werden.

„Es gibt nicht ‚die‘ postsozialistische Systemtransformation mit einem generischen Prozessablauf, sondern jeweils eine einzelfall- bzw. länderspezifische Ausprägung. Es gilt jeweils zu untersuchen, welche strukturellen, ökonomischen, sozialen und soziokulturellen Determinanten den Transformationsverlauf beeinflussen“ (vgl. Nohlen 2008: 570).

Da die postsozialistische Systemtransformation nach wie vor zentraler Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften ist, kommt zunehmendes Interesse an den Spezifika der sich entwickelnden kapitalistischen Wirtschaftsmodelle auf.

An dieser Stelle stellt sich dementsprechend auch die Frage nach einer möglichen Übertragbarkeit des Varieties of Capitalism-Ansatzes auf postsozialistische Volkswirtschaften. Kritische Positionen verweisen dabei jedoch auf die Tatsache, dass jener Forschungsansatz auf der Analyse wirtschaftsstarker Industrienationen beruht und somit Transformationsländer ausschließt. So merkt der amerikanische Politikwissenschaftler David Lane (2004) an, dass gemessen an den idealtypischen Kapitalismusformen westeuropäischer als auch nordamerikanischer Länder viele der postsozialistischen Staaten keine vergleichbaren Strukturen aufweisen würden. Wenn doch, würde es sich größtenteils um Hybridformen handeln, welche eine Zuordnung unmöglich machen würden.

Doch obgleich die Unzulänglichkeit des Varieties of Capitalism-Ansatzes im Bezug auf die Analyse postsozialistischer Wirtschaftssysteme in vielerlei Aspekten attestiert wird, dient jener nichtsdestotrotz als idealtypischer Referenzrahmen. So

wurden, je nach analytischer Schwerpunktsetzung, unterschiedliche Herangehensweisen zur Klassifizierung der auftretenden Kapitalismusformen entwickelt. Dementsprechend versuchen einige Forschungszugänge die Existenz genuin neuer Idealtypen in postsozialistischen Ländern nachzuweisen.

2.2.1. Zur Diversität ostmitteleuropäischer Kapitalismen bei Dorothee Bohle und Béla Greskovits

Die deutsche Politikwissenschaftlerin Dorothee Bohle und ihr ungarischer Kollege Béla Greskovits entwickelten, anknüpfend an wesentliche Kritikpunkte des Varieties of Capitalism-Ansatzes, genuin neue Idealtypen von kapitalistischen Wirtschaftssystemen. Ausgehend von einer grundsätzlichen Ausweitung auf ostmitteleuropäische Länder, richten sich die beiden Autoren vor allem gegen die Vorstellung eines gemeinsamen Entwicklungspfades der Region.

Entgegen der Ausblendung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, erörtern Bohle und Greskovits die Einwirkungen des Staatssozialismus auf den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Transformationsprozess. Sozialistische Systeme hätten demnach keinen homogenisierenden Effekt auf politisch-konstitutionelle und wirtschaftliche Strukturen sowie Institutionen der osteuropäischen Gesellschaften gehabt. Vor allem schließen sich die Autoren dabei an vorangehende Studien an und attestieren insbesondere nach dem Zusammenbruch des Sozialismus einen verstärkten Einfluss der Globalisierung als auch Europäisierung, welche als wesentliche Faktoren beim Auftreten neuer dynamischer Wirtschaftssysteme identifiziert und gleichsam als Katalysatoren des Ausdifferenzierungsprozesses beschrieben werden (Bohle/Greskovits 2007: 185).

„Globalization, finally, has also raised the question of the rise of new dynamic economies outside the capitalist core on the agenda. Under the auspices of foreign capital and technology, a number of peripheral economies have recently started to upset traditional patterns of international division of labor, making their inroad into international specializations formerly considered typical for LMEs or CMEs“ (ebd. 2009: 378).

Bei der Charakterisierung ostmitteleuropäischer Kapitalismusvarianten beziehen sich Bohle und Greskovits in erster Linie auf den polnischen Sozialwissenschaftler

Karl Polányi (1977) und dessen theoretische Ausarbeitungen in seinem Werk „The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen“. Kernelement dabei war die Analyse der Transformationsprozesse des 19. Jahrhunderts, anhand welcher Polányi das Konzept der so genannten „Doppelbewegung“ als Konglomerat von wirtschaftlicher Liberalisierung und gesellschaftlicher Protektion begründete. Dementsprechend resultiert die Divergenz der Kapitalismusvarianten aus dem unterschiedlichen Grad der Verfolgung sowie Institutionalisierung liberal-marktwirtschaftlicher und gesellschaftlich-protégierender Prinzipien (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 186).

Zudem begrenzt Polányi (1977: 186ff) die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Protektion nicht ausschließlich auf eine bestimmte Akteursgruppe, sondern sieht grundsätzlich eine Möglichkeit zur Mobilisierung sämtlicher gesellschaftlicher Gruppierungen. Auch an dieser Stelle folgen Bohle und Greskovits dessen Interpretationsschema, wonach nicht nur sozialstaatlichen Institutionen protégierende Maßnahmen vorbehalten blieben. Neben dem Schutz der Gesellschaft vor den Verwerfungen des Marktes, werden ebenso wesentliche Elemente ökonomischer Protektion mit einbezogen. Dementsprechend wird auch der Schutz der verarbeitenden Industrie vor zerstörerischen Konsequenzen der Konkurrenz thematisiert und zu einem wesentlichen Element gesellschaftlicher Protektion (Bohle/Greskovits 2007: 186).

Zwecks einer Klassifikation der osteuropäischen Kapitalismusvarianten werden unterschiedliche Leistungsmerkmale und Institutionen in folgenden vier Bereichen berücksichtigt (zu Folgendem vgl. ebd.: 187ff):

Ein wesentliches Element der Unterscheidung stellt der Liberalisierungsgrad des Wirtschaftssystems dar. Zentral dabei ist der gegenwärtige Umsetzungsprozess der Liberalisierung, Deregulierung als auch Privatisierung sowie die Implementierung grundlegender marktwirtschaftlicher Institutionen. Neben der Ausgangslage der einzelnen Staaten wird hierbei vor allem die Geschwindigkeit der durchgeführten Reformmaßnahmen als Unterscheidungsmerkmal hervorgehoben.

Die makroökonomische Stabilität wird als zweites wesentliches Merkmal des globalen neoliberalen Kapitalismus definiert. Ebenso wie bei Maßnahmen der Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung nimmt hier die Ausgangslage als

auch die Geschwindigkeit der Reformprozesse eine wesentliche Stellung ein, wobei auch auf die Bedeutung transnationaler Einflüsse eingegangen wird. Wesentlich dabei ist die Form der verfolgten Geld- und Wechselkurspolitik sowie die Entwicklung des Budgetdefizits und der Verschuldung.

Neben der Institutionalisierung marktwirtschaftlicher Liberalisierung und makroökonomischer Stabilität wird zudem der industrielle Transformationsprozess zu einem bedeutenden Merkmal der Wettbewerbsfähigkeit. Zusätzlich zur Industrieproduktion an sich wird hierbei auch die Entwicklung des komplexen Industriezweiges als wesentlicher Indikator berücksichtigt. Dabei werden in erster Linie industriepolitische Maßnahmen erfasst und erörtert, welche durch programmatische Schwerpunktsetzungen den Fortbestand der Produktion komplexer Exportgüter sowie die Anziehung der damit unmittelbar verbundenen Auslandsdirektinvestitionen gewährleisten sollen. Entscheidend dabei sind, so Bohle und Greskovits, unter anderem staatliche Subventionen, Investitionsanreize, Schutzzölle als auch Steuerbefreiungen, welche insbesondere in Aussicht auf ausländisches Kapital gesetzt werden.

Zudem thematisieren Bohle und Greskovits den Bereich Sozialer Inklusion. Neben dem Ausmaß sozialer Ungleichheit in der Region, wird dabei auch auf Unterschiede in der Institutionalisierung der Absicherung sozialer Risiken eingegangen.

Schließlich gewährt die Analyse der politischen Unterstützung, die die jeweiligen Regime erfahren, einen wesentlichen Einblick in deren Stabilität und Reproduktionsfähigkeit (ebd.: 191). Die Autoren führen dabei gesellschaftlichen Protest gegen marktwirtschaftliche Reformen und die (Dis-)Kontinuität von Regierungsparteien und -programmen als wesentliche Indikatoren an.

2.2.1.1. Grundlegende Betrachtungsweisen und Positionen

Grundsätzlich verfolgen die Autoren bei der Divergenz osteuropäischer Kapitalismen zwei zentrale Thesen, auf welche im Anschluss näher eingegangen werden soll.

Die erste These betrifft die Reformprioritäten unmittelbar nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems. So wird argumentiert, dass insbesondere zu Beginn der Transformation Reformeliten richtungsweisend agieren. Sozialistische Hinterlassenschaften können demnach als förderlich eingestuft oder im Gegenteil auch als Bedrohung für neue Ziele diskreditiert werden und entscheiden abhängig davon über Reformprioritäten.

Basierend darauf gehen die Autoren in der zweiten These davon aus, dass Kapitalismusvarianten nicht alleine auf sozialistische Hinterlassenschaften rückführbar sind. Hier wird wiederum, anknüpfend an der Kritik des Varieties of Capitalism-Ansatzes, insbesondere auf transnationale Einflüsse eingegangen, welche in Verbindung mit ererbten Strukturen und Reformstrategien die Herausbildung unterschiedlicher Kapitalismusformen begründen.

2.2.1.1.1. Sozialistische Hinterlassenschaften und politische Konsequenzen

Die erste These betrifft die Reformprioritäten unmittelbar nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems. So wird argumentiert, dass vor allem zu Beginn der Transformation Reformeliten richtungsweisend agieren. Sozialistische Hinterlassenschaften können demnach als förderlich eingestuft oder im Gegenteil auch als Bedrohung für neue Ziele diskreditiert werden und entscheiden abhängig davon über Reformprioritäten.

Bei der Argumentation dieser These beziehen sich die Autoren auf die Abhandlung „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (1991) des deutschen Sozialwissenschaftlers Claus Offe. Jener argumentiert, dass

„sämtliche Stufen eines Prozesses, die im westeuropäischen 'Normalfall' in einer über Jahrhunderte gestreckten Sequenz (vom Nationalstaat zum Kapitalismus zur Demokratie) bewältigt wurden [...] in Osteuropa nahezu synchron durchlaufen werden müssen.“ Das aber, so fährt er fort, „bedingt nicht nur gigantische Entscheidungslasten, sondern auch wechselseitige Obstruktionseffekte“ (Offe 1991: 282 zit. nach Bohle/Greskovits 2007: 192).

Ogleich Bohle und Greskovits Offe dabei in wesentlichen Punkten zustimmen, verneinen sie jedoch die darin skizzierte Unmöglichkeit eines demokratischen Kapitalismus in osteuropäischen Ländern.

Die grundsätzliche Abneigung gegenüber jener Argumentation bezieht sich aus der Annahme, dass Eliten durchaus im Stande seien Reformprioritäten zu setzen, welche wiederum wesentliche Grundsteine für die Entwicklungstendenz des Regimepfades sind.

Dementsprechend gilt das Interesse zunächst dem Ursprung unterschiedlicher politisch-ökonomischer Regime, während dabei in erster Linie die Rolle der sozialistischen Erbschaft im Zusammenhang mit den Prioritäten der Reformeliten analysiert werden soll.

2.2.1.1.2. Transnationale Integration und die sozioökonomische Logik der Regimedivergenz

Basierend darauf gehen die Autoren in der zweiten These davon aus, dass Kapitalismusvarianten nicht alleine auf sozialistische Hinterlassenschaften rückführbar sind. Hier wird wiederum, anknüpfend an einen wesentlichen Kritikpunkt des Varieties of Capitalism-Ansatzes, auf transnationale Einflüsse eingegangen, die in Verbindung mit ererbten Strukturen und Reformstrategien die Herausbildung unterschiedlicher Kapitalismusformen begründen.

Während den Reformeliten einerseits die Fähigkeit zugesprochen wird, insbesondere in den ersten Transformationsjahren einen grundlegenden Einfluss auf die Entwicklungstendenz des Regimepfades zu haben, ließen sich ausschließlich daraus jedoch keine entstehenden regionalen Divergenzen erklären. So würde neben internen Faktoren von Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen, auch die transnationale Integration selbst eine wesentliche Rolle spielen.

Bohle und Greskovits (2007: 197) heben dabei insbesondere die Bedeutung der EU – Europäischen Union und transnationaler Unternehmen hervor, welche vorwiegend seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems einen maßgeblichen Einfluss auf die politisch-ökonomischen Modelle Ostmitteleuropas haben.

Die systemische Macht der transnationalen Konzerne

Transnationalen Unternehmen kommt im Rahmen der Globalisierungsprozesse eine privilegierte Machtposition zu. Im Hinblick auf die ostmitteleuropäische Transformation lässt sich deren systemische Macht aufgrund drei zentraler Gegebenheiten darstellen, so Bohle und Greskovits (2007: 198f). Erstens, so die Autoren, sei jene zunächst einmal grundlegend auf den Kapitalmangel in dieser Region zurückzuführen. Des Weiteren obliegt den transnationalen Unternehmen nicht nur die Standortwahl, sondern auch die Investitionsentscheidung an sich. Abhängig von deren strategischer Vorgangsweise und dem tatsächlichen Grad ihrer Mobilität verfügen die Konzerne folglich im unterschiedlichen Maße auch über eine so genannte „exit“ oder „voice“ Option (Hirschmann 1970 zit. nach ebd.).

Für die osteuropäischen Staaten ist dies vor allem im Kontext industrieller Transformation, bezüglich der Fähigkeit FDIs – Foreign Direct Investments / ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, von enormer Bedeutung. Während deren Anziehung zumeist mit den Fortschritten in marktwirtschaftlichen Reformen begründet wird, sehen Bohle und Greskovits die Erklärung eher in der Wechselwirkung zwischen industriellen sowie institutionellen Strukturen und Unternehmensentscheidungen (Bohle/Greskovits 2007: 199).

Bezüglich der Standortwahl berufen sich die Autoren auf das Werk „Sovereignty at Bay: The Multinational Spread of U.S. Enterprises“ des amerikanischen Ökonomen Raymond Vernon (1971) und die darin begründete Produktionszyklustheorie. Demnach bevorzugen Unternehmen bei der Produktion komplexer Industrien zunächst Länder die ähnliche Produktionsfaktoren aufweisen wie das Ursprungsland. Dementsprechend ziehen ausländische InvestorInnen Länder mit entsprechenden Industriestrukturen und adäquat ausgebildeten Arbeitskräften vor. An dieser Stelle machen die Autoren zudem auf die so genannte „follow the leader“ Strategie aufmerksam, wonach transnationale Unternehmen den Vorreitern der Branche folgen und demnach in gleiche Regionen investieren (vgl. ebd. : 200f).

Daher, so Bohle und Greskovits (ebd.), kann „von einem positiven Kreislauf ererbter industrieller Strukturen, ersten Investitionen und Erweiterungsinvestitionen gesprochen werden, die eine außeninduzierte Modernisierung der Produktionskapazitäten in Gang“ setzen. Folglich erklärt sich daraus auch

wiederum die Bedeutung sozialistischer Hinterlassenschaften, deren Auslegung zu Beginn der Transformation durch die Reformeliten wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.

Das Zusammenspiel nationalstaatlicher Reformprioritäten und strategischer Handlungen transnationaler Unternehmen entscheidet jedoch nicht nur über Erfolg oder Misserfolg der industriellen Transformation, sondern betrifft auch Fragen Sozialer Inklusion. So betonen Bohle und Greskovits, dass insbesondere in kleineren ostmitteleuropäischen Ländern sozialstaatliche und arbeitsmarktpolitische Praktiken maßgeblich von der Konsensbildung zentraler Unternehmensgruppen und deren Bereitschaft im Land zu bleiben abhängt (vgl. ebd.: 201). Demnach tragen unterschiedliche Formen der Transnationalisierung auch entscheidend zu den sozialen Unterschieden in der Region bei (vgl. Bohle/Greskovits 2006).

Die Rolle der EU – Europäischen Union

Wie bereits zuvor angesprochen unterliegen ostmitteleuropäische Länder nicht nur Globalisierungsprozessen an sich, sondern im Gegensatz zu anderen postsozialistischen Ländern, auch dem Europäischen Integrationsprozess.

Durch besonders frühzeitige Verhandlungsbeginne werden Beitrittskandidaten der EU – Osterweiterung dazu angehalten, die Liberalisierung ihrer Märkte als auch des Außenhandels voranzutreiben. Über regelmäßige Überprüfungen makroökonomischer Entwicklung, geld- und haushaltspolitischer Programme, Privatisierung und Fortschritte in Verwaltungs-, Regional-, Struktur- und Sozialversicherungsreformen soll demnach eine schnellstmögliche Adaption des Binnenmarktregimes gewährleistet werden.

Bohle und Greskovits beschreiben jenen Prozess als Übertragung eines bestimmten Kapitalismusmodells, was jedoch keinesfalls als eine von außen aufgezwungene Entscheidung begriffen werden sollte. Demnach wird die Europäische Union als wesentlicher Akteur im Transformationsprozess auch nicht als „externer Faktor“ (ebd.: 198), sondern vielmehr als transnationaler Referenzrahmen gesehen, welcher zwecks Durchsetzung bestimmter Präferenzen konzipiert wurde.

2.2.1.2. Zu den unterschiedlichen Idealtypen ostmitteleuropäischer Kapitalismusmodelle

Neoliberales Kapitalismusmodell

Das „Neoliberale Kapitalismusmodell“ zeichnet sich, so Bohle und Greskovits (2007) vor allem durch dessen Radikalität im Transformationsprozess aus.

Im Fall der postsozialistischen Staaten stehen Nationalstaatsbildung, Demokratisierung als auch institutionelle Liberalisierung im Zeichen einer grundsätzlichen Abwehr des sozialistischen Systems. Während die Institutionalisierung marktwirtschaftlicher Reformen einerseits gezielt vorangetrieben wird, bleiben gesellschaftlich-protégierende Maßnahmen weitestgehend unberücksichtigt. Bohle und Greskovits illustrieren derartige Transformationsprozesse am Beispiel der Baltischen Staaten.

Ebenso wie viele andere Länder, verfügten weder Estland, Lettland noch Litauen über eigenständige nationalstaatliche Strukturen. Kennzeichnend für jene Ländergruppe war vor allem auch die Abneigung gegenüber dem Vorgängerregime, was wiederum auch von den Reformeliten wohlwollend aufgenommen wurde.

Neben der Abkehr vom sozialistischen Vorgängerregime deuten Bohle und Greskovits auch das aufkommende Bestreben nach jeweiliger nationaler Identität als eine Art Katalysator des kapitalistischen Transformationsprozesses, welche neben dem Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen zugleich eine Neuausrichtung der internationalen Beziehungen mit sich bringt. Vor allem die Unabhängigkeit der Länder von der russischen Wirtschaft ermöglichte so die primäre Zuwendung an westeuropäische Staaten, was zudem anhand einer radikalen Liberalisierung und Deregulierung forciert wurde (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 192f).

Die nationale Unabhängigkeit wird daher in unmittelbare Verbindung mit marktwirtschaftlichen Reformen gebracht, welche unter anderem, so Bohle und Greskovits, von der hohen Priorität makroökonomischer Stabilität begleitet wird. Die Bevölkerung als auch staatliche Industrien werden dabei jedoch vernachlässigt und

so den unmittelbaren Konsequenzen des radikalen Transformationsprozesses ausgesetzt.

Neo-Korporatismus

Das Modell des „Neo-Korporatismus“ zeichnet sich in erster Linie durch umfassende Maßnahmen gesellschaftlicher als auch ökonomischer Protektion vor den Konsequenzen marktwirtschaftlicher Reformen aus. Zudem deuten Bohle und Greskovits dabei einen graduellen Transformationsprozess, welcher bereits im Vorgängerregime seinen Ursprung nahm, wie auch im Falle Sloweniens.

Im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern hatte Slowenien als die am stärksten liberalisierte und weitestgehend westlich orientierte Region Jugoslawiens keine vergleichbare Transformationskrise durchlaufen müssen. Als Republik des föderalen Systems Jugoslawiens wies jene zudem bereits vor dem Ende des sozialistischen Regimes ein mehr oder weniger unabhängiges Selbstverwaltungssystem auf. Jenes ermöglichte nicht nur „ein Niveau gesellschaftlicher Partizipation in politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen [...], welches in anderen sozialistischen Ländern unbekannt war. Das Selbstverwaltungssystem brachte Manager, Gewerkschaftler und Bürokraten hervor, die Erfahrung hatten in der Vermittlung wirtschaftlicher und sozialer Zielsetzungen“ (Bohle/Greskovits 2007: 194).

Die Transformation Sloweniens zu einer demokratischen Marktwirtschaft basierte demnach auf günstigen sozialistischen Hinterlassenschaften, wodurch keine radikale Abkehr notwendig schien. Vielmehr wurden anknüpfend daran neokorporatistische Elemente im Reformprozess aufgenommen, welche gesellschaftliche als auch ökonomische Protektion miteinschlossen und so nicht zuletzt positive Auswirkungen auf die Institutionalisierung der Marktliberalisierung hatten.

Eingebetteter Neoliberalismus

Schlussendlich definieren Bohle und Greskovits ein drittes Kapitalismusmodell, welches jene als „Eingebetteten Neoliberalismus“ zwischen dem neoliberalistischen und dem neokorporatistischen Regime verorten.

Der Eingebettete Neoliberalismus zeichnet sich in erster Linie durch eine Polarisierung zwischen marktwirtschaftlichen Reformprozessen und gesellschaftlichen Protektionsmaßnahmen aus, wobei generell soziale als auch ökonomische Protektion der Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit nachgeordnet wird (vgl. ebd.: 186).

Bohle und Greskovits heben hierbei insbesondere die Bedeutung der Reformeliten im Transformationsprozess hervor, welche einen maßgeblichen Einfluss bezüglich der sozialen und politischen Inklusion der Bevölkerung einnehmen.

Die Autoren sprechen an dieser Stelle von einem so genannten „dualen demokratischen Regime“ (ebd.: 196), das sich durch eine begrenzte Inklusion beziehungsweise Exklusion bestimmter sozialer Gruppierungen auszeichnet. Den von geplanten Reformmaßnahmen benachteiligten sozialen Gruppierungen werden demnach keine institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt, sondern im Gegensatz dazu mit Kompensationen in Form gezielter wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen begegnet, wie es Bohle und Greskovits anhand des Transformationsprozesses der Visegrádstaaten illustrieren.

Während in Polen und Ungarn die Frage nach der Nationenbildung gänzlich ausblieb, wurde jener auch in der Tschechischen Republik und der Slowakei zunächst nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Vielmehr dominierte in den ersten Jahren des Transformationsprozesses die Frage nach dem Umgang mit sozialistischen Hinterlassenschaften. Obgleich Polen und Ungarn einerseits auf bereits etablierte marktsozialistische Institutionen zurückgreifen konnten, standen jene dem Problem hoher Auslandsverschuldung als Folge des sozialistischen Regimes entgegen. Die Tschechische Republik und die Slowakei wiederum übernahmen ein unreformiertes sozialistisches System, wiesen jedoch aufgrund der vergleichsweise geringen wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion eine für den Anfang relativ große internationale Wettbewerbsfähigkeit auf.

Nichtsdestotrotz bleibt den Visegrádstaaten obgleich ihrer unterschiedlichen Ausgangslagen die benachteiligte Stellung der Institutionalisierung sozialer Sicherungssysteme als gemeinsames Merkmal. Während soziale Protektionsmaßnahmen innerhalb politischer Wahlkämpfe stets präsent sind, zeichnen sich jene weiterhin durch Exklusion bestimmter sozialer Gruppierungen aus und resultieren somit im wiederholten Protest weiter Bevölkerungsschichten. Bohle und Greskovits sehen die Gründe nicht zuletzt „in der komplexen, widersprüchlichen und institutionell unregulierten Agenda des Regimes des eingebetteten Neoliberalismus begründet, [wobei] die Länder politisch und sozial weniger konsolidiert sind als die anderen Vergleichsfälle in der Region“ (ebd.: 197).

3. Die Republik Kroatien: Geschichtlicher Überblick von den ersten kroatischen Siedlungen bis zum Zerfall der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien

Die Republik Kroatien war bis zur Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1991 zu keiner Zeit, mit Ausnahme kurzer, äußerst umstrittener Phasen, ein eigenständiger Staat im völkerrechtlichen Sinne. Vielmehr zeichnete sich anhand sukzessiver Fremdbestimmung kroatischer Siedlungsgebiete eine andauernde Suche nach einer eigenen nationalen Identität ab, welche, ebenso wie in anderen südosteuropäischen Ländern, in erster Linie von revisionistischen Interpretationen ausgesuchter Abhängigkeitsverhältnisse gekennzeichnet war.

In diesem Sinne soll im Folgenden auf die Grundzüge der kroatischen Staatswerdung eingegangen werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens. Vor allem soll dabei auch die Spezifik des jugoslawischen Sozialismus erörtert werden, was wiederum zum Grundverständnis der Entwicklung des demokratiepolitischen und marktwirtschaftlichen Transformationsprozesses nach dem Zusammenbruch der SFRJ beitragen soll.

3.1. Von kroatischen Ansiedlungsprozessen hin zu ersten Formen südslawischer Koexistenz

Während von den ersten kroatischen Ansiedlungen im südosteuropäischem Raum geschichtswissenschaftlich relativ wenig bekannt ist, gilt das am Ende des 10. Jahrhunderts proklamierte Königreich „Dalmatien, Kroatien und Slawonien“ als Ursprung der Herausbildung einer ethnischen kroatischen Identität im Frühmittelalter. Obgleich später in Personalunion vom ungarischen König regiert, verfügte die kroatische Herrscherschicht in Form einer städtischen Landesversammlung (auch Sabor genannt) über die Verwaltung als auch das Heer des Königreiches, wodurch eine gewisse Autonomie gewährleistet war (Barić 2012: 82, Larmann 2006: 20).

Als die osmanischen Eroberungsfeldzüge des 14. und 15. Jahrhunderts schließlich auch Slawonien erreichten, folgte jedoch ein radikaler Umbruch in den etablierten

Herrschaftsstrukturen des Gebietes. Während es zu dieser Zeit in weiten Teilen Europas zu Vereinheitlichungen und Stabilisierungen großer Ethnien kam, bewirkte der Einzug der Osmanen große Bevölkerungsverschiebungen im südosteuropäischen Raum.

Zwecks Verteidigung der Gebiete errichteten die Habsburger 1578 die „Vojna Krajina / Militärgrenze“. Es handelte sich dabei um ein Grenzverteidigungssystem mit eigener Verwaltungseinheit (Bandov 2009: 123f). Doch erst mit der gescheiterten Türkenbelagerung 1683 in Wien kam es zur ersehnten Zurückdrängung der osmanischen Okkupation hin zur charakteristischen Hufeisenform des bosnisch-kroatischen Grenzverlaufs. Mit der erneuten Unterstellung unter die ungarische Krone und der Besetzung der Militärgrenze, kam es trotz allem nicht zu einer Wiederkehr, sondern vielmehr zur Einschränkung der kroatischen Autonomie im so genannten „Zivilkroatien“ (Larmann 2006: 21f).

Als die Habsburger jedoch Anfang 1805 den napoleonischen Kriegsfeldzügen erlagen, wurden alle kroatischen Gebiete südlich der Save der französischen Verwaltung unterstellt und galten fortan als „Illyrische Provinzen“¹ (Goldstein 2007: 52).

Die französische Okkupation währte jedoch nicht lange, sondern wurde durch die Ungarische Revolution 1849 und die direkte Unterstellung jener Gebiete unter Wien beendet. Kroatische Selbstverwaltungsrechte wurden weitestgehend aufgehoben, die Opposition verfolgt und Deutsch als Amtssprache eingeführt, was wiederum als Reaktion auf den aufkeimenden kroatischen Nationalismus jener Zeit gesehen werden kann (Barić 2012: 82, Goldstein 2007: 54, Larmann 2006: 22).

Auch der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn 1867 und somit die Unterstellung kroatischer Gebiete unter die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, brachte nicht die erhoffte vollkommene staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit. In Berufung auf das einstige „Königreich Dalmatien, Kroatien und Slawonien“ wurden zwar Teilautonomien gewährt, wobei jedoch in vielen sachpolitischen Bereichen weiterhin vollkommene Abhängigkeit von Ungarn

1 Zur Zeit der französischen Okkupation entstand zwischen 1835 und 1848 in Kroatien die „illyrische Bewegung“ der nationalen Wiedergeburt, die einen kulturellen und politischen Ansatz für die Integration der kroatischen Nation schaffen, und andererseits zu der Herausbildung einer modernen kroatischen Kultur beitragen wollte. Vor allem sollte dabei die überlieferte kroatische „Besonderheit“ gegenüber dem ungarischen Hegemonismus gewahrt werden. Die Anhängerschaft entsprang vorwiegend dem verarmten Adel sowie den allmählich erstarkenden Bürgerschichten (Bandov 2009: 125, Goldstein 2007: 52ff)

dominierte (Steindorff 2013). Als am Ende des 19. Jahrhunderts die Militärgrenze schrittweise aufgelöst und der ungarischen Entscheidungsgewalt unterstellt wurde, mobilisierten sich unter der kroatischen Bevölkerung erstmals Protestbewegungen, woraufhin, so der kroatische Historiker Ivo Goldstein (2007), eine „Epoche brutaler Repression“ (ebd.: 59) folgte. Fortan wurden seitens der Habsburger bestehende ethnopolitische Konfliktlinien zu eigenen Zwecken instrumentalisiert. Anhand der Hervorhebung kulturell-konfessioneller Unterschiede wurde in erster Linie der serbisch-kroatische Dualismus gefördert. Nichtsdestotrotz konnte dem bestehenden Unmut unter der kroatischen Bevölkerung gegenüber der Regentschaft kein Einhalt geboten werden. Erneute Protestbewegungen Anfang des 20. Jahrhunderts erreichten schließlich ein neues Ausmaß an Entrüstung, was wiederum zu rigiden Sanktionsmaßnahmen führte.

Den Zeitraum zwischen 1830 und 1847 sieht Dragutin Pavličević (2007: 243-256 zit. nach Barić 2012: 83) als eine Phase der nationalen Erneuerung, die ein Jahr später anhand des wiederhergestellten Sabor auch als Beginn des modernen bürgerlichen Parlamentarismus gesehen werden kann. Wenn auch mit eingeschränkten und ungleichem Wahlrecht, wurde damals der Status eines Provinzparlaments mit einem gewissen Grad an politisch-administrativer Autonomie erreicht (Barić 2012: 83). Einige der Anführer der aufständischen Bewegung flohen ins Exil, wo diese auf die prekäre Lage unter ungarischem Diktat aufmerksam zu machen wussten. In Dalmatien und Nordkroatien selbst wurde die konflikthafte Beziehung zwischen Budapest und Wien genützt, um eigene politische Eliten zu rekrutieren. Schließlich konnten die HSP – Hrvatska Stranka Prava / kroatische Rechtspartei, die Fortschrittspartei und die Serbische Selbständige Partei als neu formierte Parteien eine Kroatisch-Serbische-Koalition bilden. Obgleich die Formation die Wahl im Jahr 1905 für sich entscheiden konnte, war trotz der Akzeptanz seitens Budapest lediglich eine vollkommen eingeschränkte Regierungsbildung möglich.

Zeitgleich wurde die Zusammenarbeit zwischen Serbien und Kroatien jedoch weiterhin vonseiten Wiens und Budapests sabotiert. So förderte Wien mehrere Klagen wegen Verleumdung und Hochverrats gegen einzelne Vertreter der Kroatisch-Serbischen-Koalition. Nachdem aufgrund fingierter Beweise die Prozesse

vorzeitig aufgegeben werden mussten und somit die Österreich-Ungarische Monarchie an Ansehen verlor, setzte Ungarn ein neues Regime in Kroatien ein (Larmann 2006: 24). Als im Jahr 1912 die verbündeten Länder Serbien, Bulgarien und Griechenland die osmanischen Besatzungskräfte endgültig vertrieben, wurde die anfängliche Begeisterung der kroatischen Bevölkerung jedoch von Serbiens aufkommenden Expansionsbestrebungen getrübt.

3.2. Vom Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hin zum Unabhängigen Staat Kroatien

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall der Habsburgermonarchie proklamierte König Aleksandar I. Karađorđević am 1. Dezember 1918 das „Kraljevina Srba, Hrvata i Slovena / Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (Bandov 2009: 134). Wiederum in Berufung auf die einstige staatsrechtliche Stellung als autonomes Königreich, erwartete sich die kroatische Bevölkerung ein gleichberechtigtes Mitspracherecht.

Doch obgleich die Siegermächte nach Kriegsende ihre Unterstützung für ein selbständiges katholisches Kroatien aussprachen, was wiederum als Druckmittel bei der Bildung des „Königreiches der Slowenen, Kroaten und Serben“ verwendet werden konnte, blieb die Forderung nach Gleichheit unter den konstituierenden Ländern bis auf weiteres unerfüllt. Neben den Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarländern entwickelten sich auch innerhalb des neu gebildeten Königreiches Unstimmigkeiten. Dabei konnte Serbien nicht zuletzt aufgrund der Neubegründeten Staatlichkeit seine überwältigende Macht im Zuge der Abwehr italienischer Streitkräfte und der Besetzung sämtlicher wichtiger Gebiete des neuen Königreiches etablieren. Während das Prinzip der serbischen Militärstrukturen sowie staatliche Institutionen der alten serbischen Siedlungsgebiete unverändert blieben, verzeichneten vor allem Slowenien und Nordkroatien wirtschaftliche Einbußen (Larmann 2006: 28f).

Der „jugoslawische Unitarismus“ (Banac 2007: 154, Zakošek 1991) als Form der südslawischen Koexistenz verlor somit an Attraktivität und mündete schließlich in einen maßgeblichen Widerstand gegenüber Serbien. Anlässlich des aufkeimenden

Unmutes der Bevölkerung folgte am 6. Januar 1929 seitens Karađorđević ein Verbot aller politischer Parteien sowie die Auflösung des Parlaments. Mit Abschaffung der zentralistischen Verfassung wurde schließlich auch die Umbenennung in das „Königreich Jugoslawien“ beschlossen (Bandov 2009: 136f).

Larmann (2006: 31) fasst jene Entwicklung folgendermaßen zusammen:

„Das gemeinschaftliche Königreich der Slowenen, Serben und Kroaten war zu keinem Zeitpunkt etwas anderes als eine serbische Expansion. Die anfängliche Bedrohung durch Nachbarstaaten, die das Königreich in größere Grenzstreitigkeiten verwickelte, wäre eine integrative Chance gewesen, vor allem die Kroaten in den gemeinsamen Staat einzubinden. Partizipationsmöglichkeiten wurden allerdings verwehrt und die Verfassung erhielt nur die Zustimmung der Hälfte der Deputierten. Daher war die Beseitigung des Parlaments [...] keine überraschende Entwicklung.“

Im Laufe der Zeit etablierte sich die Königsdiktatur, welche zahlreiche Reformmaßnahmen umsetzte, dabei jedoch verkannte, dass die Idee eines gemeinsamen zentralistischen Staates unter serbischer Dominanz nicht mit dem „dreifachen Nationenverständnis“ (Larmann 2006: 34) vereinbar war.

Nach der Ermordung Karađorđevićs im Jahr 1934 und einer Wahlniederlage im Dezember 1938 kam es schließlich zu einer serbisch – kroatischen Übereinkunft. So einigten sich der serbische Politiker Dragiša Cvetković und der führende Politiker Kroatiens Vlatko Maček in einem Abkommen über die Bildung der autonomen Banschaft „Banovina Hrvatska“ als kroatische politische Entität (Bandov 2009: 139ff, Barić 2012: 84). Die Staatsreform endete jedoch vorzeitig, als im April 1941 nach siegreichem Angriff der Achsenmächte die Auflösung Jugoslawiens und somit auch der Banschaft Kroatien folgte. Unter Anführung von Ante Pavelić lehnte sich die faschistische Ustaša Bewegung auf und errichtete mit Unterstützung der Besatzungskräfte den NDH - Nezavisna Država Hrvatska / Unabhängigen Staat Kroatien.

In der Zeit des kroatischen Ustaša-Regimes erreichte der kroatische Nationalismus seinen vorläufigen Höhepunkt. Mit dem Ziel einen ethnisch ‚reinen‘ Nationalstaat zu schaffen führten die Ustaša einen Vernichtungsfeldzug gegen die jüdische als auch serbische Bevölkerung (Hory/Broszat 1965: 22). Vielfach war dabei auch von einer Brutalität die Rede, welche sogar jene der deutschen Wehrmacht übertraf. Lampe

(2000: 208) spricht daher von einer „most savage intolerance seen anywhere in Europe during Second World War“.

Als sich letztendlich das Ende des Zweiten Weltkrieges abzeichnete, verschärfte sich die Lage im jugoslawischen Bürgerkrieg. Während die Ustaša nach wie vor unbeirrt den deutschen Besatzern folgten, gewannen die Partisanen unter der Führung Josip Broz Titos, als zweite wesentliche politisch-militärische Einheit auf dem Gebiet, zunehmend an Bedeutung. Als erfahrene Guerillakämpfer entwaffneten sie nach der Kapitulation Italiens im September 1943 deren Streitkräfte und bekämpften daraufhin mit britischer Unterstützung ganze Einheiten der serbischen Četniks (Barić 2012: 84f, Lampe 2000: 221, Larmann 2006: 37f).

Angesichts der abnehmenden Bedeutung der deutschen Wehrmacht sowie den erfolgreich bestrittenen Feldzügen sah sich nun auch Tito nicht mehr dazu genötigt auf etwaige Verhandlungen einzugehen und begann mit der Planung einer politischen Nachkriegsordnung (Lampe 2000: 221).

Nur ein Jahr nach der Gründung seitens der Widerstandsbewegung tagte am 29. November 1943 der AVNOJ – Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije / Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens und deklarierte sich selbst als gesetzgebendes Organ. Während die neue Regierung von der anglo-amerikanischen Achsenmacht profitierte, sympathisierte Tito jedoch gleichzeitig mit Führungskräften der Sowjetunion. Nichtsdestotrotz blieb ihm deren öffentlichkeitswirksame Unterstützung beim Einmarsch in Belgrad im Oktober 1944 verwehrt (Lampe 2000: 226, Larmann 2006: 38f). Während der NDH-Staat noch bis zur endgültigen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 offiziell weiter existierte, nahmen die Partisanenverbände schließlich den Rest des Landes ein.

Die Ustaša, slowenische Domobranici, serbische Četnici, kroatische Heimwehrverbände sowie ZivilistInnen zogen sich zusammen mit der deutschen Wehrmacht Richtung Österreich in den Raum um Bleiburg zurück und ergaben sich in Hoffnung auf eine bessere Behandlung als bei den Partisanen der britischen Besatzungsmacht. Obgleich die genauen Opferzahlen in Nachhinein variieren, gehen die meisten HistorikerInnen davon aus, dass an die 100.000 Flüchtlinge den Partisanen ausgeliefert wurden und dabei vielfach auf qualvollen Märschen in

Internierungslager kamen oder bei Massenexekutionen hingerichtet wurden (vgl. Höpken 2006).

3.3. Kroatien zur Zeit des sozialistischen Jugoslawien (1945 – 1990)

3.3.1. Die politische Nachkriegsordnung: Jugoslawiens Sonderweg

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgte anhand der Auflösung der Monarchie am 29. November 1945 schließlich die Deklaration der FNRJ – Federativna Narodna Republika Jugoslavija / Föderative Volksrepublik Jugoslawien als einzigem osteuropäischen Staat mit eigenständiger Außenpolitik. Bereits im Januar 1946 wurde auf Grundlage der sowjetischen Verfassung von 1936 die erste Verfassung Jugoslawiens verabschiedet (Glamuzina 2008: 11). Kroatien galt fortan neben Serbien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Montenegro als Teilrepublik der Föderation. Im Gegensatz zu den dazugehörenden autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo verfügten alle der sechs Teilrepubliken über jeweils eigene Verfassungen. Schon bald etablierte sich ein monistisches politisches System, das wiederum die Führungsrolle der Kommunistischen Partei Jugoslawiens endgültig festigte (Barić 2012: 85f).

Binnen kürzester Zeit wurde im Jahr 1947 auch bereits der erste Fünfjahresplan mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen verabschiedet, der vor allem der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung galt. Indessen bemühte sich die Regierung rund um Tito die Unabhängigkeit und Souveränität nicht nur gegenüber kapitalistischen Westmächten, sondern auch der Sowjetunion zu wahren. Während das strategisch wichtig gelegene Jugoslawien einerseits von Hilfsleistungen der UN - Vereinten Nationen unterstützt wurde, missfielen der sowjetischen Regierung andererseits die Eigenständigkeitsbestrebungen, was wiederum zu einer deutlichen Abkühlung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen führte (Glamuzina 2008: 15).

Obgleich im Folgejahr bereits die Verstaatlichung der Betriebe abgeschlossen war, erfolgte zugleich auch der endgültige Abbruch der sowjetischen Beziehungen, was wiederum einen Ausschluss der jugoslawischen Kommunisten aus dem Kominform – Kommunistischen Informationsbüros sowie eine dezidierte Wirtschaftsblockade seitens der Sowjetunion gegen Jugoslawien nach sich zog (Steindorff 1999: 194).

Vor allem bemühte sich die Kommunistische Partei rund um Tito um die Etablierung einer nationalen Ausprägung des Kommunismus in Jugoslawien. Maßgeblich war dabei die Einführung des so genannten „Selbstverwaltungssozialismus“ in Form einer Dezentralisierung der Wirtschaftssteuerung ab dem Jahr 1950. Dahinter stand die Vorstellung der Verbindung eines privat-kapitalistischen Systems mit marktwirtschaftlichen Elementen der westeuropäischen als auch nordamerikanischen Länder sowie dem zentralistisch-planwirtschaftlichen Modell der Sowjetunion. Anhand der Implementierung einzelner Elemente jener beiden Wirtschaftsmodelle verfolgte die FNRJ folglich eine Art „dritten Weg, als Sonderweg der Modernisierung“ (Glamuzina 2008: 8f).

Während Angebot und Nachfrage teilweise marktreguliert und zeitgleich nicht sämtliche Gewinne der Unternehmen verstaatlicht wurden, verlor auch die landwirtschaftliche Kollektivierung zunehmend an Bedeutung. Obgleich es den Unternehmen weiterhin verwehrt war Lohnerhöhungen an besonders befähigte Angestellte auszustellen und die Beteiligung an der Geschäftsleitung nur Parteimitgliedern vorbehalten war, wurde der zentrale Verwaltungsapparat mit Sitz in Belgrad auf ein kleines Institut dezimiert (Larmann 2006: 43, Steindorff 2013).

Die Abkehr vom Außenhandel mit kommunistischen Nachbarrepubliken hatte jedoch negative Folgen auf den eben erst beschlossenen Fünfjahresplan. Da jener sowjetische Importe voraussetzte, führte es auf lange Sicht zu einer Hinwendung Titos zu westeuropäischen Staaten als Haupthandelspartner. Gefördert wurde jene Entwicklung zudem ab dem Jahr 1952 erfolgten finanziellen Unterstützungen im Rahmen des Marshallplans als auch durch den so genannten „Balkanpakt“ zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei des Jahres 1953 (Larmann 2006: 42).

In den Jahren 1952 und 1963 folgten in Form von Verfassungsänderungen weitere Dezentralisierungsmaßnahmen und die Umbenennung der Föderation in „SFRJ –

Socijalistička Federativna republika Jugoslavija / Sozialistisch Förderative Republik Jugoslawien“. Zwischenzeitlich verpflichtete sich Tito im Jahr 1956 der Idee der Blockfreiheit und nahm eine führende Rolle unter den ehemaligen Kolonien der 1960er Jahre ein (Steindorff 2013).

3.3.2. Der Zweite Fünfjahresplan und die wirtschaftliche Krise der 1960er

Im Jahr 1957 folgte schließlich der zweite Fünfjahresplan als so genannter „Perspektivenplan“. Ebenso wie beim ersten Fünfjahresplan, welcher jedoch sein abruptes Ende durch die Wirtschaftsblockade seitens der Sowjetunion fand, wurde weiterhin auf fortschreitende Modernisierung und Industrialisierung der Unternehmen gesetzt. Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen galten demnach weiter der Abschwächung staatlicher Interventionsmaßnahmen sowie dem Ausbau der Arbeiterrätebefugnisse hinsichtlich der Unternehmensgewinne (Glamuzina 2008: 22). So trug die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung und der Abschluss wichtiger Projekte in der Grundstoff- und Energiewirtschaft nicht nur zu einer Abkehr vom Modell der zentralistischen Planwirtschaft bei, sondern bewirkte auch zu Beginn der 1960er einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von rund zwölf Prozent konnte die Industrieproduktion im Jahr 1962 in nur fünf Jahren verdreifacht werden, im Vergleich zum Jahr 1939 sogar verfünffacht. Mit Ausnahme der Importpolitik wurden sämtliche Ziele des zweiten Fünfjahresplanes bereits im Jahr 1961 für erreicht erklärt, was jenen wiederum zum „wirkungsvollsten jugoslawischen Wirtschaftsplan der Nachkriegszeit“ (ebd. 22f) macht.

Trotz der durchwegs positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Region zeichneten sich im Laufe der Zeit jedoch Schwächen und Mängel in der Vorgehensweise ab. So ging der rasante Anstieg der Industrieproduktion im Endeffekt auf Kosten der Zahlungsbilanz vonstatten.

„[D]ie massenweise Produktion von Gütern wie Automobile, Kühlschränke oder Fernseher erforderte nicht nur den Import von neuen Maschinen, sondern auch von

Ersatzteilen und Rohstoffen. Gleichzeitig konnten die Betriebe [...] aufgrund der niedrigen Qualität der Produkte, hoher Preise und weiterer negativer Faktoren, nicht mit den internationalen Märkten konkurrieren“, so Glamuzina (2008: 24). Während im Jahr 1956 noch rund 87 Prozent der Importe durch Exporte gedeckt werden konnten, sank der Prozentsatz im Jahr 1962 auf nur mehr 69 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt belief sich das Defizit bereits im Jahr 1960 auf 212,5 Mio. Dollar und war somit 73,8 Prozent über dem Wert vom Jahr 1956. Auch die Abwertung des Dinars zwecks einer Aufwertung der Attraktivität von Exporten war nicht zielführend, wobei schließlich das Handelsbilanzdefizit im Jahr 1964 auf nunmehr 434,8 Mio. Dollar anstieg (ebd.).

Des Weiteren sollte die im Jahr 1963 verabschiedete Verfassungsänderung im Zusammenspiel mit dem Bankengesetz 1961 den Selbstverwaltungssozialismus weiter festigen und anhand der Dezentralisierung sowie gleichzeitigen Entstaatlichung des Banken- und Kreditwesens vorantreiben. Die Erweiterung der Befugnisse von Kommunalbanken ging jedoch nur sehr schleppend voran, wodurch die Geldmengensteuerung nach marktwirtschaftlichen Regeln verhindert wurde. „Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, v.a. auf die Preisbildung, verhinderten weiters die vorgesehene Konvertibilität der Währung und führten zu einer Überschuldung der Wirtschaft. Devisen-, Banken-, Kredit- und Planungssysteme blieben weiterhin zentralistisch geprägt“ (ebd.: 25).

Angesichts der zunehmend prekären Lage zeichnete sich allmählich eine bedeutende Wirtschaftskrise ab. Folglich wurde auch der dritte Fünfjahresplan, welcher den Zeitraum von 1961 bis 1965 abdecken sollte, aufgrund schwach zu erwartender Wachstumsraten vorzeitig aufgegeben. Entgegen ursprünglicher Pläne berief sich die Regierung wiederum auf den bereits für die Jahre 1952 bis 1957 erfolgreich angewandten Fünfjahresplan und erhoffte sich dementsprechend ähnliche Erfolge verzeichnen zu können. Doch eine Wiederholung des damaligen Wirtschaftsaufschwungs blieb aus.

Die sukzessive Entstaatlichung der Unternehmen, welche den Arbeiterräten nun freie Verfügung über das Unternehmenseinkommen und zugleich auch die Festlegung der persönlichen Einkommen gewährte, äußerte sich in einem

katastrophalen Entwicklungsgefälle verschiedener Wirtschaftszweige, was sich auch in der Inflationsrate widerspiegelte. Während bei den Privateinkommen ein Wachstum von rund 23 Prozent verzeichnet wurde, stieg im Vergleich dazu die Arbeitsproduktivität um lediglich 3,4 Prozent. Zugleich verzeichnete die Industrieproduktion einen rapiden Rückgang von einst 15,4 Prozent im Jahr 1960 auf nur mehr rund 4,1 Prozent im darauf folgenden Jahr (ebd.: 26).

„Trotz beachtlicher Zahlen, die Jugoslawien mit dem zweiten Fünfjahresplan zweifellos erreichte, konnte man bereits in den frühen 60er-Jahren erkennen, dass ein System, in dem sowohl staatliches Eingreifen, zentralistische Lenkung und administrativ festgelegte Preise auf der einen Seite, und parallel dazu verlaufend auch Selbstverwaltung, Marktelemente und freie Preise, keinen gemeinsamen Weg gehen konnten“ (ebd.).

Obwohl einerseits Kosten über niedrige Rohstoffpreise eingespart und Gewinne auf dem produzierenden Sektor generiert werden konnten, ließ die internationale Wettbewerbsfähigkeit Jugoslawiens nach. Zahlreiche Unternehmen konnten letztendlich nur noch durch staatliche Subventionen erhalten werden, was wiederum mit rigorosen wirtschaftspolitischen Interventionen einherging.

Ebenso negative wirtschaftliche Folgen hatte auch nicht zuletzt die Wiederannäherung Jugoslawiens an die Sowjetunion nach dem Tod Stalins im Jahr 1953. So stellte die USA schließlich ab 1961 sämtliche finanzielle und militärische Hilfeleistungen ein, was sich unter anderem in einem erhöhten Zahlungsdefizit und einer ebenso erhöhten Auslandsverschuldung abzeichnete (ebd.: 27).

Die angespannte wirtschaftliche Lage setzte sich demnach auch nach der Verfassungsänderung im Jahr 1963 weiter fort. Das anfängliche Ziel der Beseitigung des ökonomischen Dualismus zwischen den Teilrepubliken konnte nicht erreicht werden. Im Gegenteil, das regionale Entwicklungsgefälle verschärfte sich weiterhin. In Slowenien und Kroatien machte sich nun verstärkt Unmut gegen die Zentralisierung der Investitionsmittel und somit gegen den Kapitaltransfer in den Süden breit.

Im Allgemeinen spalteten sich die Ansichten der Teilrepubliken zur weiteren wirtschaftspolitischen Vorgehensweise. Während im Norden weiterhin auf die Implementierung marktwirtschaftlicher Elemente insistiert wurde, sahen konservative Minderheiten des Südens darin die eigentlichen Prinzipien des

Sozialismus gefährdet. Obgleich angesichts der unbefriedigenden Entwicklung in den 1960er Jahren die Ansicht geteilt wurde, dass „die Rolle des Staates und der Betriebe in der bisherigen Entwicklungs-, Wachstums- und Wirtschaftspolitik“ (ebd.: 27) überdacht werden musste, polarisierte die Reformdebatte um wirtschaftliche Nachteile und nahm nun vermehrt nationalistische Züge an.

Im Rahmen diesbezüglicher Reformen im Jahre 1965 wurde das Wirtschaftssystem neu strukturiert und in erster Linie mit Schwerpunkt auf außenwirtschaftliche Maßnahmen hinsichtlich internationaler Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen modifiziert. Die Preisbildung nach marktwirtschaftlichen Regeln und somit eine Anpassung an das Preisniveau des Weltmarktes sollte das uneingeschränkte Wirken des Marktes ermöglichen.

3.3.3. Maspok / Kroatischer Frühling

Die Implementierung marktwirtschaftlicher Elemente in das jugoslawische Wirtschaftssystem resultierte jedoch nicht in allen Teilrepubliken in positiven Außenhandelsbilanzen.

„1971/72 machten Kroatien und Slowenien 30% der Gesamtbevölkerung aus, hatten jedoch einen Anteil von 42,7% am Sozialprodukt, 44,5% an der Industrieproduktion und 46% am Warenexport zu verzeichnen, während Bosnien-Herzegowina und die Provinz Kosovo, die 35% der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens darstellten, nur zu 21,8% am Sozialprodukt, 21,4% an der Industrieproduktion und 17,6% an der Warenausfuhr beteiligt waren“ (vgl. Furtak 1975: 156 zit nach. Glamuzina 2008: 30).

Neben den offensichtlichen wirtschaftlichen Nachteilen der südlichen Teilrepubliken, wurde die Vorgehensweise bei der Verteilungspolitik bemängelt. Um den aufkommenden Nationalismen entgegenzutreten zu können, „beschloss die Regierung die Einführung der Bankenkontrolle durch die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und neben der Nationalbank des Bundes, die Bildung von sechs autonomen Nationalbanken der Republiken sowie von zwei Nationalbanken der Autonomen Provinzen“ (ebd.: 29). Die Autonomiezugeständnisse brachten jedoch den gegenteiligen Effekt, da sich die einzelnen Banken vermehrt auf Geschäfte innerhalb eigener Republiken konzentrierten. Da auch auf Bundesebene Investitionspläne nicht verwirklicht werden konnten, litten unterentwickelte

Regionen auch weiterhin unter der Vorgehensweise der Regierung in Belgrad, was zudem ineffektive Kapitalallokationen förderte.

Trotz aller wirtschafts- und bildungspolitischer Maßnahmen war es der jugoslawischen Regierung nicht möglich das sozioökonomische Entwicklungsgefälle der Regionen zu reduzieren. Ganz im Gegenteil verschärfte sich die Lage anhand gegenseitiger Beschuldigungen. Vor allem polarisierte die als ungerecht empfundene Verteilungspolitik der zentralistischen Wirtschaftsordnung zwischen den Regionen, was sich wiederum in verstärkten Nationalismen äußerte.

Trotz des Kapitalzuflusses von Norden nach Süden blieben die wirtschaftlichen Zuwachsraten weit unter dem Landesdurchschnitt. So fühlte sich auch ein Großteil der kroatischen Bevölkerung benachteiligt, da deren wirtschaftliche Einnahmen an die zentralistische Regierung in Belgrad abgetreten werden mussten und von da aus wiederum an ärmere Teilrepubliken verteilt wurden. Als sich Ende der 1960er die Tourismusbranche in Kroatien zu etablieren begann, verhinderten neben dem Finanzausgleich zwischen den Teilrepubliken auch fehlende Investitionen deren Weiterentwicklung. Die vermehrte Forderung nach der Implementierung marktwirtschaftlicher Maßnahmen im Zuge eines verstärkten Dezentalisierungsprozesses war demnach auch als ein Ausdruck des gemeinhin als ungerecht empfundenen wirtschaftlichen Verteilungssystems zu verstehen.

Anfang der 1970er eskalierte die Situation und mündete in den so genannten „Maspok / Kroatischen Frühling“. Durch die zaghafte Öffnung des kulturellen Sektors Mitte der sechziger Jahre des sozialistischen Jugoslawiens, forderten erst die Intellektuellen, unterstützt von diversen StudentInnenorganisationen, mehr Rechte und Autonomie in Kroatien, später wurde die Bewegung von fast allen gesellschaftlichen Gruppen gemeinschaftlich getragen. Hierbei ging es primär um das Recht auf eine eigene kroatische Identität, demnach den Gebrauch einer kroatischen Staatsflagge sowie die konsequente Erweiterung der kroatischen Bürgerrechte. Innerhalb dieser Autonomiebestrebungen bündelten sich die unterdrückten nationalen Empfindungen als kollektiver Widerstand gegen die Einparteienherrschaft und die mangelnde Selbstbestimmung (vgl. Sekardi 2008: 14). Die Reformbewegung entwickelte sich schließlich zu einer Massenbewegung,

innerhalb welcher sich vor allem der ehemalige General und Parteifunktionär Franjo Tuđman als wesentlicher Akteur etablierte.

Obgleich Tito zunächst eher zurückhaltend reagierte, folgte nach einem Studentenstreik im November 1971 alsbald eine gewaltsame Niederschlagung dieser Bewegung. Während die kommunistische Parteiführung als Hauptsprachrohr der Demonstrationen identifiziert und durch neue regimetreue Belgrader Parteifunktionäre ersetzt wurde, trug vor allem die damit einhergehende Verhaftungswelle zu weiterem Widerstand der kroatischen Bevölkerung gegen das Belgrader Regime bei (Bandov 2009: 157ff, Steindorff 2013). Schon damals zeichnete sich, so der deutsche Politikwissenschaftler Gattermann (2010: 2), ab, „dass die Kräfte des kroatischen Frühlings von 1971 nicht auf Dauer zum Schweigen gebracht worden waren“.

Die als ungerecht empfundene Verteilung der Deviseneinnahmen, welche als Hauptargument für die wirtschaftliche Verarmung des kroatischen Volkes verantwortlich gemacht wurde, als auch die damit verbundene Finanzierung vorwiegend unrentabler Projekte in den südlichen Teilrepubliken, sorgte auch weiterhin für Unmut in der Bevölkerung. Während die wirtschaftliche Ausbeutung oftmals in erster Linie mit dem Zwang zur Auswanderung argumentiert wurde, blieb der Nutzen der kroatischen Bevölkerung aufgrund des Bezuges billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte von den verarmten Teilrepubliken oftmals unerwähnt (Furtak 1975: 162 zit. nach Glamuzina 2008: 32f).

3.3.4. Bundesverfassung Jugoslawiens von 1974

Als Konsequenz des „kroatischen Frühlings“ folgte eine Föderalisierung des politischen und wirtschaftlichen Systems im Rahmen einer Verfassungsreform im Jahre 1974. Die so genannte „Föderalisierung der Föderation“ (Glamuzina 2008: 33) sollte in erster Linie dem Aufkeimen weiterer nationalistischer Tendenzen innerhalb der Bevölkerung entgegenwirken. Durch maßgebliche Zugeständnisse nationaler und wirtschaftlicher Demokratisierung, Dezentralisierung und

Modernisierung, entwickelte sich das Land zu einer Art Konföderation, welche vom Konsens der einzelnen Teilrepubliken abhing (Bandov 2009: 164, Steindorff 2013).

Innenpolitisch zeichneten sich jedoch bereits markante Konfliktlinien ab. Während Kroatien und Slowenien weiterhin an der Implementierung marktwirtschaftlicher Elemente festhielten, gewannen in den südlichen Teilrepubliken etatistische Maßnahmen Überhand. Zudem basierte die letzte wirtschaftliche Wachstumsperiode der 1970er Jahre auf einer wachsenden inneren Ineffizienz, welche nach fehlerhaften Umstrukturierungsprozessen in einer beträchtlichen Außenverschuldung resultierte (Samary 1992: 23ff). Neben der sukzessive zunehmenden innerstaatlichen Delegitimierung des politischen Systems, verschärfte sich auch die Lage im internationalen Umfeld. Insbesondere angesichts des sich abzeichnenden Endes der bis dahin weltpolitisch dominanten Bipolarität, sank das Interesse an einem blockfreien Jugoslawien (Sekardi 2008: 88f).

3.3.5. Der Zerfall des Zweiten Jugoslawien und das Ende des Sozialismus (1980-1990)

Den Zusammenhalt der SFRJ gewährleisteten zunächst die JNA - Jugoslovenska Narodna Armija / Jugoslawische Volksarmee, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens als auch die integrative Figur Tito selbst (Bandov 2009: 166, Glamuzina 2008, Steindorff 2013). Als Tito jedoch am 4. Mai 1980 verstarb, hinterließ er neben einem personellen vor allem ein ideologisches Vakuum, was sich bei der Bevölkerung in einer gravierenden Existenz- und Identitätskrise abzeichnete (Sekardi 2008: 88f). Der innerstaatliche Delegitimierungsprozess führte zudem bedingt durch Unruhen der Kosovo-Albaner 1981 und die wirtschaftliche Stagnation zu einer jugoslawischen Staatskrise (Steindorff 2013).

So fanden nach Titos Tod auch die Liberalisierungsmaßnahmen ihr vorläufiges Ende. Die SFRJ fiel in Repressionen zurück und war folglich in erster Linie durch hohe Arbeitslosigkeit und dementsprechende Inflationsraten geprägt. Die Arbeitslosenquote stieg zwischen den Jahren 1981 bis 1986 von 13,8 auf nunmehr

16,6 Prozent, in Belgrad selbst sogar auf rund 25 Prozent, wobei vorwiegend unter 25-Jährige betroffen waren (Lampe 2000: 333, 346).

Verschärft wurde jene wirtschaftliche Misslage durch den zu Beginn der 1980er Jahre eingeleiteten Anstieg der Zinssätze und des Dollars. Obgleich anfangs die Betriebskonkurse durch das Selbstverwaltungssystem abgewendet werden konnten, mündete die Knappheit der Ressourcen sowie die Schuldentrückzahlung in eine Krise eben jenes Systems der Selbstverwaltung, welche zudem durch die bereits erörterte Verteilungsproblematik zwischen den einzelnen Teilrepubliken weiter gefördert wurde (vgl. Samary 1992: 23ff).

Veranlasst durch die immense Kreditverschuldung und die sich zunehmend verschlechternde Kreditbonität, trat Jugoslawien schließlich im Jahr 1980 dem IWF – Internationaler Währungsfond bei. Die in den Jahren 1981 (2,2 Mrd. US-Dollar), 1983 (4,5 Mrd. US-Dollar) und 1984 (2 Mrd. US-Dollar) gewährten Kredite seitens des IWF waren an die Forderung einer Integration weiterer marktwirtschaftlicher Elemente gekoppelt, welche vor allem das Defizit der Handels- und Leistungsbilanz eindämmen sollten (Glamuzina 2008: 39).

Die Erdölkrise im Jahr 1983, erhebliche Zinserhöhungen auf den internationalen Kreditmärkten sowie der allgemeine Verfall von Rohstoffpreisen und zeitgleiche Preisanstieg beim Import von Industriegütern aus den westlichen Staaten führten jedoch zu weiteren Einbrüchen in der jugoslawischen Wirtschaft.

Die vormals vorbildhafte Wachstumsraten aufweisende technologische Entwicklung sowie industrielle Produktion Jugoslawiens begann zu stagnieren und verzeichnete Ende der 1980er erstmals rückläufige Tendenzen. Der deutsche Sozialwissenschaftler Ernst Lohoff (1996: 111) umschreibt die Lage folgendermaßen:

„Die Rezentralisierung misslang in erster Linie deshalb, weil der Inhalt, die volkswirtschaftliche Sanierung Jugoslawiens, unmöglich zu realisieren war. In den 80er Jahren stand Jugoslawien nicht nur vor den gleichen unlösbaren Grundproblem, an denen die Marktwirtschaftsreformen ebenso wie die Staatswirtschaft mehrfach gescheitert waren; zu allem Überfluss war das Land auch noch im Produktivitätswettbewerb sehr weit zurückgefallen und stöhnte unter einer beträchtlichen Schuldenlast.“

Obleich der IWF im Jahr 1985 erneut einen Kredit in Höhe von rund 300 Millionen US-Dollar (Glamuzina 2008: 41) gewährte, blieb die Auslandsverschuldung unverändert hoch. Auch angesichts der daraufhin intensivierten Zusammenarbeit sowie verschärften Kontrollen seitens des IWF, erwies sich die Implementierung marktwirtschaftlicher Elemente weiterhin als ein mehr als schwieriges Unterfangen.

Während sich die Zahlungsbilanz weiter verschlechterte, standen neu angesetzte Verhandlungen mit dem IWF mit der Regierung rund um Branko Mikulić jedoch unter schlechten Vorzeichen. Als planwirtschaftlich eingestellter Politiker stand er dem IWF nicht nur äußerst skeptisch gegenüber, sondern schlug ein eigens ausgearbeitetes und vor allem selbstbestimmendes „Anti-Inflationsprogramm“ (ebd.: 42) vor. Während jenes Programm bei den Teilrepubliken Kroatien und Slowenien bereits anfangs auf Ablehnung stieß, musste Mikulić später schließlich auch einsehen, dass eine Stabilisierung ohne Mithilfe des IWF aussichtslos war. Erneute Verhandlungen scheiterten jedoch am offenkundigen Konflikt zwischen der Regierung in Belgrad und den beiden wirtschaftlich stärksten Landesteilen Kroatien und Slowenien, was wiederum zu einer weiteren Destabilisierung des zentralistischen Regimes führte.

Obleich unter Mikulićs Nachfolger Ante Marković anhand eines liberalistischen Wirtschaftsprogramms die Annäherung an den IWF stattfand, schien die Inflationsrate weiterhin unaufhaltsam anzusteigen. Zur Missgunst der serbischen Bevölkerung, an dessen Spitze sich seit 1987 Slobodan Milošević befand, wurde im Dezember 1989 das „Sachs-Programm“ initiiert. Das nach dem in Belgrad als Berater tätigen US-Ökonomen Jeffrey Sachs benannte Stabilisierungsprogramm „stand ganz im Zeichen der Liberalisierung, Deregulierung und Konvertibilisierung der Landeswährung“ (ebd.: 48). In Abwehrhaltung zur weiteren Implementierung marktwirtschaftlicher Maßnahmen verfolgte Milošević einen eigenen staatskapitalistischen Kurs, was schließlich im gegenseitigen Wirtschaftsboykott endete.

Als sich letzten Endes im Jänner 1990 am 14. außerordentlichen Kongress der Bund der Kommunisten Jugoslawiens auflöste, läutete die erstmalige Abhaltung freier Wahlen endgültig der Zerfallsprozess der SFRJ ein. Glamuzina (2008: 49) deutet an dieser Stelle, „dass gesellschaftliche Bedürfnisse in einem

gesamtjugoslawischen Konzept keinen Platz mehr hatten, sondern 'nationale Ziele' einzelner Republiken nun das Tagesgeschehen beherrschten“.

In Kroatien sowie in anderen Teilrepubliken auch, wurde somit der Weg frei für politische Führungskräfte, welche sich aufgrund gegebener Ausgangsverhältnisse schnell als Machteliten etablieren konnten und in erster Linie versuchten, anhand einer expliziten Stärkung des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse zu restrukturieren. Unterminiert wurde die Sezessionspolitik durch das Verlangen nach einer funktionierenden Nationalstaatlichkeit, welche auf einer nationalistischen Mobilisierung der Bevölkerung beruhenden Bildung nationaler Identität basieren sollte.

4. Der postsozialistische Transformationsprozess der Republik Kroatien

Anfang der 1990er zerfiel der jugoslawische Vielvölkerstaat in einzelne, mehr oder weniger ethnisch homogene Teilrepubliken. Die Entstehung neuer Demokratien war dabei zunächst von negativen Begleiterscheinungen beeinflusst, welche den Transformationsprozess der jugoslawischen Nationalstaaten nachhaltig prägten.

So wurde mit dem Wegfall des staatlichen Gewaltmonopols der Weg frei für reformistische VertreterInnen der kommunistischen Nomenklatura, die ihre Führungsposition nicht nur fortführen, sondern nunmehr auch verstärkt ausbauen konnten. Demnach etablierten sich vor allem in den ersten Jahren nach erlangter Unabhängigkeit so genannte „elite-controlled“ beziehungsweise „elite-usurped“ (Džihic/Segert 2011: 6) Formen der Staatlichkeit.

Unterstützt und gefestigt wurde jene Entwicklung zudem durch die nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung, welcher insbesondere während der jugoslawischen Wirtschaftskrise im Laufe der 1980er Vorschub geleistet wurde. Angesichts des Zerfalls des jugoslawischen Vielvölkerstaates entwickelten sich Nationalismen zu wesentlichen Bestandteilen der Sezessionsbestrebungen, was vor allem seitens der politischen Führungselite gefördert und zu eigenen Zwecken instrumentalisiert wurde.

Zugleich hatte das Nationalgefühl insbesondere in den ersten Transformationsjahren im postjugoslawischen Raum eine besondere Form der Legitimierung erfahren. Die wirtschaftliche Krise und der Zerfall der SFRJ äußerten sich in einem verstärkten Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit in der Bevölkerung. Die weit verbreitete Unsicherheit schürte folglich enorme Hoffnungen in die Neubildung von nationalstaatlichen Institutionen, welche nicht nur dem Sicherheitsbedürfnis entsprechen, sondern, nach westeuropäischem Vorbild ausgerichtet, auch zu mehr Wohlstand führen sollten.

Hinsichtlich dieser Entwicklungen wurde auch die Expansion des neoliberalen Wirtschaftsmodells in den 1990ern in der Bevölkerung wohlwollend aufgenommen und zu einem wesentlichen Bestandteil des jugoslawischen Transformationsprozesses. Die neopatrimonialen Strukturen führten jedoch zu so

genannten „captured economies“ (ebd.), welche der dominanten Rolle der politischen Führungselite nochmals Nachdruck verliehen. Nationalistische Tendenzen hielten demnach auch Einzug in ökonomische Transformationsprozesse und erschwerten reformistische Maßnahmen (vgl. Džihic/Segert/Wieser 2011). Obgleich somit zweifelsohne viele Gemeinsamkeiten in der postsozialistischen Entwicklung der jugoslawischen Nachfolgestaaten ausgemacht werden können, lassen sich diese nur schwer als eine Analyseeinheit zusammenfassen. Analog zum postsozialistischen Systemwandel in dieser Subregion zeichnet sich auch der kroatische Transformationsprozess durch eine historisch einzigartige Form des wirtschaftlichen sowie politischen Systemwandels aus.

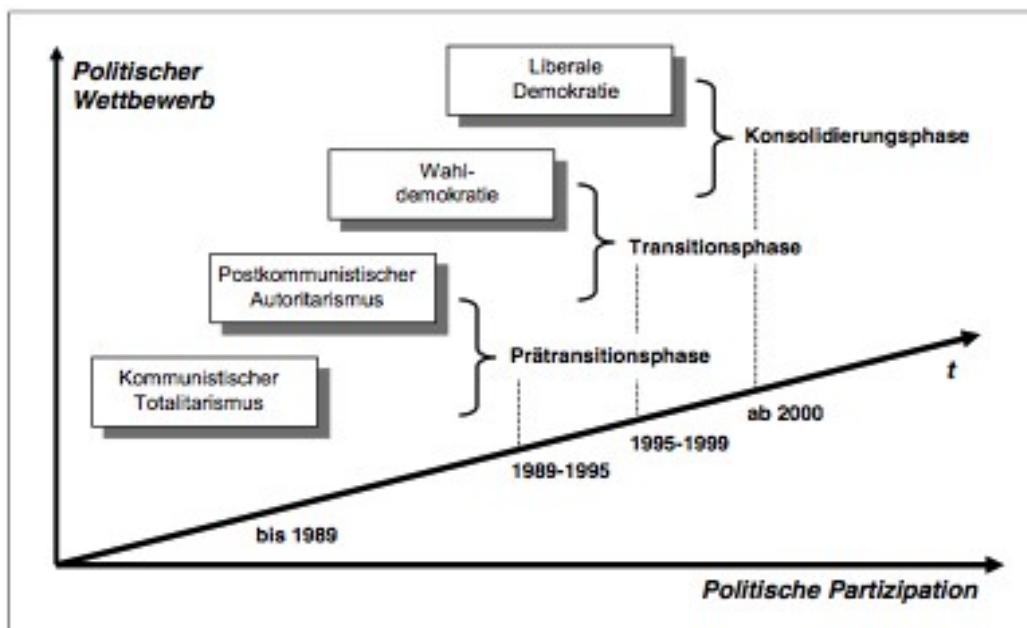
Um den Zusammenhang zwischen marktwirtschaftlichen und demokratiepolitischen Reformprozessen verdeutlichen zu können, wird im Folgenden, ergänzend zu Bohle und Greskovits (2007) Kategorisierungsmerkmalen, zunächst dezidiert auf die politische Entwicklung der Republik Kroatiens nach dem Zusammenbruch der SFRJ eingegangen. Anhand der Darlegung politisch-institutioneller Rahmenbedingungen sollen dabei in erster Linie Rückschlüsse auf etwaige Reformmaßnahmen ermöglicht werden.

Demnach soll im Zusammenhang mit der anschließenden Aufgliederung des kroatischen Systemwandels anhand der Bereiche des Liberalisierungsgrades, makroökonomischer Stabilität, industrieller Transformation sowie sozialer Protektionsmaßnahmen und politischer Unterstützung, auf Spezifika des postsozialistischen Transformationsprozesses eingegangen werden, wobei zudem gegebenenfalls auch eine Einordnung in ostmitteleuropäische Kapitalismusmodelle erfolgen soll.

4.1. Zur politischen Entwicklung im postsozialistischen Kroatien

Der postsozialistische Transformationsprozess der Republik Kroatien nach erlangter Unabhängigkeit kann in drei wesentliche Phasen unterteilt werden, welche sich vor allem im Hinblick auf die demokratische Transition unterscheiden lassen.

Abbildung 1: Phasen demokratischer Transition im postsozialistischen Kroatien



Quelle: Barić (2012): 111

4.1.1. 1990-1995 Prätransitionsphase: Der Zerfall Jugoslawiens und die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens

Auf den Beschluss des Sonderparteitages des Bundes der Kommunisten Kroatiens am 13. Dezember 1989 sollten zu den anstehenden Wahlen erstmals auch nicht-sozialistische Parteien zugelassen werden (Bertelsmann Stiftung 2003: 2). Die ersten unabhängigen demokratischen Wahlen Ende April 1990 markierten demnach einen bedeutsamen Umschwung im damaligen politischen System Kroatiens. Erstmals setzte sich die konservative kroatische Partei HDZ durch und markierte somit auch das Ende des kommunistischen Regimes (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Ergebnisse der ersten freien Wahlen im Jahr 1990

	Stimmenanzahl	Prozentanteil	Mandate
Wahlberechtigte	3.544.112	100,00	
Abgegebene Stimmen	2.989.443	84,35	
Gültige Stimmen	2.874.286	96,15	
Wahlergebnisse der einzelnen Parteien			
HDZ	1.196.059	41,61	55
SKH-SDP/SS-SSH/SSOH	1.015.895	35,34	20
KNS/HDS/HKDS/HSS	439.372	15,29	3
SDS	46.418	1,61	1
Independent – Hrvoje Kacic	25.690	0,89	1
Other Independents	91.730	3,19	0
Other Parties	59.122	2,06	0

Quelle: Eigene Darstellung, National Election Commission of Croatia (2013)

Untrennbar mit dem triumphalen Wahlerfolg jener Partei verbunden bleibt der einstige Kriegsveteran Franjo Tuđman (1922-1999), welcher insbesondere aufgrund seiner politischen Vergangenheit vorerst an Glaubwürdigkeit einbüßen musste.

Einst im Zweiten Weltkrieg an der Seite kommunistischer Partisanen kämpfend, avancierte jener damals zu Titos jüngstem General, bis er, von seinen nationalistischen Überzeugungen geleitet, schließlich vom Kommunistischem Bund ausgeschlossen und infolgedessen zweimal wegen antikommunistischer und somit antirevolutionärer Propaganda für mehrere Jahre inhaftiert wurde (vgl. Ramet/Søberg 2008: 11). Insbesondere seine Beteiligung am Kroatischen Frühling nutzte Tuđman in den Folgejahren immer wieder als Anknüpfungspunkt für seine Forderung nach einem unabhängigen Kroatien, zu welchem Zwecke er auch ExilkroatInnen zu mobilisieren verstand. Mit der Aufhebung seines Redeverbotes im Jahr 1988 fand Tuđman schließlich Eingang in die noch im Entstehen begriffene HDZ und etablierte sich alsbald als deren Hauptprotagonist (Sekardi 2008: 27).

Seine nationalistischen und insbesondere separatistischen Bestrebungen ließen ihn bei den Wahlen 1990 als eine patriotische und charismatische Person dastehen. Vor allem verkörperte Tuđman die zur damaligen Zeit aufkeimende nationale Aufbruchstimmung, was sich wiederum im Wahlerfolg der HDZ widerspiegelte. Als

Verhandlungen über die Bildung einer Gemeinschaft unabhängiger Staaten scheiterten, folgte ein Plebiszit, bei welchem sich die Mehrheit der kroatischen Bevölkerung für die Souveränität Kroatiens aussprach (vgl. Barić 2012: 92). Unter Tuđmans Führung wurde schließlich am 25. Juni 1991 die Unabhängigkeit Kroatiens deklariert.

Die Regierungsbildung beruhte auf der noch am 22. Dezember 1990 verabschiedeten Verfassung, die mitunter auch als so genannte „Weihnachtsverfassung“ bezeichnet wird. Im Sabor beschlossen galt jene vor allem dem Aufbau eines neuen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Systems und sollte demnach auch den Weg in Richtung Marktwirtschaft und effektiver Gewaltenteilung zwischen Judikative, Exekutive und Legislative ebnen. Die parlamentarische Demokratie als neue Staatsform bestand zunächst aus einem Zwei-Kammer-Parlament, dem Zastupnički dom / Abgeordnetenhaus und dem Županijski dom / Haus der Gespanschaften sowie dem Präsidenten als machtvolles Staatsoberhaupt. Zudem sah die Verfassung eine doppelte Kontrolle der Regierung durch das Abgeordnetenhaus sowie den Präsidenten vor (Barić 2012: 96, Glamuzina 2008: 60).

Doch die gegenseitige Kontrolle zeigte bereits nach kurzer Zeit maßgebliche Schwächen auf, welche vor allem aufgrund der dominanten Stellung des Präsidenten offenkundig wurden. Im Nachhinein wurde die Kroatische Verfassung 1990 als demokratisch mangelhaft eingestuft und vor allem seitens der Opposition kritisiert. Nichtsdestotrotz fanden auf Beschluss der HDZ im Jahr 1992 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für das Abgeordnetenhaus sowie ein Jahr später für das Haus der Gespanschaften statt, deren erfolgreicher Ausgang die ohnehin dominante Position der Partei rund um Tuđman legitimierte.

Während die ersten freien Wahlen ebenso wie in anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht abgehalten wurden, initiierte die HDZ als Regierungspartei diesmal kurzerhand eine Änderung des Wahlgesetzes. Die 120 Mandate wurden demnach teils nach Verhältniswahlrecht und teils nach Mehrheitswahlrecht gewählt. Den nationalen Minderheiten wurden im Rahmen der Mehrheitswahl fünf Parlamentssitze zugestanden, wobei den serbischen KroatInnen mit einem Bevölkerungsanteil von über acht Prozent noch

zusätzliche ListenkandidatInnen proportional zum Anteil an der Gesamtbevölkerung zugeteilt werden sollten. Zudem konnten AuslandskroatInnen in weiteren zwölf Ländern mit jeweils eigenen Länderlisten an den Wahlen zum Sabor als auch den Präsidentenwahlen teilnehmen (Osterberg-Kaufmann 2011: 39, 41).

Die damaligen Unabhängigkeitsbestrebungen trafen jedoch nicht in ganz Kroatien auf ungeteilte Zustimmung. Vor allem die serbische Bevölkerung Kroatiens stand den neuen Machtbeziehungen äußerst skeptisch gegenüber, da der eigene Status als konstitutives Staatsvolk gefährdet zu sein schien.

In der neuen Verfassung bewahrheiteten sich schließlich diesbezügliche Befürchtungen, als die kroatischen SerbInnen nunmehr von einem einst konstitutiven Staatsvolk zu einer nationalen Minderheit degradiert wurden. Zudem sorgte die neu eingeführte Nationalflagge und das darin verwendete rot-weiße Schachbrettmuster (Šahovnica), welches vormals im faschistischen Regime des NDH-Staates verwendet wurde, für weiteren Unmut und Missgunst bei der serbischen Bevölkerung Kroatiens (vgl. Leutloff-Grandits 2008: 144).

Der damalige serbische Führer Slobodan Milošević nutzte die Gunst der Lage, griff jenen aufkeimenden Unmut auf und mobilisierte die kroatischen SerbInnen für eigene Zwecke. Bereits im Jahr 1990 brachte er Jovan Rašković, den damaligen Parteiführer der SDS – Srpska Demokratska Stranka / Serbische Demokratische Partei, dazu, das Angebot Tuđmans als Vizepräsident zu fungieren auszuschlagen, und welchem insgeheim die Streitkräfte der illegal ausgerufenen Srpska Krajina unterstanden (vgl. Ramet 2008: 36).

Schließlich führten die provokative Haltung Tuđmans, der seiner antiserbischen Einstellung auch bei öffentlichen Auftritten gern Ausdruck verlieh, sowie die Mobilisierung als auch Instrumentalisierung durch nationalistische Strömungen in Serbien, zu einem veränderten Selbstverständnis der serbischen Bevölkerung Kroatiens.

Nach und nach zeichneten sich vermehrt Autonomiebestrebungen der kroatischen SerbInnen ab, welche in eine Verselbstständigung der Polizeibehörden auf serbisch dominierten Gebieten Kroatiens mündeten. Obgleich die kroatische Regierung

vorerst noch zögerte, wurde schließlich neben einer verstärkt bewaffneten Polizei auch eine paramilitärische Nationalgarde mobilisiert. Es folgten zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf beiden Seiten, wobei bereits zu Anfang unzählige Todesopfer zu verzeichnen waren.

Die JNA trat zunächst noch für eine Einigung der beiden Fronten ein, wandte sich jedoch nach und nach den serbischen Freischärlern zu. Diese hätten wiederum nur unter erweiterten Gebietszusprüchen einer Föderalisierung oder gar Auflösung Jugoslawiens zugestimmt. Weiterhin trat Milošević für eine dominante Stellung Serbiens innerhalb Jugoslawiens ein, was wiederum auch zu einer Radikalisierung der kroatischen SerblInnen führte.

Im Zuge des Krieges gelang nahezu ein Drittel des kroatischen Staatsgebietes unter serbische Kontrolle. Die nichtserbische Bevölkerung der betroffenen Gebiete, Schätzungen liegen nunmehr bei ungefähr 245.000 Menschen, floh oder wurde gewaltsam vertrieben (vgl. Steindorff 2007: 215). Neben Dubrovnik und Vukovar galt der breite Streifen entlang der Grenzen zu Bosnien-Herzegowina von Karlovac bis ins Hinterland von Split als das größte serbisch kontrollierte Territorium. Es handelte sich dabei um das so genannte Gebiet „Krajina“, als dessen Zentrum die Stadt Knin galt. Am 19. Dezember 1991 wurde schließlich die „Republika Srpska Krajina“ ausgerufen, welche sich neben der Krajina mit Teilen des nördlichen Dalmatien, Lika, Kordun und Banija, auch noch aus serbisch dominierten Gebieten West- sowie Ostslawoniens, Baranjas und West Syrmiens zusammensetzte (Barić 2008: 93).

Erster Präsident der neu deklarierten Republik wurde Milan Babić, Raškovićs Nachfolger als Parteiführer der SDS, welcher jedoch bereits bei den kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von Milan Martić ersetzt wurde. Obgleich insgesamt an die 433.000 Bewohner auf den betroffenen Gebieten gezählt wurden, konnte nicht einmal ein minimales Level an militärischer, wirtschaftlicher oder sozialer Stabilität erreicht werden, was wiederum dessen Status als illegal ausgerufenem und somit illegitimen Staat nur gerecht wurde (Barić 2012: 91, 93, 95).

Es gelang weder den serbischen Freischärlern noch der JNA alle serbischen Siedlungsgebiete aus Kroatien herauszulösen und zu vereinen. Die kroatischen

Streitkräfte blieben standhaft und vertrieben sukzessive alle fremden Truppen aus den betroffenen Gebieten. Letztendlich wurde beruhend auf dem „Vance Plan“, benannt nach dem damaligen als Vermittler tätigen US-Außenminister Cyrus Vance, im Januar 1992 der Waffenstillstand für Kroatien ausgerufen, infolgedessen UN-Truppen entlang der Frontlinien stationiert wurden (Steindorff 2007: 217). Am 22. Mai desselben Jahres folgte auch die offizielle UN-Mitgliedschaft Kroatiens.

Die nachfolgenden Jahre waren für Kroatien ebenso wie für andere Länder jener Region, von einer anhaltenden Krise gekennzeichnet. Die in horrenden Summen ausgeartete Finanzierung der eigenen Streitkräfte, wirtschaftliche Benachteiligung durch beeinträchtigten Warenverkehr, Flüchtlingsprobleme sowie der Zusammenbruch der zuvor florierenden Tourismusbranche und der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit degradierten Kroatien in mehrfacher Hinsicht und manifestierten sich in einer nichtendenwollenden Krise (ebd.).

Einberufene Verhandlungen zwischen der kroatischen Regierung und VertreterInnen der jüngst ausgerufenen Republika Srpska Krajina führten zu einer vorübergehenden Entspannung der Unruhen. Umso mehr überraschte am 1. Mai 1995 die Militäraktion „Blijesak / Blitz“, welche sich zum Zwecke der Rückeroberung Westslawoniens gegen die serbische Bevölkerung richtete und zu einer Massenflucht führte (Bandov 2009: 219).

Auf Ansuchen von internationaler Ebene hin kam es zu einer Wiederaufnahme der Gespräche, bei welchem die kroatische Regierung die Wiedereingliederung der Krajina einforderte. Als von serbischer Seite zunächst mit einer Verzögerungstaktik gekontert wurde, folgte am 4. August 1995 die Operation „Oluja / Sturm“, infolgedessen beinahe die gesamte serbische Bevölkerung Krijinas die Flucht ergriff. Die einst illegal ausgerufene und international nicht anerkannte Republika Srpska Krajina brach daraufhin zusammen, was wiederum auch das Ende für die SDS bedeutete.

4.1.2. 1995-1999 Transitionsphase: Vom Abkommen von Dayton hin zum Ende der Tuđman-Ära

Nach der Rückeroberung Krajinas folgten weitere Übergriffe seitens kroatischer, bosnischer und serbischer Armeen, welchen sich jedoch die NATO - North Atlantic Treaty Organization unter US-amerikanischer Führung gegenüberstellte. Am 12. Oktober 1995 kam es schließlich zu einem Waffenstillstand, infolgedessen Friedensverhandlungen auf dem Stützpunkt Dayton in Ohio eingeleitet wurden. Bereits am 21. November erfolgte die Unterzeichnung des daraus resultierenden Daytoner Abkommens, worin die Aufteilung mit entsprechenden Entitätsgrenzen festgeschrieben stand.

Ebenso von wesentlicher Bedeutung war das Abkommen von Erdut, welches parallel zum Abkommen von Dayton ausgehandelt wurde. Vor allem wurde dabei auf Tuđmans Forderung der Wiedereingliederung Ostslawoniens in kroatisches Staatsgebiet von serbischer Seite aus zugestimmt, welche 1998 unter Mitwirkung der UN-Mission vom Amerikaner Jacques Klein erfolgreich geleitet wurde (vgl. Steindorff 2007: 227f).

Noch im selben Jahr nutzte Tuđman militärische Erfolge und seine Popularität nach der Wiedereingliederung Krajinas für eine Vorziehung der Wahlen, welche auch dementsprechend erfolgreich bestritten wurden.

Wieder wurde das Wahlgesetz auf Anordnung der HDZ verändert, wobei die Gewichtung des Verhältnisses des Mehrheits- und Verhältniswahlsystems zu Gunsten der Verhältniswahl verschoben wurde. Ebenso wurde auch die Koalitionsbildung der Oppositionsparteien durch Anhebung der zu erreichenden Prozentanteile erschwert. „Es galten nicht mehr 3 % für alle, sondern zukünftig galten 5% für eine Partei, 8% für Koalitionen von zwei Parteien und 11% für Koalitionen von mehr als zwei Parteien“ (Osterberg-Kaufmann 2011: 43). Der serbischen nationalen Minderheit standen zudem fortan über einfache Mehrheitswahl drei Mandate unabhängig vom aufgewiesenen Bevölkerungsanteil zu, während den KroatInnen im Ausland von nun an eine eigene Diasporaliste zugewiesen wurde (ebd.).

Nichtsdestotrotz wuchs der Unmut der kroatischen Bevölkerung gegenüber dem autoritären Regierungsstil sowie der parteipolitischen Dominanz der HDZ. Neben der Zentralisierung von Macht und den staatsnahen Medien wurde nunmehr auch die Verzögerung und administrative Behinderung der Rückkehr von serbischen Flüchtlingen als auch die Nichtahndung von Kriegsverbrechern bemängelt und stark kritisiert (Steindorff 2007: 229).

So entwickelte sich die SDP – Socijaldemokratska Partija Hrvatske / Sozialdemokratische Partei Kroatiens rund um Ivica Račan zu einer ernstzunehmenden parteipolitischen Alternative. Vor allem wurden Korruptionsskandale und parteiinterne Probleme der HDZ seitens oppositioneller Führungskräfte ausgenutzt, welche wiederum die kroatische Bevölkerung mobilisierten.

4.1.3. Konsolidierungsphase: Zur nachholenden Demokratisierung der Republik Kroatien

4.1.3.1. 2000-2003 Der politische Neuanfang als Periode der sozialdemokratisch angeführten Sechser Koalition unter Ivica Račan

Im Vorfeld der Parlamentswahlen im Jahr 2000 wurde erneut das Wahlgesetz geändert. Angesichts der erstarkten Oppositionsparteien wurde eine Änderung zum Verhältniswahlrecht hin initiiert. Da die absolute Mehrheit eher unwahrscheinlich schien, erhoffte sich die HDZ dadurch zumindest stimmenstärkste Partei im Parlament zu bleiben. Zudem wurde die Sperrklausel allgemein auf fünf Prozent festgelegt, der serbischen Minderheit wurde nur noch ein Sondermandat zugestanden und die Auslandsmandate in Abhängigkeit zu den Inlandsmandaten von vormals zwölf auf nunmehr sechs Parlamentssitze reduziert (Osterberg-Kaufmann 2011: 45).

Trotz allem gelang bei den Parlamentswahlen 2000 erstmals ein Bruch mit der Vorherrschaft der HDZ. Die SDP ging in Koalition mit der HSLS - Hrvatska socijalno-liberalna stranka / Kroatische Sozial-Liberale Partei mit einem Stimmenanteil von rund 40,8 Prozent siegreich hervor. Gemeinsam mit der Koalition aus HSS - Hrvatska seljačka stranka / Kroatische Bauernpartei, HNS - Hrvatska narodna stranka / Kroatische Volkspartei, LS – Liberalna Stranka / Liberale Partei und IDS - Istarski demokratski sabor / Istrische Demokratische Versammlung mit 15,6 Prozent der Stimmen, konnte die HDZ aus der Regierungsverantwortung gelöst werden (Kasapović 2000).

Eine Verfassungsänderung im Frühjahr 2001 bewirkte die Auflösung des Hauses der Gespannschaften, was die Umwandlung des Parlaments von einem Zwei-Kammern hin zu einem Ein-Kammer-System und gleichsam auch dessen Stärkung nach sich zog (Barić 2012: 96). Gemeinsam mit dem neu gewählten Staatspräsidenten Stjepan Mesić wurde das einst semi-präsidentielle politische System Kroatiens in ein nunmehr parlamentarisches transformiert und somit die parlamentarische Demokratie nach westeuropäischem Vorbild festgeschrieben.

Ebenso entwickelte sich die Lage auch wieder vermehrt zu Gunsten der serbischen Bevölkerung Kroatiens (vgl. Ramet 2008: 31). So intensivierte die neue Koalition unter Premierminister Račan nicht nur die Kooperation mit dem ICTY – International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, sondern brachte auch neue Fortschritte bezüglich der serbischen RückkehrerInnen hervor. Erstmals wurden auch Erfolge bei der Ratifizierung des unter internationalem Druck, vor allem seitens der OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der UNHCR – Office of the United Nations High Commissioner for Refugees und der EU, konzipierten Programms für die Rückkehr als auch Reintegration der serbischen Flüchtlinge verzeichnet.

Zwischen 1991 und 2004 erhielt Kroatien insgesamt 631 Millionen Euro an finanzieller Hilfe seitens der Europäischen Gemeinschaft (ab 1993 Europäische Union). Diese wurde ab dem Jahr 2000 im Rahmen des CARDS – Community Assistance for Reconstruction, Development und Stabilisation – Programmes (262

Millionen Euro) gebündelt und der SAP – Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess eingeleitet (Fortschrittsbericht 2005). Das SAA – Stabilisierung- und Assoziationsabkommen², welches im Jahr 2000 bei einem EU-Gipfeltreffen für die Staaten Westbalkans präsentiert und im darauf folgenden Jahr unterzeichnet wurde, markierte schließlich den Anfang von Kroatiens Weg in die EU (Reinprecht/Džihic 2013).

Obgleich sich die neue Regierung in vielen Bereichen profilieren konnte, blieben Erfolge im Bereich der Antikorruptionsbekämpfung weitestgehend aus. Vor allem die Verfolgung parteipolitischer Nutznießer der unter Tuđman geführten Privatisierungsprozesse und die Auslieferung ehemaliger Kriegsverbrecher gestaltete sich als ein ambivalentes Unterfangen (Freedom House 2003). Während intrakoalitionäre Kontroversen ein Ausbleiben der Implementierung von Reformentwürfen bewirkten, reformierte der Nachfolger als Parteiführer Tuđmans, Ivo Sanader, währenddessen die HDZ. Anhand des Parteiaustritts von Ivica Pašalić, der eine eigene Rechtspartei unter dem Namen HB – Hrvatski Blok / Kroatischer Block gründete, zeichneten sich neue Möglichkeiten ab. Die Abspaltung des innerparteilichen rechten Flügels ermöglichte folglich eine Neupositionierung der Partei, wobei Sanader neue parteipolitische Schwerpunkte setzte und die HDZ fortan als eine moderne europäische konservative Partei deklarierte (Barić 2012, Freedom House 2003/2004, Steindorff 2013).

4.1.3.2. Zum Annäherungsprozess Kroatiens an die Europäische Union seit 2003

Bei den Wahlen im Jahr 2003 erreichte die neupositionierte HDZ unter der Führung Ivo Sanaders schließlich wieder die relative Mehrheit und formierte eine Minderheitsregierung mit Unterstützung weiterer kleiner Parteien. Noch im gleichen Jahr wurde der Antrag auf eine EU-Vollmitgliedschaft gestellt, wobei die offiziellen Verhandlungen jedoch erst im Dezember 2005 folgten. Der verspätete Verhandlungsbeginn kann dabei in erster Linie als Folge ineffektiver Kooperation

² Das SAA – Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen wurde im Jahr 2003 ratifiziert und trat am 1. Februar 2005 für eine Laufzeit von sechs Jahren in Kraft.

mit dem ICTY im Falle des Ex-Generals Ante Gotovinas gesehen werden (Reinprecht/Džihic 2013: 4f).

Sanader setzte als neuer Premierminister neben der Koalition mit der nationalkonservativen HSP – Hrvatska Stranka Prava / Kroatische Partei des Rechts, auf eine Zusammenarbeit mit der serbischen Minderheitenpartei SDSS – Samostalna Demokratska Srpska Stranka / Selbstständige Demokratische Serbische Partei, geführt von Milorad Pupovac und Vojislav Stanimirović, was wiederum einen wesentlichen Fortschritt bezüglich einer erfolgreichen RückkehrerInnenpolitik darstellte (Leutloff-Grandits 2008: 150). Vor allem wurde aber auch eine uneingeschränkte Kooperation mit dem UN-ICTY deklariert, das dem zuvor unter Račan eher halbherzigen Vorgehen gegen Kriegsverbrecher und zugleich auch dem ehemaligen Parteiimage der HDZ ein Ende setzen sollte (Freedom House 2006).

Der erlangte EU-Beitrittsstatus im Jahr 2004 war zudem für Kroatien mit einem Anspruch auf PHARE – Poland and Hungary: Aid for Reconstructing of the Economies, SAPARD – Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development und ISPA – Instrument for Structural Policies for Pre-Accession als drei wesentliche EU-Förderinstrumente verbunden. Ab dem Jahr 2007 wurden diese Förderprogramme durch das IPA – Instrument for Pre-Accession ersetzt (Fortschrittsbericht 2005, Kušić 2013).

In der Folge gelungener Zusammenarbeit und im Hinblick auf einen verstärkt proeuropäischen politischen Kurs, wurden alsbald weitere Maßnahmen veranlasst, welche die Konditionen der RückkehrerInnen verbessern sollten. Nichtsdestotrotz konnten auf den einst besetzten Gebieten der Krajina weiterhin Integrationsprobleme wiedergefunden werden, welche auch noch teils gegenwärtig latent vorhanden sind.

So spitzte sich auch im Jahr 2006 die Lage zu, als Mitglieder serbischer Parteien den anderen Abgeordneten Diskriminierung vorwarfen und in Knin Ratssitzungen boykottierten (vgl. Leutloff-Grandits 2008: 159). Erst gegenseitige Staatsbesuche des damaligen kroatischen Präsidenten Mesić und des serbischen Präsidenten

Boris Tadić entschärften allmählich die Lage und führten zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007 gewann die HDZ erneut die Mehrheit und formierte eine Koalition mit der SDSS, welcher im Zuge dessen auch Ministerposten zugestanden wurden (vgl. ebd.: 160). Bestärkt durch die Wahl des Sozialdemokraten Ivo Josipović zum Staatspräsidenten im Jahr 2010, welcher bereits zu Beginn offenkundig für seine proeuropäische Einstellung einstand, wurde Kroatiens Weg in die EU weiter geebnet und das Ansehen auf internationaler Ebene überdies weiterhin zum Positiven gewendet.

Im Dezember 2011, bei den nunmehr siebten Parlamentswahlen seit erlangter Unabhängigkeit, formierte sich die Mitte-Links-Opposition „Kukuriku“, als eine Koalition zwischen der SDP und drei weiteren Parteien unter dem Premierminister Zoran Milanović von der SDP. Noch im gleichen Monat unterzeichneten Josipović und Sanaders Nachfolgerin Jadranka Kosor von der HDZ das EU-Beitrittsabkommen. Während anfangs aufgrund erfolgreicher Antikorruptionsmaßnahmen als auch Reformen der Judikative auf eine rasche Ratifizierung des Abkommens seitens der EU-27 geschlossen werden konnte, blockierte bis zum Frühjahr 2010 Slowenien aufgrund eines Grenzstreits um die Bucht von Piran sowie Kontroversen um die Ljubljanska Banka den Beitritt Kroatiens. Ein offizielles Ende fanden die Streitfragen erst anhand der Unterzeichnung eines Memorandums im März 2013 (Radonic 2009: 150; Reinprecht/Džihic 2013: 5).

Dennoch bleibt Kroatiens Grenzziehung weiterhin ein Politikum. So befinden sich am Grenzverlauf der Donaugrenze mit Serbien und Bosnien-Herzegowina mehrere umstrittene Abschnitte, wobei jene jedoch nicht die einzigen Konfliktpunkte darstellen. Vor allem der EU-Beitritt Kroatiens sorgt für wachsenden Unmut, da unter anderem Blockaden bei den Beitrittsverhandlungen der Nachbarstaaten vermutet werden (Reinprecht/Džihic 2013: 5f).

Währenddessen wurde angesichts des EU-Beitrittes die Zusammenarbeit mit dem ICTY weiter forciert. So wurden im April 2011 Ante Gotovina und Mladen Markač, als zwei führende Generäle der Operation „Oluja / Sturm“ dem Gericht vorgeführt, im November des Folgejahres jedoch wieder freigesprochen. Die Gerichtsentscheidung wurde in Kroatien größtenteils freudig begrüßt, was auf Seiten der russischen und vor allem serbischen Regierung für großen Unmut sorgte (Freedom House 2013).

Nach einem Referendum am 22. Januar 2012, bei welchem sich rund 66,27% der kroatischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt aussprachen, folgte im März die Ratifizierung des EU-Beitrittsabkommens. Am 1. Juli 2013 trat die Republik Kroatien schließlich als nunmehr 28. Mitglied der EU bei.

Astrid Reinprecht und Vedran Džihic betonen, dass hierbei

„zum ersten Mal ein Staat der EU beigetreten [ist], der vor kaum 20 Jahren direkt in die Kriege am Westbalkan involviert war. Obwohl die militärischen Kampfhandlungen vorbei sind, bestehen die grundlegenden Spannungen weiter. [...] Die Wirtschaft wird nicht mit einem Schlag besser werden, die Justiz nicht automatisch transparenter und leistungsfähiger. Auch die Korruption wird nicht aus der Welt verschwinden. Insgesamt eröffnet der Beitritt für Kroatien die Chance, den 1999 nach dem Tod von Tuđman begonnenen Transformationsprozess abzuschließen“ (Reinprecht/Džihic 2013: 3f).

4.2. Die wirtschaftspolitische Entwicklung der Republik Kroatien nach Bohle und Greskovits (2007)

4.2.1. Liberalisierungsgrad einschließlich Deregulierung, Privatisierung und Institutionalisierung grundlegender marktwirtschaftlicher Institutionen

Nach der Unabhängigkeitsdeklaration 1991 setzte die Republik Kroatien im Sinne einer Abkehr vom jugoslawischen Konzept des Selbstverwaltungssozialismus verstärkt auf wirtschaftsliberale Reformmaßnahmen. Insbesondere gegen Ende der 1980er Jahre verbreitete sich in der kroatischen Bevölkerung die Vorstellung einer freien Marktwirtschaft als Lösung für die durch die Verstaatlichung als auch Vergesellschaftung angehäuften ökonomischen Probleme (Glamuzina 2008: 79).

Da in der ehemaligen SFRJ marktsozialistische Experimente bereits unter dem Staatssozialismus vorzufinden waren, ließ jene Ausgangssituation neben Slowenien auch in der Republik Kroatien auf eine rasche Umsetzung liberalistischer Maßnahmen hoffen. Nichtsdestotrotz erwies sich, wie in vielen anderen osteuropäischen Reformstaaten, die Neuordnung des Wirtschaftssystems mehr als problematisch. Insbesondere die Transformation gesellschaftlicher Betriebe nach marktwirtschaftlichen Kriterien entwickelte sich trotz eines entsprechenden Umwandlungsgesetzes im Jahr 1991 zu einem langwierigem Unterfangen. So hatten vor allem die kriegerischen Auseinandersetzungen eine nachhaltig negative Auswirkung auf ökonomische Transformationsprozesse.

Unterstützt durch die Gründung der Agentur für Restrukturierung und Entwicklung der Republik Kroatien wurden bis Mitte 1995 rund 2900 von insgesamt 4900 Betrieben privatisiert (Kern 1996 zit. nach Karner 2012: 39). Vorweg sollte jedoch erwähnt werden, dass Banken, Versicherungen als auch zahlreiche Großunternehmen zunächst von jenem Privatisierungsprozess ausgeschlossen waren.

Während sich im Bankensektor bereits frühzeitig Probleme abzeichneten, sollte bei gesellschaftlichen Großunternehmen zunächst die allgemeine Verstaatlichung vor einer schrittweise initiierten Privatisierung erfolgen (Karner 2012: 35). Demnach ging der Privatisierungsprozess auch nach Beendigung der kriegerischen

Auseinandersetzungen nur zögernd voran, woran auch das noch im Jahr 1996 beschlossene Privatisierungsgesetz nichts weiter ändern konnte.

Neben dem umständlichen Privatisierungsprozess wurden auch im Bereich wettbewerbspolitischer Maßnahmen keine maßgeblichen Erfolge verzeichnet. Das im Jahr 1995 verabschiedete Wettbewerbsgesetz ebenso wie die Errichtung einer Agentur zum Schutz des Marktwettbewerbs brachten keine wesentlichen Veränderungen.

Ferner ließe sich das Marktverhalten der Republik Kroatien in den 1990er Jahren durch „Missbrauch einer monopolistischen bzw. marktbeherrschenden Unternehmensposition, bestehende[n] Interessenskonflikt zwischen kleineren und größeren Unternehmen, die noch während der Zeit des Sozialismus gegründet wurden und das Auftreten der Interessenskonflikte besonders im Dienstleistungsbereich“ charakterisieren, so Glamuzina (2008: 99).

Die mangelhafte Umsetzung der gesetzten Privatisierungsmaßnahmen kann unter anderem auf die damaligen politischen Machtverhältnisse zurückgeführt werden. So handelte die neue politische Elite rund um Tuđman und die HDZ in erster Linie nach Eigennutzen und stellte somit ein wesentliches Hindernis dar. Folglich sei die ineffiziente Umsetzung der initiierten Privatisierungs- als auch wettbewerbspolitischen Maßnahmen, „vor allem auf den Interessenkonflikt zwischen den alten sozialistischen und konkurrenzhemmenden Marktstrukturen einerseits, und dem beabsichtigten Ziel eines funktionierenden Wettbewerbs andererseits zurückzuführen“ (ebd.: 98).

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 und dem Beitritt zur WTO – World Trade Organization verzeichnete die Republik Kroatien erstmals positive Handelsbilanzen. Es folgte vor allem auch im Hinblick auf die neu etablierte proeuropäischen Haltung eine Umkonzeptionalisierung des Privatisierungsprozesses, welche dem zuvor vorwiegend durch die HDZ sabotierten Maßnahmen entgegenwirkte.

Erst mit der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 und den Korruptionsskandalen rund um die Privatisierung der INA - Industrija nafte / Mineralölindustrie und Podravka in den Jahren 2009 und 2010, bei welchem auch Ivo Sanader beteiligt war, kam es zu einem Einbruch der positiven Entwicklungen. Obgleich die kroatische Regierung um eine Problemlösung bemüht ist, verfügen ausgewählte Privatunternehmen nach

wie vor über bestimmte Privilegien, welche sich in Form politischer oder administrativer Unterstützung äußern, was auch seitens der Europäischen Kommission bemängelt wird (Bertelsmann Stiftung 2012, Europäische Kommission 2013).

4.2.2. Makroökonomische Stabilität

Als wesentliche Ursache für den erschwerten Privatisierungsprozess seit Anbeginn der Unabhängigkeit werden, so Glamuzina (2008: 94), in erster Linie auch verspätete makroökonomische Reformen genannt, für welche erst mit dem Stabilisierungsprogramm im Jahr 1993 entsprechende Voraussetzungen geschaffen wurden.

Während die kroatische Regierung bereits im Dezember 1991 den Kroatischen Dinar als eigene Währung einführt und zugleich auch eine Verordnung über die kroatische Nationalbank schuf, zeichnete sich vor allem in den ersten Jahren der Unabhängigkeit eine negative makroökonomische Entwicklung ab. So führten konstante Rückgänge in der Produktion und im Außenhandel sowie verhältnismäßig hohe Ausgaben für Krieg und Flüchtlingsversorgung zu einer massiven Hyperinflation. Ebenso wie viele andere Staaten des osteuropäischen Raumes verfolgte die Republik Kroatien dahingehend eine rigide Wechselkurspolitik, die mit hohen Zinsen zur Aufwertung der Währung einherging (Becker 2010: 523).

Mit dem im Oktober 1993 vom damaligen Premierminister Nikica Valentić initiierten Stabilisierungsprogramm wurden erstmals wesentliche Schritte einer makroökonomischen Stabilisierung des noch im Aufbau befindlichen Staates gesetzt. Nach maßgeblicher Aufwertung des HRD - Hrvatski Dinar / Kroatischen Dinars im Mai 1994 wurde schließlich die HRK - Hrvatska Kuna / Kroatische Kuna als neue Landeswährung eingeführt, welche sich seither durchwegs als relativ stabil erwies.

Noch vormals an der Deutschen Mark orientiert, schwankte diese, gebunden an den EUR - Euro, auch zwischen 1999 und 2012 nur relativ gering zwischen HRK 7,22 = EUR 1 und HRK 7,58 = EUR 1.

Tabelle 2: Durchschnittlicher jährlicher Wechselkurs EUR / HRK (1999-2011)

Durchschnittlicher jährlicher Wechselkurs EUR / HRK	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	7,58	7,63	7,47	7,41	7,56	7,5	7,4	7,32	7,34	7,22	7,34	7,29	7,43	7,53

Quelle: Eigene Darstellung, EUROSTAT 2013

Die kroatische Geld- und Währungspolitik äußerte sich in einer Steigerung der Kapitalzuflüsse, welche jedoch nicht in produktive Sektoren investiert wurden, sondern in erster Linie die Expansion des Bankwesens als auch des Immobilien- und Bausektors vorantrieben. Zudem ging das Wirtschaftswachstum mit einer zunehmenden privaten Verschuldung einher. Vor allem Fremdwährungskredite galten mit deren niedrigen Zinssätzen als besonders attraktiv, wobei jedoch die im ausländischen Eigentum stehenden Banken das Wechselkursrisiko auf SchuldnerInnen abwälzten. Eine derartige Form der Kreditvergabe resultierte in einem hohen Refinanzierungsbedarf, was wiederum zur finanziellen Fragilität Kroatiens beitrug (Becker 2010: 523f).

Während in den ersten Transformationsjahren demnach negative Bilanzen dominierten, veränderte sich mit den im Stabilisierungsprogramm verankerten Maßnahmen der Steuererhöhungen und Ausgabenreduktion die Lage zunächst allmählich zum Positiven. Im Jahr 2003 bemühte sich die neugewählte Regierung rund um Ivo Sanader angesichts einer Annäherung an die EU gezielt um eine Reduzierung des Budgetdefizits.

Der durchwegs positiven Entwicklung der makroökonomischen Stabilisierung wurde allerdings mit der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 Einhalt geboten, was sich auch noch in den Folgejahren bemerkbar zeigte. Auf das im Jahr 2009 eingetretene Budgetdefizit begegnete die kroatische Regierung mit einer neu eingeführten Steuer, welche jedoch sowohl von bürgerlicher als auch unternehmerischer Seite abgelehnt, und schließlich im darauf folgendem Jahr wieder verworfen wurde.

Obgleich das Staatsbudget im Jahr 2010 zweimal überarbeitet wurde, konnte keine signifikante Reduktion des Budgetdefizits erreicht werden.

Tabelle 3: Gesamtstaatliches Budgetdefizit in Prozent des BIP (2001-2011)

Gesamtstaatliches Budgetdefizit (% des BIP)	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	5,59	-3,57	-3,91	-3,75	-3,45	-2,91	-2,42	-1,36	-4,14	-5,02	-5,16

Quelle: Eigene Darstellung, EUROSTAT (2013a)

Folglich versuchte die kroatische Regierung der Rezession mit Anleihen vom ausländischen Finanzmarkt entgegenzuwirken, was im Nachhinein gesehen jedoch keine Besserung bot, sondern lediglich in einer höheren Auslandsverschuldung resultierte.

Tabelle 4: Öffentliche Auslandsverschuldung in Prozent des BIP (2001-2011)

Öffentliche Auslandsverschuldung (% des BIP)	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	52,88	53,72	65,7	69,48	72,13	74,79	77,72	83,64	97,69	103,58	101,81

Quelle: Eigene Darstellung, EUROSTAT (2013b)

Die bei den Parlamentswahlen 2011 hervorgegangene Kukuriku-Koalition wandte sich in ihrem Wahlprogramm „Plan 21“ gezielt der zunehmenden Auslandsverschuldung zu (Koalitionsprogramm zit. nach Karner 2012: 41). Falls die öffentlichen Einnahmen dennoch weiterhin unter den Erwartungen bleiben und die neugewählte Regierung wiederum nicht die öffentlichen Ausgaben reduziert, wird das Haushaltsdefizit weiter steigen. Die Fortsetzung der bisherigen Vorgehensweise würde somit nicht nur die makroökonomische Stabilität weiter negativ beeinflussen, sondern hätte auch maßgebliche Auswirkungen auf die internationale Kreditwürdigkeit (Bertelsmann Stiftung 2012: 22).

4.2.3. Industrielle Transformation

Neben marktwirtschaftlichen Liberalisierungsprozessen und makroökonomischer Stabilisierung machen industriepolitische Maßnahmen einen wesentlichen Bestandteil des ökonomischen Transformationsprozesses aus.

Vor der Unabhängigkeitsdeklaration verfügte die Republik Kroatien über eine weitestgehend ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wies nach Slowenien das höchste wirtschaftliche Leistungsvermögen innerhalb der SFRJ auf. Dabei zeichnete sich die Industrie in erster Linie über eine sehr schmale Rohstoff- und Energiebasis aus, während sich die Branchen auf verarbeitende und arbeitsintensive Sektoren, wie Nahrungsmittelherstellung, Metallverarbeitung, Textil- und Bekleidung sowie Schiffbau konzentrierten (Weber 2002: 151ff zit. nach Glamuzina 2008: 72).

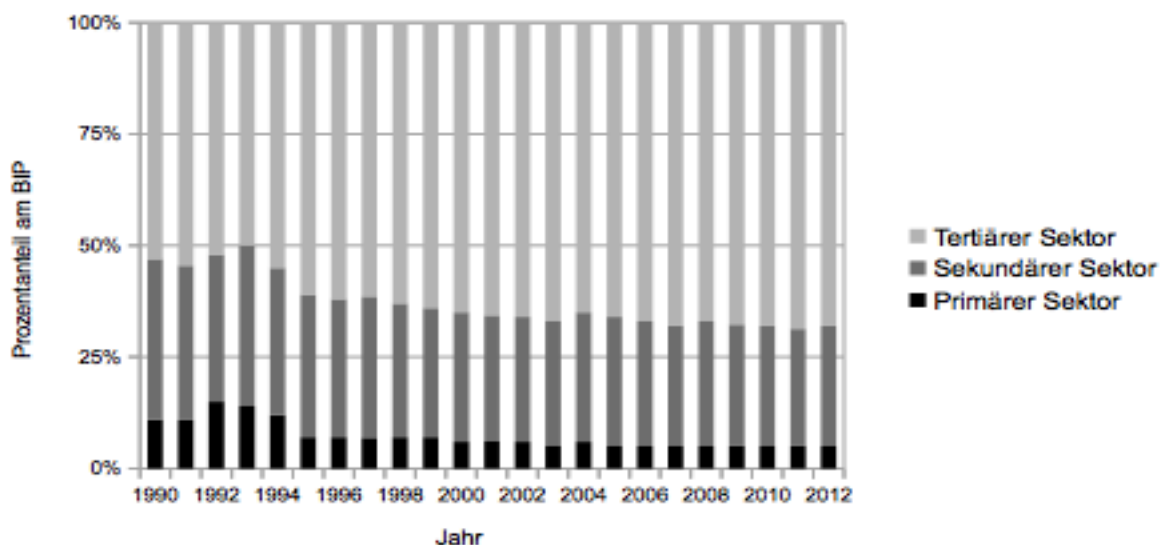
Mit der Unabhängigkeit Kroatiens und den maßgeblichen Kriegsschäden, welche unter anderem mit einer Belagerung eines Drittels des Territoriums einhergingen, veränderte sich jedoch auch die Industriebranche. Vor allem der Wegfall des jugoslawischen Handelsraumes und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe hatte massive Auswirkungen und führte zu einem nahezu kompletten Zusammenbruch der Industrieproduktion. Der abrupte Verlust des ehemaligen Binnenmarktes hatte ebenso negative Effekte auf den Rohstoffimport, was schlussendlich anhand von Materialengpässen zu einer Reduzierung und mitunter auch Einstellung der Produktion führte.

Mit dem Zerfall der SFRJ folgte demnach eine stärkere Konzentration des Außenhandels auf Westeuropa. Obgleich mit dem Aufbau und der Verstärkung neuer Handelswege sowie Handelsbeziehungen positive Schritte gesetzt wurden, waren kroatische Produkte von nun an höheren Qualitätsstandards ausgesetzt und mussten in Konkurrenz zu westeuropäischen Produktionen entsprechende Abstriche in der Nachfrage verzeichnen.

Erst mit Kriegsende in den Jahren 1995/96 konnte parallel zum Sozialprodukt ein leichter Anstieg der Industrieproduktion verzeichnet werden. Ende der 1990er Jahre schwächten rückläufige Entwicklungstendenzen innerhalb der Europäischen Union und die Kosovo Krise den positiven Entwicklungstrend (Glamuzina 2008: 73). Bis

dahin erfolgte jedoch eine deutliche Tertiarisierung der Wirtschaft zugunsten von Handel und Dienstleistungen (siehe Abbildung 2). Folglich wurde auch der Tourismusbranche, welche sich ebenso zu Zeiten der SFRJ fast ausschließlich auf die kroatische Adriaküste beschränkte, noch mehr Bedeutung zugemessen.

Abbildung 2: Anteil der Wirtschaftssektoren in Prozent am BIP (1990-2012)



Quelle: Eigene Darstellung, World Bank 2013

Parallel dazu wurden seitens der Republik Kroatien insbesondere seit Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen verstärkt auf FDIs gesetzt. Da die Europäische Kommission die Öffnung für Auslandsinvestitionen und Privatisierungen zum zentralen Maßstab der Beitrittsfortschritte machte, nahmen ausländische Firmen fortan vermehrt eine dominante Stellung in der verarbeitenden Industrie als auch im Finanzsektor ein (Becker 2010: 519).

Neben Ungarn und Deutschland gilt Österreich mit rund 6,8 Mrd. Euro am Ende des Jahres 2011 als größter Auslandsinvestor in Kroatien. Während seitens Ländern außerhalb der EU 2,1 Mrd. Euro an FDI verzeichnet werden, investierten die ehemaligen EU-27 Mitgliedstaaten insgesamt rund 21,7 Mrd. Euro. Kroatien wiederum hält rund eine Mrd. Euro innerhalb der EU, wobei die Hälfte davon an Slowenien geht. Etwa ein Drittel der Auslandsinvestitionen Kroatiens gehen an Länder außerhalb der EU, vor allem an Bosnien-Herzegowina und Serbien. Während ausländisches Kapital in Kroatien selbst vorwiegend in finanzielle als

auch versichernde Aktivitäten sowie den Handel investiert wird, konzentrieren sich die FDI anderer Länder vorwiegend auf Petroleum, chemische und pharmazeutische Produkte sowie Transport und Lagermaßnahmen (Croatian Bureau of Statistics 2013: 86).

4.2.4. Soziale Inklusion

Die nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung täuschte insbesondere zu Beginn des postsozialistischen Transformationsprozesses über wesentliche Defizite der neuen Staatsführung hinweg. Insbesondere im sozialpolitischen Bereich zeichneten sich diesbezüglich negative Folgen ab. Vor allem wiesen die jugoslawischen Nachfolgestaaten maßgebliche Mängel an effizientem als auch gleichberechtigten Zugangs zu wohlfahrtsstaatlichen Ressourcen sowie deren Umverteilungskapazitäten auf. In Kroatien selbst etablierte sich dabei eine Form der „captured social policy“ (Džihic/Segert/Wieser 2012: 104), innerhalb welcher Kriegsveteranen sowie PensionistInnen zu großen Nutznießern der vergleichsweise hohen sozialen Ausgaben wurden.

Die defizitäre Sozialpolitik resultiert wiederum in hoher Arbeitslosigkeit als auch einer dementsprechend hohen Armutsrate unter der Bevölkerung, was folglich wiederum anhand der steigenden Anzahl sozial benachteiligten Bevölkerungsschicht deutlich wird (Džihic/Segert 2011: 6).

Zudem besteht das bereits zu Zeiten des Staatssozialismus entwickelte regionale Gefälle auch nach der Unabhängigkeit weiter fort und zeichnet sich durch äußerst heterogene Wirtschaftsstrukturen in den einzelnen Verwaltungsbezirken Kroatiens aus.

Nördliche Regionen weisen oftmals sowohl hinsichtlich Erziehung und Ausbildung, Beschäftigung als auch öffentlicher Versorgung bessere Umstände auf als südliche Regionen. Demnach entwickelte sich ein Entwicklungsgefälle im Landesinneren, welches sich auch in der Verteilung sozialer Leistungen widerspiegelt.

Das Sozialversicherungssystem der Republik Kroatien wird größtenteils anhand öffentlicher Gelder finanziert, wobei auch ein kleiner Teil von anderen sozialen

Organisation als auch humanitären Institutionen der katholischen Kirche unterstützt wird. Leistungen der Sozialversicherung decken dabei Arbeitslosenunterstützung, Unterstützung für schwangere Frauen als auch unter der Armutsgrenze lebende Personen sowie Kriegsveteranen ebenso wie das Gesundheits- und Pensionssystem, zu welchem die erwerbstätige Bevölkerung Steuerabgaben leisten muss (Bertelsmann Stiftung 2012).

Insbesondere das Pensionssystem stellt, bedingt durch die Tatsache, dass im Laufe der 1990er Jahre viele Unternehmen für bankrott erklärt wurden, was wiederum eine große Anzahl von Frühpensionierungen nach sich zog, eine große Belastung für das Staatsbudget dar. Jener Umstand äußerte sich schlussendlich in reduzierten monatlichen Rentenbezügen, was in der Bevölkerung für großen Unmut sorgte.

Erst nach den Wendewahlen im Jahr 2000 wurden erstmals wieder ansteigende Bezüge verzeichnet, wobei das Pensionssystem an sich weiterhin nicht nachhaltig ist. Als auch der im Jahr 2002 initiierte Beschluss der privaten Rentenfinanzierung nicht die erhofften Resultate brachte, kamen Ende 2009 wieder Diskussionen einer Verstaatlichung des Pensionssystems auf.

Nichtsdestotrotz wies die Republik Kroatien seit erlangter Unabhängigkeit fortwährend Fortschritte hinsichtlich der Maßnahmen zu gleichberechtigtem Zugang zu Bildung, öffentlicher Versorgung und Arbeitsplätzen auf, so im Bericht der Bertelsmann Stiftung des Jahres 2012.

Vor allem seit Anfang der EU-Beitrittsverhandlungen erfolgte auch eine sukzessive Übernahme der *Acquis communautaire*, welche im Verlauf des Beitrittsprozesses durch Anpassung der Rechtsvorschriften voranschritten. Die sozialpolitischen Aktivitäten werden weiterhin durch Implementierungsmaßnahmen der EU-Mindeststandards in den Bereichen

„(a) Arbeitsrecht, (b) Gleichstellung und Chancengleichheit für Männer und Frauen in der Beschäftigung und der sozialen Sicherung, (c) Gesundheitsschutz sowie (d) Sicherheit am Arbeitsplatz [gefördert]. Darüber hinaus gibt es Richtlinien hinsichtlich der Anti-Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion und der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Neigung“ (Barić 2012: 225).

Marktwirtschaftliche Liberalisierungsprozesse erschwerten jedoch strukturelle Reformen im Sozialbereich. Insbesondere der Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor weitestgehend resistent vor reformierenden Maßnahmen und zeichnet sich durch

eine niedrige Beschäftigungsrate aus. Im Finanzbereich können dabei lediglich bescheidene Erfolge hinsichtlich des ansteigenden Defizits und der Effizienz öffentlicher Ausgaben verzeichnet werden. So bleiben soziale Transferleistungen weiterhin ungleich verteilt, wobei einem Großteil staatlicher Unternehmen staatliche Förderungen anhand direkter oder auch indirekter Zusicherungen zu Gute kommen. Folglich heißt es in einem Strategiebericht der Europäischen Kommission zur EU-Erweiterung,

„[f]or achieving medium-term fiscal sustainability, it remains a key challenge to improve the budgetary process and discipline and to enhance the efficiency of public spending. The investment climate continued to suffer from a heavy regulatory burden and numerous para-fiscal taxes“ (Europäische Kommission 2010).

Des Weiteren zeichnet sich auch im Bereich europäischer Standards im Minderheitenschutz ein langwieriger Implementierungsprozess ab. Während die Forderungen der EU nach einer Liberalisierung des Minderheitenrechts bereits in der Verfassungsreform vom Dezember 2002 im Rahmen des Gesetzes über die „Rechte nationaler Minderheiten“ sowie die Unterzeichnung aller internationalen Konventionen und Abkommen zum Minderheitenschutz übernommen wurden, blieben dementsprechende Umsetzungsmaßnahmen zunächst aus. Zudem wurden auch zahlreiche Durchführungsrichtlinien und begleitende Rechtsvorschriften sowie zwischenstaatliche Verträge zwecks beidseitigem Schutz verabschiedet. Die konkrete Übernahme der EU-Konditionen erfolgte jedoch erst ab dem Frühjahr 2005 unter Premierminister Sanader (Barić 2012: 216ff).

4.2.5. Politische Unterstützung

Mithilfe der politischen Unterstützung soll die Stabilität und Reproduktionsfähigkeit anhand gesellschaftlichen Protests gegen marktwirtschaftliche Reformen sowie einer (Dis-)Kontinuität von Regierungsparteien und -programmen angeführt werden.

Bis in die späten 1990er Jahre behielt die HDZ ihre vorherrschende Position und sicherte sich mit Wahlergebnissen zwischen 41,61 und 45,23 Prozentanteil an gültigen Stimmabgaben die Mehrheit der Parlamentssitze. Erst nach Tuđmans Tod

stellte sich ab den Wendewahlen 2000 ein relativ konstantes Kräfteverhältnis zur SDP ein (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Ergebnisse der Parlamentswahlen der Republik Kroatien (2000-2011)

		2000	2003	2007	2011
Wahlberechtigte		3.686.378	3.690.936	3.824.731	4.254.121
Abgegebene Stimmen	N	2.821.020	2.466.481	2.425.269	2.401.323
	%	76,53	66,83	63,41	56,45
Gültige Stimmen		2.774.280	2.409.240	2.389.391	2.353.465
Wahlergebnisse der einzelnen Parteien in Prozent an abgegeben gültigen Stimmen					
HDZ		27,03	33,91	36,62	23,93
SDP / HSLs		39,24	-	-	-
SDP / IDS / LS		-	22,61	-	-
SDP		-	-	31,33	40,72
HSLs / DC		-	4,05	-	-
HSLs		-	-	-	3,10
HSS / LS / HNS		14,91	-	-	-
HSS		-	7,15	-	3,04
HNS		-	8,02	6,79	-
HSP		5,26	6,38	3,50	3,07
HSU		1,82	3,97	4,08	-
HSNS		1,15	-	-	-
HDSS		-	1,00	-	-
ZZK		-	-	6,53	-
IDS		-	-	1,54	-
HDSSB		-	-	1,80	2,93
HL		-	-	-	5,17
BUZ		-	-	-	2,85
HSP_STARCEVIC		-	-	-	2,81
Unabhängige		-	-	-	4,78
ANDERE		10,59	12,91	7,81	7,60

Quelle: Eigene Darstellung, National Election Commission of Croatia 2013

Trotz parteiinterner Krisen der HDZ als auch der zunächst schwachen Position der SDP während der kriegerischen Auseinandersetzungen bis Mitte der 1990er (Zakošek 2010), konnten beide Parteien ihre parteipolitische Führungsrolle innerhalb der polarisierenden Lager erhalten und weiter ausbauen.

Die Aufteilung der Wählerstimmen lässt, so Barić (2012: 185f), auf ein „andauerndes stabiles bipolar strukturiertes Parteiensystem“ schließen, welches aus zwei ideologisch-politischen Lagern besteht. Die Polarität zwischen einem

national-konservativen Block, angeführt von der HDZ, und dem links-liberalen, säkularen Block, von der SDP dominiert, ist zugleich auch ein charakteristisches Spezifikum, das Kroatien von anderen postsozialistischen Transformationsländern im osteuropäischen Raum unterscheidet.

Die Präferenz der kroatischen Wählerschaft sieht Barić (2012: 186) dabei in der historisch bedingten ideologischen Spaltung der kroatischen Bevölkerung begründet:

„Die Polarisierung aus und nach dem Zweiten Weltkrieg ist noch immer nicht überwunden. Bis heute wird die politische Gesinnung innerhalb der Familie von Generation zu Generation übertragen. Entweder man ist politisch national-konservativ eingestellt und wählt demgemäß mehrheitlich die HDZ, oder man hat eine antinationale politische Gesinnung und wählt folglich die SDP und Parteien des links-liberalen Spektrums“ (Barić 2012: 193).

Des Weiteren zeichnet sich die kroatische Parteienlandschaft durch deren augenscheinliche Vielfalt aus. Wie aus Tabelle 5 ersichtlich gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher, kleinerer Parteien, deren Entstehen in erster Linie durch die günstig geregelte Verfassung bedingt ist.

Tabelle 6: Die Zusammensetzung des Kroatischen Parlaments (Stand April 2011)

Name der Partei	Programmatische Zuordnung	Anzahl der Mandate	Anteil der Mandate	Blockzuordnung	Kumulierter Anteil der Mandate
HDZ	National-Konservativ	65	42,57%	Rechter, national-konservativer Block	43,24%
HSP	Rechtsextrem	1	0,67%		
SDP	Sozialdemokratisch	54	35,29%	Linker, links-liberaler, säkularer Block	39,91%
HSD	Sozialdemokratisch	1	0,67%		
Laburisti	Sozialistisch	1	0,67%		
HNS	Sozial-liberal	5	3,28%		
HDSSB	Regionalpartei	4	2,21%	Keinem ideologischem Block eindeutig zuordenbar	12,91%
IDS	Regionalpartei	3	1,98%		
HSU	Klientelpartei	1	0,67%		
SDSS	Minderheitenpartei	3	1,98%		
SDA HR	Minderheitenpartei	1	0,67%		
Unabhängige		8	5,40%	Keine Zuordnung der Mandate möglich, da beide Parteien Wahlkoalition	
HSS HLS	Bauernpartei Sozial-liberal	6	3,94		
		Σ 153	Σ 100%		

Quelle: Barić 2012: 188

Derzeit sind insgesamt 123 politische Parteien registriert, wobei 13 davon aktuell im Sabor vertreten sind (HIDRA 2012). Vor allem die hohe Anzahl der Parteien lässt auf eine maßgebliche Fragmentierung der kroatischen Bevölkerung schließen. Interessant dabei ist jedoch, dass unter gegebenen Umständen keine politische Destabilisierung eintritt, welche, so Barić (2012: 187, 193), von der zuvor beschriebenen polarisierenden Dominanz zwischen HDZ und SDP verhindert wird, die ihre Anhängerschaften in allen Bevölkerungsschichten generieren.

Die Abnahme der Wählerstimmen hingegen, lässt sich in erster Linie anhand verstärkter Politikverdrossenheit und einer dementsprechenden Abschwächung des Ausmaßes und der Intensität der gesellschaftlichen Verankerung politischer Parteien erklären (Barić 2012: 193).

Parallel zur Fragmentierung und den vergleichsweise geringen Mitgliederzahlen der kroatischen Parteien, deutet Barić (2012: 193f, 179) ebenso ähnliche Prozesse bei Verbänden und dem Organisationsgrad von Gewerkschaften. Folglich mangelt es an territorialer als auch funktionaler Interessenrepräsentation in Kroatien. Vor allem die Privatisierungsmaßnahmen und der Strukturwandel der Unternehmen resultierte in einem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad.

Ein wesentlicher Punkt dabei ist, dass marktwirtschaftliche Reformprozesse in Kroatien, ebenso wie in vielen anderen ostmitteleuropäischen Staaten, zunächst sehr wenig Protest mobilisierten. Ganz im Gegenteil konnte trotz den fehlerhaften Implementierungsversuchen in den 1990ern unter Tuđman und dessen gravierenden sozialen Auswirkungen, keine ablehnende Haltung seitens der kroatischen Bevölkerung festgestellt werden. Während die Hoffnungen zunächst in die Neuausrichtung der Liberalisierungspolitik nach den Wendewahlen 2000 gelegt wurden, entwickelte sich die „neoliberale Transitions politik“ (Kanzleiter 2012: 125) zunehmend zu einem Trugschluss.

Ogleich es zwischenzeitlich durchaus zu Protestbewegungen kam, führte erst die rigide Austeritätspolitik sowie eine zusätzliche Verschärfung neoliberaler Strukturreformen im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 zu einem neuen Zyklus sozialer Protestbewegungen (Kanzleiter 2012: 114). Boris Kanzleiter (2012) sieht jene in erster Linie als unmittelbare Reaktion auf einen

stattfindenden „Peripherisierungsprozess“ (ebd.: 126), welcher sich auch in naher Zukunft „voraussichtlich in Billiglohnproduktion, Massenarmut, extremer sozialer Polarisierung, dem Verlust politischer Souveränität sowie autoritären Politikmodellen [...]“ äußern könnte.

Außerparlamentarische Protestbewegungen begrenzten sich zwischen 2008 und 2010 zunächst auf Demonstrationen an kroatischen Hochschulen, wobei sich die aufkeimende Protestbereitschaft bereits bei der erfolgreichen Anti-NATO-Kampagne abzeichnete. So wurde zu Beginn des Jahres 2008 eine von StudentInnen der Universität Zagreb initiierte Unterschriftensammlung gegen den Beitritt Kroatiens zur NATO und die gleichzeitige Mobilisierung gegen den Staatsbesuch des damaligen US-Präsidenten George W. Bush zum Beginn einer neuen Protestbewegung. Es entwickelte sich ein AktivistInnennetzwerk, welches sich parallel dazu gegen die Bologna-Reform der kroatischen Hochschulen wandte und zu diesem Zwecke am 7. Mai 2008 mit über 5.000 TeilnehmerInnen den zahlenmäßig größten studentischen Protest seit der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens im Jahre 1991 mobilisierte. Während sich die Universität von Zagreb allmählich zum Zentrum der Protestbewegung entwickelte, etablierte sich eine politisch immer deutlicher artikulierende Studentenbewegung.

„Die Proteste wurden zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer gegen-hegemonialen Strömung, die den von der HDZ gepredigten national-konservativen neoliberalen Konsens erfolgreich unterlaufen und damit weit über die Hochschulen hinaus politische Bedeutung erlangt hat. [...] Zum ersten Mal seit Beginn der 1990er Jahre stellte eine soziale Bewegung die auf Privatisierung und Kommodifizierung aller gesellschaftlicher Bereiche drängende Leitideologie des neoliberalen Kapitalismus grundsätzlich in Frage“ (Kanzleiter 2012: 118).

Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise positionierten sich im Verlauf des Jahres 2010 weitere Protestallianzen, wobei auch gezielt Arbeitsgruppen und Kampagnen gegründet wurden. Seitens der StudentInnen wurde vor allem Kontakt zu Protestbewegungen von BauerInnen und ArbeiterInnen gesucht, was teilweise sogar gelang. Dennoch zeichnen sich Protestbewegungen in Kroatien weiterhin, ebenso wie in anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten, in erster Linie durch eine maßgebliche Fragmentierung aus. Nur selten, so Kanzleiter (2012), entstünden tragfähige Allianzen, wobei die gegenseitige Isolierung weiterhin Oberhand behält.

Nichtsdestotrotz ist seit Anbeginn der Studierendenbewegung Anfang 2008 eine nachhaltige Veränderung der politischen und intellektuellen Atmosphäre in Kroatien

bemerkbar. So hält Kanzleiter (2012) fest, dass sogar im staatlichen Fernsehen HRT - Hrvatska Radiotelevizija / Öffentliche Rundfunkanstalt Kroatiens den ProtagonistInnen der Protestbewegungen ein gewisses Maß an Medienpräsenz gewährt wird, was in anderen Ländern der Region noch undenkbar schiene.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch anhand der Parlamentswahlen 2011 mit dem linksliberalen Bündnis unter der Führung der SDP eine Veränderung der politischen Atmosphäre in Kroatien feststellen. Obgleich mit der Wahlniederlage der HDZ maßgebliche Zeichen gesetzt wurden, lässt sich jedoch keine „Linkswende“ (ebd.: 117) feststellen, da die SDP nunmehr ebenso eine neoliberale Wirtschaftspolitik verfolge.

Zusammengefasst hält Barić (2012: 193) demnach fest, dass sich die politische Unterstützung seitens der kroatischen Bevölkerung in erster Linie durch „massive, politisch motivierte Demonstrationen, fehlendes Vertrauen der Bürger in die Problemlösungskompetenz der Politiker, mannigfaltige, primär die HDZ betreffenden Affären und Skandale, verstärkte Artikulation rechts- und linksradikaler Rhetorik sowie machtpolitisches Taktieren der großen Parteien“ beschreiben lässt.

5. Schlussbetrachtung

Anhand der vorliegenden Arbeit wurde der Versuch unternommen, den postsozialistischen Transformationsprozess der Republik Kroatien hinsichtlich der Entstehung eines spezifischen Kapitalismusmodells zu ergründen. Die demokratiepolitischen sowie marktwirtschaftlichen Reformmaßnahmen nach Zusammenbruch der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien sind dabei anhand der Analysekategorien von Bohle und Greskovits Text „Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus: Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen“, als einen auf ostmitteleuropäische Länder bezogenen Ansatz der vergleichenden Kapitalismusforschung erörtert worden.

Da die darin konzipierten ostmitteleuropäischen Kapitalismusmodelle einen wesentlichen Bestandteil bei der Erfassung der kroatischen Transformation ausmachen, wurde eingangs zunächst die Frage nach dessen theoretischen Grundlagen im Rahmen der vergleichenden Kapitalismusforschung gestellt.

Dahingehend kann grundsätzlich festgehalten werden, dass die vergleichende Kapitalismusforschung an sich keinen genuin induzierten Forschungszweig darstellt. Vielmehr wurde der Vergleich von Kapitalismusformen als ein zuvor den Wirtschaftswissenschaften vorbehaltenen Forschungsgegenstand erst gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts im Rahmen sozialwissenschaftlicher Theorien neu aufgegriffen und entsprechend modifiziert. Trotz unterschiedlicher Forschungsansätze teilen theoretische Herangehensweisen die zentrale Grundannahme einer fortlaufenden Reproduktion unterschiedlicher nationaler Kapitalismusmodelle. Diese wesentliche Übereinstimmung steht somit im Widerspruch zur grundlegenden Annahme der neoklassischen Wirtschaftstheorie, welche aufgrund stattfindender Globalisierungsprozesse von einem universal gültigen, liberalen Wirtschaftsmodell ausgeht.

Im Rahmen der Ausdifferenzierung der vergleichenden Kapitalismusforschung etablierte sich der Varieties of Capitalism-Ansatz der britischen Ökonomen Peter A. Hall und David Soskice (2001) zu einem der renommiertesten seiner Art. Vor allem

deren unternehmenszentrierte Perspektive und die darin zugrundeliegende Annahme, dass politisch-ökonomischer Wandel als Produkt betrieblicher Investitions-, Innovations- und Modernisierungskonzepte gesehen werden kann, stellte wesentliche Implikationen für den Forschungsansatz und ermöglichte zudem eine Klassifikation von Ökonomien aufgrund instruktiver idealtypischer Interpretationsverfahren. Nichtsdestotrotz etablierten sich im Laufe der Zeit wesentliche Kritikpunkte an der zugrundeliegenden Vorgangsweise. Obgleich diese im Rahmen des Varieties of Capitalism Ansatzes thematisiert und teils auch entkräftet werden konnten, forcierte vor allem die Ausblendung transnationaler Einflussfaktoren als auch die Beschränkung auf westeuropäische beziehungsweise nordamerikanische Länder eine maßgebliche Ausdifferenzierung des Ansatzes.

Aufgrund der Tatsache, dass Länder des osteuropäischen Raumes sowohl Globalisierungs- als auch Europäischen Integrationsprozessen unterliegen, ergab sich insbesondere nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems ein besonderes Interesse für die Region. Folglich kam auch die Frage nach einer möglichen Übertragbarkeit des Varieties of Capitalism-Ansatzes auf postsozialistische Volkswirtschaften des osteuropäischen Raumes auf.

Entgegen kritischer Positionen, welche in erster Linie auf die Fokussierung wirtschaftsstarker Industrienationen sowie weiterer Unzulänglichkeiten des Varieties of Capitalism-Ansatzes im Bezug auf die Analyse postsozialistischer Wirtschaftssysteme im osteuropäischen Raum verweisen, ziehen die deutsche Politikwissenschaftlerin Dorothee Bohle und ihr ungarischer Kollege Béla Greskovits diesen dennoch als idealtypischen Referenzrahmen heran.

Grundlegende Annahmen der beiden Autoren richten sich vor allem gegen die Vorstellung eines gemeinsamen Entwicklungspfadens osteuropäischer Länder. In Anlehnung an das Werk „The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen“ des polnischen Sozialwissenschaftlers Karl Polányi (1977) gehen Bohle und Greskovits davon aus, dass die Divergenz der Kapitalismusvarianten aus dem unterschiedlichen Grad der Verfolgung sowie Institutionalisierung liberal-marktwirtschaftlicher und gesellschaftlich-protégierender Prinzipien ausgeht. Zudem schließen sich die

Autoren an vorangehende Studien an und attestieren insbesondere nach dem Zusammenbruch des Sozialismus einen verstärkten Einfluss der Globalisierung als auch Europäisierung (Bohle/Greskovits 2007: 185).

Bohle und Greskovits begründen ihren Ansatz demnach auf wesentlichen Kritikpunkten des Varieties of Capitalism-Ansatzes. Neben transnationalen Einflüssen betonen die Autoren auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Form sozialistischer Hinterlassenschaften. Zudem wird den nationalstaatlichen Kompetenzen mehr Bedeutung zugemessen und somit mit der unternehmenszentrierten Perspektive von Hall und Soskice weitestgehend gebrochen.

Die Reaktion der einzelnen postsozialistischen Staaten auf die verschiedenen Einflussfaktoren sei sehr unterschiedlich, wonach Bohle und Greskovits drei zentrale Kapitalismusmodelle im ostmitteleuropäischen Raum definieren: einen neoliberalen Kapitalismus in den baltischen Staaten, ein neokorporatistisches Kapitalismusmodell in Slowenien sowie einen eingebetteten Neoliberalismus in den Viségradstaaten.

Es handelt sich dabei um systematische Analysen der postsozialistischen Entwicklungspfade in jenen Ländern. Sowohl der demokratiepolitische als auch marktwirtschaftliche Reformprozess wird dabei erörtert und durch die Kategorisierung in entsprechende Kapitalismusmodelle verständlich dargestellt. Es bot sich daher angesichts aktueller Entwicklungen im Rahmen der EU-Osterweiterung an, auch auf den postsozialistischen Transformationsprozess der Republik Kroatien einzugehen und diesen aufgeschlüsselt nach Bohle und Greskovits (2007) Kategorisierungsmodell zu erörtern.

Wie bereits eingangs in der Arbeit angemerkt wurde, ist dabei die Berücksichtigung der Besonderheiten der politischen und wirtschaftlichen Transformation des postjugoslawischen Raumes erforderlich.

So begünstigte der jugoslawische Sozialismus vor allem in den ersten Jahren nach Zusammenbruch der SFRJ negative wirtschaftspolitische Entwicklungen der Region. Mit dem Wegfall des staatlichen Gewaltmonopols wurde der Weg frei für

reformistische VertreterInnen der kommunistischen Nomenklatura, die ihre Führungsposition nicht nur fortführen, sondern nunmehr auch verstärkt ausbauen konnten.

Unterstützt und gefestigt wurde jene Entwicklung zudem durch die nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung, welcher insbesondere während der jugoslawischen Wirtschaftskrise im Laufe der 1980er Vorschub geleistet wurde. Angesichts des Zerfalls des jugoslawischen Vielvölkerstaates entwickelten sich Nationalismen zu wesentlichen Bestandteilen der Sezessionsbestrebungen, was vor allem seitens der politischen Führungselite gefördert und zu eigenen Zwecken instrumentalisiert wurde. Hinsichtlich dieser Entwicklungen wurde auch die Expansion des neoliberalen Wirtschaftsmodells in den 1990ern in der Bevölkerung wohlwollend aufgenommen und zu einem wesentlichen Bestandteil des postjugoslawischen Transformationsprozesses. Nationalistische Tendenzen hielten jedoch auch Einzug in ökonomische Transformationsprozesse und erschwerten reformistische Maßnahmen.

Obgleich viele Gemeinsamkeiten in der postsozialistischen Entwicklung der jugoslawischen Nachfolgestaaten ausgemacht werden können, lassen sich diese nur schwer als eine Analyseeinheit zusammenfassen.

Analog zum postsozialistischen Systemwandel in dieser Subregion zeichnet sich auch der kroatische Transformationsprozess durch eine historisch einzigartige Form des wirtschaftlichen sowie politischen Systemwandels aus. Neben den Auswirkungen des jugoslawischen Sozialismus stellte sich folglich eingangs die Frage nach den besonderen Merkmalen des postsozialistischen Transformationsprozesses der Republik Kroatien.

Dahingehend lässt sich festhalten, dass im Sinne einer Abkehr vom jugoslawischen Konzept des Selbstverwaltungssozialismus vor allem nach der Unabhängigkeitsdeklaration 1991 verstärkt auf demokratiepolitische und marktwirtschaftliche Reformmaßnahmen gesetzt wurde. Insbesondere gegen Ende der 1980er Jahre verbreitete sich im Hinblick auf den zunehmenden Einfluss transnationaler Akteure die Vorstellung einer freien Marktwirtschaft als Lösung für die durch die Verstaatlichung als auch Vergesellschaftung angehäuften

ökonomischen Probleme (Džihic/Segert/Wieser 2011, Džihic/Wieser 2008, Glamuzina 2008: 79).

Da in der ehemaligen SFRJ marktsozialistische Experimente bereits unter dem Staatssozialismus vorzufinden waren, ließ die sozialistische Hinterlassenschaft neben Slowenien auch in der Republik Kroatien auf eine rasche Umsetzung reformierender Maßnahmen hoffen.

Der entwicklungshemmende Einfluss der machtpolitischen Führungselite rund um Tuđman sowie damit verbundene kriegerische Auseinandersetzungen im Rahmen des Sezessionsprozesses brachen demnach mit vormals günstigen sozialistischen Hinterlassenschaften und stellen somit einen wesentlichen Einschnitt im kroatischen Transformationsprozess dar. Der autoritäre Charakter des politischen Systems Kroatiens in den 1990er Jahren war es auch, der eine öffentliche Aufarbeitung der kroatischen Vergangenheit verhinderte und so ein verzerrtes Selbstbild produzierte.

In Anlehnung an Claus Offes (1991) „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zeichnete sich ein langwieriger Transformationsprozess ab, wobei die Nationalstaatsbildung zunächst klar im Vordergrund stand. Wie in anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten nahm auch in Kroatien die Identitätspolitik eine zentrale Rolle im Sezessionsprozess ein. Ebenso wie im Modell des „Eingebetteten Neoliberalismus“ waren hierbei restriktive Staatsbürgerschaftsrechte von zentraler Bedeutung. Insbesondere in der ersten Transformationsdekade erwies sich die Kombination aus der Benachteiligung der serbischen nationalen Minderheit und der bevorzugten Behandlung der AuslandskroatInnen anhand speziellen Diasporamandaten als ein besonders schwerwiegendes Problem (Džihic/Segert/Wieser 2011: 97, Osterberg-Kaufmann 2011: 43).

Zudem zeichneten sich die ersten Transformationsjahre durch einen erschwerten Zugang externer Akteure in die Sicherung als auch Stabilisierung der Region ab. So führte Tuđmans mangelnde Bereitschaft zur Kooperation mit internationalen Organisationen zunächst zu einer politischen als auch wirtschaftlichen Isolation der Republik.

Erst die Parlamentswahlen im Jahr 2000, bei welchen sich die SDP erstmals seit erklärter Unabhängigkeit gegenüber der HDZ behaupten konnte und mit deren

parteilichter Vorherrschaft brach, markierten eine Wende in jener Entwicklung. Seither etablierte sich ein relativ konstantes Kräfteverhältnis zwischen dem national-konservativen Block, angeführt von der HDZ, und dem links-liberalen, säkularen Block, von der SDP dominiert. Diese Polarität ist zugleich auch ein wesentliches charakteristisches Spezifikum, welches die Republik Kroatien von anderen postsozialistischen Transformationsländern unterscheidet.

Die neu etablierte proeuropäische Haltung der politischen Parteien in der Post-Tuđman Phase markierte demnach einen neuen Abschnitt des postsozialistischen Transformationsprozesses. Im Rahmen der Verhandlungen wurde die Republik Kroatien als Beitrittskandidat des osteuropäischen Raumes dezidiert dazu angehalten, die Liberalisierung ihrer Märkte als auch des Außenhandels voranzutreiben. Anhand regelmäßiger Überprüfungen makroökonomischer Entwicklung, geld- und haushaltspolitischer Programme, Privatisierung und Fortschritte in Verwaltungs-, Regional-, Struktur- und Sozialversicherungsreformen sollte demnach eine schnellstmögliche Adaption des Binnenmarktregimes gewährleistet werden.

Neben einer Umkonzeptionalisierung des Privatisierungsprozesses, die dem zuvor vorwiegend durch die HDZ initiierten Klientelismus entgegenwirken sollte, wurde vor allem angesichts des seit der Nachkriegszeit erhöhten Budgetdefizits eine beschleunigte Anpassung an die Maastrichter Stabilitätskriterien angestrebt.

Mit der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 und den Korruptionsskandalen rund um die Privatisierung der INA und Podravka in den Jahren 2009 und 2010, bei welchen auch der ehemalige Premierminister Ivo Sanader beteiligt war, kam es jedoch zu einem Einbruch der positiven Entwicklungen. Obgleich das Staatsbudget mehrmals überarbeitet wurde, konnte keine signifikante Reduktion des Budgetdefizits erreicht werden. Folglich versuchte die kroatische Regierung der Rezession mit Anleihen vom ausländischen Finanzmarkt entgegenzuwirken, was im Nachhinein gesehen jedoch keine Besserung bot, sondern lediglich in einer höheren Auslandsverschuldung resultierte.

Da die Europäische Kommission die Öffnung für Auslandsinvestitionen und Privatisierungen zum zentralen Maßstab der Beitrittsfortschritte machte, nahmen ausländische Firmen fortan vermehrt eine dominante Stellung in der verarbeitenden Industrie als auch im Finanzsektor ein (Becker 2010: 519). Zeitgleich erfolgte ebenso wie im Modell des „Eingebetteten Neoliberalismus“ eine deutliche Tertiarisierung der Wirtschaft zugunsten von Handel und Dienstleistungen, welche vor allem auch auf Kosten komplexer Industriezweige vonstatten ging. Dementsprechend wurden FDI in erster Linie in finanzielle und versichernde Aktivitäten sowie den Handel investiert, während komplexe Kapitalgüter und Technologien als Exportgüter weiterhin vorwiegend westlichen Industrienationen vorbehalten bleiben, was wiederum an der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens zweifeln lässt.

Angesichts des herannahenden EU-Beitritts folgte auch eine sukzessive Übernahme der *Acquis communautaire*, welche durch Anpassung der Rechtsvorschriften voranschritten und die Implementierungsmaßnahmen der EU-Mindeststandards sozialpolitischer Aktivitäten vorantrieben. Vor allem dem regionalen Entwicklungsgefälle der Region sollte die Institutionalisierung der Absicherung sozialer Risiken entgegenwirken.

Dabei sollte auch gegen die noch unter Tuđman initiierte Favorisierung bestimmter Interessengruppen vorgegangen werden, die Kriegsveteranen und PensionistInnengruppen zu großen Nutznießern der verfolgten Sozialpolitik machte (Džihic/Segert/Wieser 2011: 104). An dieser Stelle sei auch auf das Modell des „dualen demokratischen Regimes“ (Bohle/Greskovits 2007: 196) als ein charakteristisches Merkmal der „Eingebetteten Neoliberalismus“ verwiesen, bei welchem die Inklusion bestimmter sozialer Gruppierungen mit der Exklusion anderer einhergeht.

Marktwirtschaftliche Liberalisierungsprozesse erschweren jedoch strukturelle Reformen im Sozialbereich. Insbesondere der Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor weitestgehend resistent vor reformierenden Maßnahmen und zeichnet sich weiterhin durch eine niedrige Beschäftigungsrate aus. Im Finanzbereich können dabei lediglich bescheidene Erfolge hinsichtlich des ansteigenden Defizits und der Effizienz öffentlicher Ausgaben verzeichnet werden.

Entgegen der negativen Entwicklungen mobilisierten marktwirtschaftliche Reformprozesse in Kroatien, ebenso wie in vielen anderen ostmitteleuropäischen Staaten, zunächst sehr wenig Protest, was wiederum Parallelen zum Modell des „Eingebetteten Neoliberalismus“ als auch des „Neokorporatismus“ aufwirft.

Während die kroatische Bevölkerung die Hoffnungen zunächst in die Neuausrichtung der Liberalisierungspolitik nach den Wendewahlen 2000 legte, entwickelte sich die „neoliberale Transitionspolitik“ (Kanzleiter 2012: 125) im Rahmen des EU-Beitritts zunehmend zu einem Trugschluss. Obgleich es dahingehend zwischenzeitlich durchaus zu Protestbewegungen kam, führte erst die rigide Austeritätspolitik sowie zusätzliche Verschärfung neoliberaler Strukturreformen im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 zu einem neuen Zyklus sozialer Protestbewegungen (Kanzleiter 2012: 114). Nach und nach zeichnet sich somit auch in der Bevölkerung ab, dass das Demokratieverständnis über regelmäßig abgehaltene Wahlen hinauslaufen muss. „The level of participation (not only in elections) as well as the practice of representation are crucial indicators for the responsiveness of the whole political system and the durability of democratic order“ (Džihic/Segert/Wieser 2011: 89).

Um zu den anfänglich aufgestellten Fragestellungen zurückzukehren, kann ohne Zweifel festgehalten werden, dass der postsozialistische Transformationsprozess der Republik Kroatien nicht nur im Hinblick auf ehemalige Teilrepubliken der SFRJ, sondern auch im Bezug auf den gesamten osteuropäischen Raum einzigartig ist. Obgleich Bohle und Greskovits Ansatz im Text „Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus: Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen“ durchaus Vergleiche zulässt, bleibt im Nachhinein gesehen eine eindeutige Zuordnung des kroatischen Entwicklungspfades zu einem der darin definierten Kapitalismusmodelle aus. Indessen ließen sich jedoch vorwiegend Ähnlichkeiten zum neoliberalen Kapitalismus der baltischen Staaten feststellen, wobei gleichsam abhängig von der Argumentationsweise auch Parallelen zum eingebetteten Kapitalismus der Viségradstaaten als auch zum neokorporatistischen Kapitalismusmodell Sloweniens festgestellt werden können.

Schlussendlich bietet die Argumentationsweise der beiden Autoren jedoch ein umfassendes Analysemodell der demokratiepolitischen als auch marktwirtschaftlichen Reformprozesse der Republik Kroatien nach dem Zusammenbruch der SFRJ. Dahingehend lassen sich anhand der angeführten Kategorisierungen charakteristische Spezifika des postsozialistischen Transformationsprozesses erfassen, welche wiederum Rückschlüsse auf dessen Einzigartigkeit zulassen.

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

Albert, Michel (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Banac, Ivo (2007): Jugoslawien 1918-1941, In: Melčić, Dunja (Hrsg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Wiesbaden: , S. 153-169.

Bandov, Goran (2009): Der Schutz nationaler Minderheiten in der Republik Kroatien als Instrument zur Prävention ethnopolitischer Konflikteskalation. Hamburg: Dr. Kovač.

Barić, Nikica (2008): The Rise and Fall of the Republic of Serb-Krajina (1990-95). In: Ramet, Sabrina P. / Clewing, Konrad / Lukić, Reneo: Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München: R. Oldenbourg, S. 89-106.

Barić, Zvonko (2012): Kroatische politische Parteien im Spannungsfeld von postsozialistischer Transformation und europäischer Integration. Dissertation. Universität Osnabrück.

Becker, Joachim (2010): Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 36 / 4, S. 519-542.

Bertelsmann Stiftung (2012): BTI 2012 - Croatia Country Report. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann Stiftung (2012): Transformationsindex of the Bertelsmann Stiftung 2012. Codebook for Country Assessments. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann Stiftung (2009): BTI 2010 – Croatia Country Report. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann Stiftung (2007): BTI 2008 – Croatia Country Report. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann Stiftung (2003): Bertelsmann Transformationsindex 2003. Kroatien. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bethke, Felix S. (2008): Varieties of Capitalism in Schwellenländern. Möglichkeiten und Problemfelder der Vergleichenden Forschung. Vortrag im Rahmen des Workshops: Neoliberalismus und die Transformation des modernen Kapitalismus, Frankfurt am Main. http://inef.uni-due.de/page/documents/Bethke_Ap_Varieties-of-Capitalism.pdf [Zugriff: 14.02.2013]

Bieling, Hans-Jürgen (2009): Varieties of Capitalism, Regulationstheorie und neogramscianische IPÖ – komplementäre und gegensätzliche Perspektiven des globalisierten Kapitalismus? Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie, am 24. und 25. April 2009 in Wien. http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA1_bieling.pdf [Zugriff: 01.03.2013].

Bieling, Hans-Jürgen / **Deppe**, Frank (1996): Internationalisierung, Integration und Regulierung; in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske & Budrich, S. 481-511.

Bohle, Dorothee (2002): Europas neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Integration. Berlin: Westfälisches Dampfboot.

Bohle, Dorothee / **Greskovits**, Béla (2009): Varieties of Capitalism and Capitalism <tout court>, In: European Journal of Sociology, 50/3, S. 355-386.

Bohle, Dorothee / **Greskovits**, Béla (2007): Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus: Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen, In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Wien: Braumüller, S. 185-205.

Bohle, Dorothee / **Greskovits**, Béla (2006): Capitalism without compromise: Strong business and weak labor in Eastern Europe's new transnational industries. Studies in Comparative International Development, 41/1, S. 3–25.

Croatian Bureau of Statistics (2013): A statistical portrait of Croatia in the European Union. Zagreb, 1. 07.2013. <http://www.dzs.hr/Eng/important/PressCorner/StatPortraitOfCroatiaInTheEU2013.pdf> [Zugriff: 12.09.2013].

Croatian Bureau of Statistics (2013a): Statističke Informacije – Statistical Information 2013. Zagreb. http://www.dzs.hr/Hrv_Eng/StatInfo/pdf/StatInfo2013.pdf [Zugriff: 12.09.2013].

Džihić, Vedran et al (2006): Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien- Herzegowina, Kroatien und Serbien. Wien: Braumüller.

Džihić, Vedran / Reinprecht, Astrid (2013): Kroatiens Beitritt zur EU. Erwartungen, Euroskeptizismus und regionale Implikationen. Juli 2013. http://www.oaip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Kurzanalysen/Kurzanalyse_VD_1-2013.pdf [Zugriff: 28.08.2013].

Džihić, Vedran / Segert, Dieter (2011): Lessons from „post-Yugoslav” Democratization. Functional Problems of Stateness and the Problems of Democracy. In: East European States and Societies, 26/2, 239-254.

Džihić, Vedran / Segert, Dieter / Wieser, Angela (2012): The Crisis of Representative Democracy in the Post-Yugoslav Region. Discrepancies of Elite Politcies and Citizens’ Expectations. In Southeastern Europe, 1/36, 87-110.

Džihić, Vedran / Wieser, Angela (2008): The Crisis of Expectations – Europeanisatoin as ‘acquis démocratique’ and its limits. The case of Bosnia-Herzegovina and Serbia. In: L’Europe en Formation, 349-350, S. 81-98.

Europäische Kommission (2013): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT. Assessment of the 2013 economic programme for CROATIA, SWD(2013) 361 final, Brüssel, 29.05.2013.

Europäische Kommission (2011): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT. Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2011-2012, KOM(2011) 666, Brüssel, 12.10.2011.

Europäische Kommission (2011a) CROATIA 2011 PROGRESS REPORT, SEC(2011) 1200, Brüssel, 12.10.2011.

Europäische Kommission (2010): COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL. Enlargement Strategy and Main Challenges 2010-2011, COM(2010) 660, Brüssel, 9.11.2010.

Europäische Kommission (2010a) CROATIA 2010 PROGRESS REPORT, SEC(2010) 1326, Brüssel, 09. 11.2010.

Europäische Kommission (2008): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT. Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2008 – 2009, KOM(2008) 674, Brüssel, 5.11.2008.

Europäische Kommission (2009): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT. Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009 – 2010, KOM(2009) 533, Brüssel, 14.10.2009.

Europäische Kommission (2009a) CROATIA 2010 PROGRESS REPORT, SEC(2009) 1333, Brüssel, 14.10.2009.

Europäische Kommission (2008) CROATIA 2008 PROGRESS REPORT, SEC(2008) 2694, Brüssel, 5.11.2008.

Europäische Kommission (2007): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND AN DEN RAT. Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2007 – 2008, KOM(2007) 663, Brüssel, 6.11.2007.

Europäische Kommission (2007a) CROATIA 2007 PROGRESS REPORT, SEC(2007) 1431, Brüssel, 6.11.2007.

Europäische Kommission (2006) CROATIA 2007 PROGRESS REPORT, SEC(2006) 1385, Brüssel, 8.11.2006.

Europäische Kommission (2005): Kroatien. Fortschrittsbericht 2005. SEK (2005) 1424, Brüssel, 9.11.2005.

Eurostat (2013): Euro/Ecu-Wechselkurse - Jährliche Daten <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do?dvsc=4> [Zugriff: 01.10.2013].

Eurostat (2013a): Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates und damit zusammenhängende Daten http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=gov_dd_edpt1&lang=de [Zugriff: 01.10.2013].

Eurostat (2013b): Public External Debt, relative to GDP (%) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/NavTree_prod/NodeInfoServices?lang=en&code=cpc_ecmny [Zugriff: 01.10.2013].

Freedom House (2012): Nations in Transit 2012. Croatia. http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Croatia_final.pdf [Zugriff: 15.07.2013].

Freedom House (2006): Nations in Transit 2006. Croatia. <http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2006/croatia> [Zugriff: 15.07.2013].

Freedom House (2005): Nations in Transit 2005. Croatia. <http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2005/croatia> [Zugriff: 15.07.2013].

Freedom House (2004): Nations in Transit 2004. Croatia. <http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2004/croatia> [Zugriff: 15.07.2013].

Freedom House (2003): Nations in Transit 2003. Croatia. <http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2003/croatia> [Zugriff: 15.07.2013].

Furtak, Robert (1975).: Jugoslawien – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft; Hamburg: Hoffmann und Campe.

Gattermann, Claus Heinrich (2010): Das selbständige Kroatien. Krieg und Frieden. Göttingen. http://www.studia-historica.de/Kroatien_ab1990.pdf [Zugriff: 05.07.2013].

Glamuzina, Josip (2008): Vom Selbstverwaltungssozialismus zur Marktwirtschaft – Kroatiens Transformationsprozess und seine Problemfelder unter besonderer Berücksichtigung der 1990er- Jahre. Diplomarbeit. Universität Wien.

Goldstein, Ivo (2007): Kroatien bis 1918, In: Melčić, Dunja (Hrsg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag, S. 46-66.

Gurdulic, Jelena 2010: Transformation of Democracy in Croatia. Europeanization, 1. Aufl., Saarbrücken: Lap - Lambert Academic Publishing.

Hall, Peter (2006): Stabilität und Wandel in den Spielarten des Kapitalismus; in: Beckert, Jens et al. (Hrsg.): Transformationen des Kapitalismus, Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 181-204.

Hall, Peter A. / **Gingerich**, Daniel W. (2004): Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy: An Empirical Analysis. MPifG Discussion Paper 04/05, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp04-5.pdf [Zugriff: 18.05.2013].

Hall, Peter A. / **Soskice**, D.W. (2001): Varieties of Capitalism. Oxford: University Press.

Hancké, Bob / **Rhodes**, Martin/**Thatcher**, Mark (Hrsg., 2007): Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy, Oxford: Oxford University Press, S. 3-38.

HIDRA – Hrvatska Informacijsko-Dokumentacijska Referalna Agencija (2012): POLITIČKE STRANKE U REPUBLICI HRVATSKOJ, UDK 329.1/.7(497.5), Zagreb, 13. 10.2012.

Hoffmann, Jürgen (2003): Der kleine Unterschied: Varieties of Capitalism. In: WSI-Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans Böckler-Stiftung, 2/2003, S. 124-130.

Höpken, Wolfgang (2006): Jasenovac – Bleiburg – Kočevski rog: Erinnerungsorte als Identitätssymbole in (Post-)Jugoslavien. In: Richter, Angela; Beyer, Barbara (Hrsg.): Geschichte (ge-)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslavien und Bulgarien, Berlin: Frank & Timme, S. 401-432.

Höpken, Wolfgang (1984): Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien. München: Oldenbourg.

Höpner, Martin (2009): Spielarten des Kapitalismus als „Schule der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung“. Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie, am 24. und 25. April 2009 in Wien. http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA1_hoepner.pdf [Zugriff: 01.03.2013].

Hory, Ladislaus / **Broszat**, Martin (1965): Der kroatische Ustascha-Staat 1941-1945. 2. Aufl., Stuttgart : Deutsche Verlags-Anstalt GmbH.

Kang, Nahee (2006): A Critique of the „Varieties of Capitalism“ Approach. In: ICCSR Nottingham University Business School, Research Paper, 2006 / 45.

Kanzleiter, Boris (2012): Politische Sozialproteste im Südosten Europas im Zeichen der Krise. Vergleichende Momentaufnahmen aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien. In: Gallas, Alexander / Nowak, Jörg / Wilde, Florian (Hrsg.): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg: VSA, S. 114-129.

Karner, Stefan (2012): Ausländische Direktinvestitionen in Serbien und Kroatien in Boom und Krise. Diplomarbeit. Universität Wien.

Kasapović, Mirjana 2000: Electoral Politics in Croatia 1990 – 2000. In: Politička misao 37 / 5, 3-20.

Kušić, Siniša (2013): Kroatiens Weg in die EU. 16.4.2013, <http://www.bpb.de/apuz/158164/kroatiens-weg-in-die-eu?p=all> [Zugriff: 15.07.2013].

Kušić, Siniša (2009): Neue Wirtschaftseliten, Schumpeter und der Transformationsprozess in Südosteuropa. In: EKONOMSKI PREGLED, 60 / 11, S. 593-615.

Kušić, Siniša (2002): Vor- und Nachteile einer EU-Integration: wirtschaftliche und soziale Folgen des Beitritts am Beispiel Kroatiens. Göttingen. <http://www.ost-west-kommunikation.de/kusic/sites/jensCRO%20Paper.pdf> [Zugriff: 15.07.2013]

Kušić, Siniša (2001): Privatisierung im Transformationsprozess – Das Beispiel der Republik Kroatien. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Kumer, Anton (2000): Europäisierung versus Nationalismus. Der ex-jugoslawische Raum auf der Suche nach Stabilität. Frankfurt am Main / Wien: Lang.

Larmann, Veit (2006): Staatsbildung und Demokratisierung des Beitrittskandidaten Kroatien. Abschlussarbeit. Universität Osnabrück.

Lampe, John (2000): Yugoslavia as History. Twice there was a Country. Cambridge: Cambridge University Press.

Lane, David (2004): What type of Capitalism in the Post Communist Economies, Cambridge, 12.03.2004. http://www.bisa.ac.uk/bisanews/0406/JUNE04_13?14?15.pdf [Zugriff: 30.04.2013].

Lane, David / Myant, Martin (Hrsg., 2007) : Varieties of Capitalism in Post-communist Countries. Studies in Economic Transition. Houndsmill: Palgrave.

Leutloff-Grandits, Carolin (2008): Ten Years after the End of The War. In: Ramet, Sabrina P.; Clewing, Konrad; Lukić, Reneo: Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München: R. Oldenbourg, S. 141-167.

Lohoff, Ernst (1996): Der dritte Weg in den Bürgerkrieg – Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung; Bad Honnef: Horlemann.

Merkel, Wolfgang (2010): Die besondere Transformationsproblematik in Osteuropa, In: de, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, In: Merkur, 45/ 4, S. 279-291.

Narodetski, Ewgenyi (2012): Der zeitliche Ablauf der Systemtransformation und der „Varieties of Capitalism“-Ansatz in ausgewählten MOE-Staaten. Masterarbeit. Universität Hamburg.

NATIONAL ELECTION COMMISSION OF CROATIA / Državno izborno povjerenstvo (2013): Izborna Enciklopedia. <http://www.izbori.hr/izbori/ip.nsf/wpds/A51BF17BD1E3B7D5C125742000368C5D?open&1> [Zugriff: 12.09.2013].

Nohlen, Dieter (2008): Systemwechsel. In: Nohlen, Dieter / Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, Bonn: Bundeszentrale.

Nölke, Andreas (2013): Spielarten des Kapitalismus. In: PERIPHERIE, 33/130, S. 356-359.

Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, In: Merkur, 45/ 4, S. 279-291.

Olson, Mancur (1982): The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation and Social Rigidities. New Haven / London: Yale University Press.

Osterberg-Kaufmann, Norma (2011): Erfolg und Scheitern von Demokratisierungsprozessen. Fallstudien Albanien und Kroatien. Wiesbaden: VS Verlag.

Polányi, Karl (1977) [1944]: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien: Europa Verlag.

Pollack, Detlef / **Wielgohs**, Jan (2010): Akteure oder Profiteure. Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen, München: Springer Verlag.

Porters, Michael (1990): The Competitive Advantage of Nations. Free Press.

Radonic, Ljiljana (2009): Krieg um die Erinnerung. Kroatische Vergangenheitspolitik zwischen Revisionismus und europäischen Standards. Wien: Campus Verlag GmbH.

Ramet, Sabrina P. (2008): Politics in Croatia since 1990. In: Ramet, Sabrina P.; Clewing, Konrad; Lukić, Reneo: Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München: R. Oldenbourg, S. 31-58.

Ramet, Sabrina P. / **Søberg**, Marius (2008): Challenges facing Croatia since Independence (An Introduction. In: Ramet, Sabrina P. / Clewing, Konrad / Lukić, Reneo: Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München: R. Oldenbourg, S. 11-30.

Samary, Catherine (1992): Krieg in Jugoslawien. Vom titoistischen Sonderweg zum nationalen Exzeß. Köln: ISP.

Sekardi, Igor (2008): Vom Sozialismus zum Nationalismus? Kroatiens nationale Identität als Wegweiser am Pfad der postsozialistischen Transformation von 1989 bis 1999. Diplomarbeit. Universität Wien.

Shonfield, Andrew (1965): Modern Capitalism, London: Oxford University Press.

Steindorff, Ludwig (2013): Ein kurzer Gang durch die Geschichte Kroatiens, 16.04.2013, <http://www.bpb.de/apuz/158166/ein-kurzer-gang-durch-die-geschichte?p=all> [Zugriff: 15.07.2013].

Steindorff, Ludwig (2007): Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. 2. aktualisierte und erweiterte Aufl., Regensburg: Friedrich.

Szelényi, István (2008): Making Capitalism without Capitalists. Revisited, In: International Political Anthropology, 1/1, S. 139-148.

Vernon, Raymond (1971): Sovereignty at Bay: The Multinational Spread of U.S. Enterprises. New York: Basic Books.

World Bank (2013): World Development Indicators
<http://data.worldbank.org/indicator>

Zakošek, Nenad (2010): Die Entwicklung des kroatischen Parteiensystems, Dezember 2010 , <http://www.fes.hr/E-books/pdf/Blickpunkt/BlickpunktKroatienNr11dez2010.pdf> [Zugriff: 10.08.2013].

Zakošek, Nenad (2009): Ende des kroatischen Wirtschaftsmodells? Ein Blick aus Zagreb. In: Ehrke, Michael (2009): Die globale Krise an der europäischen Peripherie. Ein Blick aus Zentral- und Südosteuropa. S. 10-12.

Zakošek, Nenad (1991): Die politische Konstruktion Jugoslawiens, In: Wissenschaft und Frieden online, 1991 / 4, <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0913> [Zugriff: 19.07.2013].

Zysman, John (1983): Governments, Markets, and Growth: Financial Systems and the Politics of Industrial Change, Ithaca: Cornell University Press.

7. Anhang

Abstract (Deutsch)

Am 1. Juli 2013 trat die Republik Kroatien als nunmehr 28. Mitglied der Europäischen Union bei. Obgleich vor mehr als rund zwanzig Jahren die Unabhängigkeit proklamiert wurde, dominierten bis zuletzt Vorwürfe des Klientelismus, offenkundigen Demokratiedefizits als auch weitläufiger Korruption den politischen Diskurs rund um die langwierigen Beitrittsverhandlungen.

Ebenso wie in vielen anderen postsozialistischen Ländern erwies sich die Neuordnung des politischen wie auch wirtschaftlichen Systems als ein problematisches Unterfangen. Demnach differenzieren entgegen weit verbreiteter Annahmen die postsozialistischen Entwicklungspfade der einzelnen Länder und weisen nicht nur hinsichtlich der Ausprägung von Demokratiemerkmale, sondern auch im Hinblick etablierter Wirtschaftssysteme maßgebliche Unterschiede auf.

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich in erster Linie mit dem postsozialistischen Entwicklungspfad der Republik Kroatien. Die demokratiepolitischen sowie marktwirtschaftlichen Reformmaßnahmen nach Zusammenbruch der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien werden dabei anhand der Analysekategorien von Dorothee Bohle und Béla Greskovits (2007) Text „Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus: Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen“, als einen auf ostmitteleuropäische Länder bezogenen Ansatz der vergleichenden Kapitalismusforschung erörtert.

Abstract (English)

On 1 July 2013, Croatia became the 28th member state of the European Union. Although independence was proclaimed more than twenty years ago, the political discourse surrounding the prolonged negotiations was dominated consistently by

accusations of clientelism, apparent democratic deficit as well as extensive corruption.

Like in many other post-socialist countries the reorganization of the political and economic system proved to be a problematic undertaking. Contrary to widespread expectations, the post-socialist development paths show significant differences, not only in the characteristics of democracy but also in terms of established economic systems.

This master thesis can be understood as an attempt to analyze the post-socialist development path of the Republic of Croatia. Political and economic reforms were discussed in the context of the essay „Neoliberalism, embedded neoliberalism and neo-corporatism: Socialist legacies, transnational integration and the diversity of Eastern European capitalisms“ written by Dorothee Bohle and Béla Greskovits (2007).

Lebenslauf

Name Domnanovich Julia, BA

Ausbildung

seit 03 / 2013 *Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien*

Schwerpunkt: Medien- und Kommunikationsmanagement,
Öffentlichkeitsarbeit / NonProfit

seit 03 / 2011 *Masterstudium Politikwissenschaft, Universität Wien*

Schwerpunkt: Internationale Entwicklungs- und Umweltpolitik,
Politische Ökonomie, Osteuropastudien

10 / 2008 – 02 / 2011 *Bachelorstudium Politikwissenschaft, Universität Wien*

Abschluss: Bachelor of Arts mit ausgezeichnetem Erfolg

Titel der Bachelorarbeit: „Die gesellschaftspolitische Realität der burgenländischen Minderheitenschulpolitik: Zur Implementierung volksgruppenrelevanter Rechtsnormen im burgenländischen Schulwesen seit 1945.“

05 / 2012 Ausgezeichnet mit Kulturpreis Mini-Metron zur
Völkerverständigung des Kroatischen Zentrums in Wien

10 / 2007 – 06 / 2008 *Bachelorstudium der Soziologie, Universität Wien*

Schwerpunkt: Empirische Sozialforschung

09 / 1999 – 06 / 2007 *Neusprachliches Gymnasium, Oberpullendorf / Bgld.*

Matura am 19. Juni 2007 mit gutem Erfolg

Sprachkenntnisse

Deutsch, Burgenlandkroatisch	Muttersprache
Englisch	fließend schriftlich und mündlich
Französisch	gute Kenntnisse schriftlich und mündlich
Bosnisch / Kroatisch / Serbisch	Grundkenntnisse